

Freiheit und Sicherheit in einer komplexen Welt

Dirk Holemans

GEF

GREEN EUROPEAN FOUNDATION

oIKOs
DENKTANK VOOR SOCIAAL-ECOLOGISCHE VERANDERING

Freiheit und Sicherheit in einer komplexen Welt

Dirk Holemans





Über den Author

Dirk Holemans ist Koordinator von Oikos, der flämischen grünen Denkfabrik für sozialökologischen Wandel, und Vorstandsmitglied der Grünen Europäischen Stiftung. Holemans ist ein öffentlicher Redner und schreibt zu Themen wie ökologische Wirtschaft, grüne Städte, die Commons und Politische Ökologie.

Dirk Holemans November 2017

Diese Publikation wurde mithilfe der finanziellen Unterstützung des Europäischen Parlaments an die Grüne Europäische Stiftung realisiert. Das Europäische Parlament ist für den Inhalt dieses Projekts nicht verantwortlich.

Forschungsbeitrag und Ko-Redaktion: Andreas Novy

Design: Miriam Hempel

Projektkoordinierung & Korrektur: Carlotta Weber

Green European Foundation

3 Rue du Fossé – 1536 Luxemburg

Büro in Brüssel: 15 Rue d’Arlon – B-1050 Brüssel – Belgien

Tel.: +32 (0) 2 234 65 70

Fax: +32 (0) 2 234 65 79

E-mail: info@gef.eu

www.gef.eu

Dieses Essay ist das Ergebnis eines laufenden transnationalen Projekts der Grünen Europäischen Stiftung, durch das alternative Produktionsmodelle erforscht und die Debatte über die Vorschläge zur grünen Wirtschaft und die sich verändernden Arbeitsbedingungen im 21. Jahrhundert gefördert werden soll. Seit 2014 organisiert die Stiftung Veranstaltungen und veröffentlicht Studien mit Partnerstiftungen aus ganz Europa, um Perspektiven der Produktion und des Verbrauchs auf der Grundlage von Nachhaltigkeit und Solidarität zu liefern.

Exemplare dieser Publikation können Sie kostenlos per E-mail an info@gef.eu anfordern.



Inhaltsverzeichnis

	Prolog	6
	Einleitung	8
1.	Freiheit und Sicherheit im 20. Jahrhundert: Der Wohlfahrtsstaat	9
1.1	Freiheit durch Sicherheit	10
1.2	Die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates	10
1.3	Den Globalen Süden und die Erde vergessen	10
2.	Der ungewisse Freiheitskampf: Der Staat des Neoliberalismus	11
2.1	Das Projekt der Emanzipation	11
2.2	Das neoliberale Freiheitskonzept	12
2.3	Die radikalen Wegbereiter*innen	13
2.4	Der Dritte Weg: Die Leere der Linken	14
2.5	Eine nüchterne Bilanz	14
2.6	Das gebrochene Versprechen vom neoliberalen Wachstum	16
2.7	Europa, ein Haus ohne Dach	17
3.	Europa am Scheideweg	17
3.1	Das Ende oder die Zukunft der Geschichte	17
3.2	Das Land zweier Strömungen	18
4.	Die Große Transformation	19
4.1	Die historische Brille von Karl Polanyi	19
4.2	Die Avantgarde und die Große Transformation	22
5.	Freiheit und Sicherheit im 21. Jahrhundert: Der Weg in eine sozialökologische Gesellschaft	22
5.1	Ökologie als Narrativ leidenschaftlicher Grundsätze	23
5.2	Ein ökologisches Menschen- und Weltbild	25
5.3	Revolutionärer Reformismus	26
5.4	Eine sich neu erfindende Stadt	28
5.5	Verbundene Autonomie als Organisationsprinzip	28
5.6	Von öffentlich-privaten zu öffentlich-zivilen Partnerschaften Der Partnerstaat	30
5.7	Der Grundriss einer neuen Wirtschaft	31
6.	Ein gutes Leben für alle	35
6.1	Befreite Zeit	35
6.2	Roboter bestimmen unseren Wert	36
6.3	Anders arbeiten für eine bessere Welt	37
6.4	Sicherheit: Mehr als ein Grundeinkommen	38
6.5	Roboter statt Jobs?	39
6.6	Unsichere Arbeitsplätze: Flexibilität und Digitalisierung	40
6.7	Ein neues Sicherheitspaket für das 21. Jahrhundert	43
7.	Fazit: Europa, die neue Kombination von Freiheit und Sicherheit	43
	Literatur	48
	Fußnoten	49
	Beschreibung der mitwirkenden Organisationen	50



Prolog

Weltweit nehmen die Menschen ihre Zukunft wieder selbst in die Hand. Gemeinsam ergreifen sie Initiativen in den Bereichen erneuerbare Energie, lokale Lebensmittelerzeugung, gemeinschaftliche Nutzung und Austausch von Instrumenten und vieles mehr. Dies ist die hoffnungsvollste Bewegung unserer Zeit. Wo Markt und Staat versagen, greifen die Menschen ein. Als freie Bürger*innen und mithilfe von offenen Partnerschaften, in denen persönliche Entwicklung und soziales Engagement Hand in Hand gehen, erfinden sie die Gesellschaft neu. Diese Beobachtung scheint unseren täglichen Erfahrungen zu widersprechen. Die Systemfehler unseres Gesellschaftsmodells füllen die Schlagzeilen: Klimakrise, instabile Banken, Flüchtlingsströme. Allgemein ist man sich einig, dass die Verunsicherung zunimmt. Dass beide Entwicklungen gleichzeitig stattfinden, ist jedoch kein Zufall.

Es ist Zeit aufzuwachen. Seit dreißig Jahren glauben wir an die Fiktion, das Zeitalter der großen Erzählungen liege hinter uns. Mit dem Fall der Berliner Mauer sind Ideologien scheinbar unbrauchbar geworden. Inzwischen wissen wir es besser. Nach drei Jahrzehnten wirtschaftlicher Globalisierung gibt es mehr Verlierer*innen als Gewinner*innen. Durch progressive Politik ohne überzeugendes Narrativ für die Zukunft wurden die Verlierer*innen direkt in die Arme der Rechtsnationalist*innen getrieben, die die Illusion nähren, die Rückbesinnung auf uns selbst allein sei eine fruchtbare Form der Zusammenarbeit.

Wir müssen den Mut haben, die Geschichte neu zu schreiben. Im 20. Jahrhundert entwickelte sich der aus einer fortschrittlichen Reaktion entstandene Wohlfahrtsstaat zu einer industriellen, freien Marktwirtschaft. Ab den 1950ern genossen die Bürger*innen im Westen wachsende Freiheit während die Regierung soziale Sicherheit schuf. Nach dreißig Jahren kam dieser Wirtschaftsmotor ins Stottern, was die neoliberale Phase in den darauffolgenden etwa dreißig Jahren einläutete. In diesem Zeitraum wurde eine besondere „Verfassung der Freiheit“ (Hayek 1978) implementiert, in der der Markt in puncto Organisation wieder die Oberhand gewann. Dies führte zu einer instabileren Welt mit extremer Ungleichheit und zur Verschärfung der Umweltkrise. Die Antwort, die wir im 21. Jahrhundert entwickeln müssen, besteht in der sozialökologischen Gesellschaft – einem Projekt, das für alle Menschen die gleiche Freiheit anstrebt, mit der sie sich innerhalb der Grenzen des Planeten in Sicherheit entfalten können.

Es ist kein einfaches Projekt, denn es beruht auf dem Paradox unserer Zeit. Gewissheit hat nur wenig mit der Erhaltung unserer gegenwärtigen Welt zu tun. Um eine sichere Zukunft zu gestalten, müssen wir alles ändern. Um uns frei entwickeln zu können, brauchen wir nachhaltige Systeme. In Zukunft wird die Art und Weise, wie wir unsere Lebensmittel produzieren, Energie erzeugen, arbeiten und unser Einkommen verdienen vollkommen anders aussehen. Wir brauchen neue soziale Einrichtungen und einen kulturellen Wandel um zu bestimmen, was wir unter einem „guten Leben“ verstehen. Glücklicherweise ist dies kein entfernter Zukunftstraum. Während die meisten Regierungen wie im Schlafwandel einer Katastrophe entgegengehen, nehmen immer mehr Bürger*innen die Macht in die eigenen Hände. Obwohl sie nur selten in den Nachrichten erscheinen, sind sie der zunehmende und positive Gegenstrom unserer gegenwärtigen Gesellschaft. Gemeinsam mit progressiven Kommunalregierungen brüten sie eine neue sozialökologische Gesellschaft aus. Wie diese verwirklicht werden kann, ist Gegenstand dieses Essays, wobei Freiheit und Sicherheit im Mittelpunkt stehen.

Das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit ist natürlich faszinierend. Die Philosophin Hannah Arendt schrieb, Freiheit stehe mit der Offenheit der Zukunft in Verbindung: jede Handlung löst eine Kettenreaktion unerwarteter und unvorhersehbarer Effekte aus. Das ist logisch und versteht sich fast schon von selbst. Wäre alles festgelegt, gäbe es keinen Raum zu Manövrieren. Und ein Leben, in dem alles so gewiss ist, dass sich nichts ändert, sehnt man sich nicht unbedingt herbei. Doch wie frei ist man? Sollte wirklich alles ungewiss sein? Führt ein Leben in vollkommener Ungewissheit denn nicht zu tiefen Angstgefühlen?

Der Soziologe Zygmunt Baumann behauptete in einem Alter von fünfundachtzig Jahren und nach sechzigjähriger Forschungsarbeit, jede Person bräuchte zwei Dinge im Leben: Freiheit und Sicherheit. Diese beiden Konzepte sind gleichsam siamesische Zwillinge und in einer ausgeglichenen Gesellschaft immer miteinander verknüpft. Bauman beschrieb unsere gegenwärtige Zeit als „flüssige Modernität“. Alle Institutionen, die uns Sicherheit bieten (Nationalstaat, Familie usw.) lösen sich auf in einer Gesellschaft flüssiger Ströme von Menschen (von Tourist*innen bis hin zu Flüchtenden), Kapital und Waren, die kaum oder gar keinen Halt bieten.



Wir müssen diese Phase nun hinter uns lassen und eine neue beginnen, indem wir unsere Welt in eine sozialökologische Gesellschaft verwandeln. Wir brauchen gleiche Freiheit für alle Menschen, in Verbindung mit einer Wirtschaft und einem Lebensstil, die dem Planeten zehn Mal weniger abfordern. Natürlich ruft eine solch gewaltige Herausforderung in unserer turbulenten Gegenwart zunächst große Ungewissheit und Widerstand hervor. Deswegen ist es wichtig, die erforderlichen Veränderungen innerhalb eines künftigen konstruktiven Gesellschaftsprojekts zu formulieren; eine politisierende Hoffnungsbotschaft, die uns im langen Umsetzungsprozess Sicherheit gewährleisten kann. Die Schlüsselrolle auf diesem vor uns liegenden Weg obliegt der grünen Bewegung und ihrer politischen Vertretung. Dies ist nicht nur eine Phase für intelligente Analysen und inspirierende Ideen, sondern es geht auch darum, die Menschen für ihre Zukunft zu mobilisieren.



Einleitung

Stellen wir uns vor, wir haben das Jahr 2017. Während immer noch der Eindruck herrscht, wir lebten in einer menschenwürdigen Gesellschaft, lesen wir von einem Wettlauf der besonderen Art. The Guardian berichtet über Versandfirmen und ihren Bieterwettkampf um die größte Strafe, die sie kranken Angestellten aufbrumen können. Während ein Unternehmen eine Geldbuße in der Höhe von £150 einführte, verlangte ein anderes £250. Dies ist die Realität der selbstständigen Selbstfahrer*innen, die pro Lieferung bezahlt werden. Sie verdienen nicht nur kein Geld, wenn sie krank sind, sondern müssen dem Unternehmen, für welches sie arbeiten, eine Geldbuße für ihren Ausfall zahlen. Und natürlich müssen sie genau wie Uber-Fahrer*innen ihr Fahrzeug, den Kraftstoff, die Versicherung usw. selbst finanzieren. Geht es um wirtschaftliche Notwendigkeit? Eigentlich nicht. Eines der betroffenen Unternehmen gehört Royal Mail, einem ehemals öffentlichen Unternehmen, das 2016 einen Gewinn von £472 Mio. erzielte.

Ist dies das Ergebnis einer Zeitmaschine, die uns in das 19. Jahrhundert zurückkatapultiert? Was einst das Sozialversicherungssystem und die allgemeinen Rechte zum Schutz der Angestellten vor arbeitsmarktbedingten Risiken ausmachte, steht nun auf dem Kopf. Arbeitnehmer*innen sind nicht mehr geschützt: inzwischen werden sie bestraft, wenn sie ein Risiko für das Unternehmen darstellen, worüber das Unternehmen selbst entscheidet. Wie ein Fachreferent kommentierte: „Die Tatsache, dass zu viele Arbeitnehmer*innen glauben, keinen Einfluss und keine Stimme zu haben, trägt zum Quantum des Elends und der Wut in der britischen Gesellschaft bei.“¹ Inzwischen hat die Kommission auf europäischer Ebene ein allgemeines Rahmenkonzept für die Plattformregulierung festgesetzt, ohne jedoch die wirklichen Probleme – wie gelegentlichen Arbeitsmangel – anzugehen, denen die Plattformangestellten manchmal gegenüberstehen.²

Stellen wir uns vor, wir haben das Jahr 2017. Während wir immer noch den Eindruck haben, Politiker*innen läge die Zukunft am Herzen, kündigt Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen an. Manche westeuropäischen Regierungschef*innen bezeichnen das als Skandal, wobei ihr eigenes Land gleichzeitig sehr weit davon entfernt ist, die ehrgeizige Reduzierung von Treibhausgasen um 90% bis 2050 zu erreichen. Trump wurde wegen seiner Fähigkeit gewählt, sich die Wut in seinem Land zunutze zu machen, die Angst der Menschen, die in den überholten Branchen ihren Arbeitsplatz verloren haben, sowie das Zugehörigkeitsbedürfnis einer Mittelklasse, die seit den Achtzigerjahren eine Stagnation ihrer Kaufkraft und eine Ungleichheit erlebt, wie sie in den USA seit Ende

des 19. Jahrhunderts nicht mehr herrschte. Als Reaktion auf Trump haben US-amerikanische Bürgermeister*innen und Staatsgouverneur*innen ihren Einsatz für eine starke Klimapolitik bekundet und Allianzen mit anderen Städten weltweit gebildet. Auch in Europa haben zahlreiche Städte weit ehrgeizigere Klimaziele als ihre nationalen Regierungen. Während die Europäische Union dieses Engagement auf atädtischer Ebene unterstützt, verdienen große Unternehmen weiterhin am gescheiterten Emissionshandelssystem. Dennoch ist klar, dass die Europäische Union in diesem Mehrebenen-Regierungsmodell ausschlaggebende Maßstäbe für die Einführung einer wirksamen Klimapolitik setzen wird.

Ist es möglich – aus einem systemischen Ansatz heraus – Verbindungen und Interaktionen zwischen scheinbar unzusammenhängenden Ereignissen und Entwicklungen zu erkennen? Ein historisches Bild zu zeichnen, das eine zukunftsorientierte Perspektive ermöglicht? In Westeuropa entwickelt sich der *Wohlfahrtsstaat* seit den 1980ern zu einem *Staat des Neoliberalismus*. Dadurch wurde die Rolle der Regierung als einem zentralen Steuerungs- und Organisationsgremium der Gesellschaft durch das wettbewerbsbasierte Marktprinzip ersetzt. In dieser zunehmend globalisierenden Wirtschaft – in der die Umwelt immer noch vernachlässigt wird – fühlt sich eine wachsende Gruppe der Bevölkerung im Stich gelassen. Dadurch wächst langsam die Anzahl von Menschen, die über das demokratische System verärgert sind; also wählen sie populistische Machthaber*innen, die sich weder für Klimapolitik noch für viel mehr interessieren. In europäischen Ländern beinhaltet dies stets die populistische Rhetorik, dass alle Probleme von „Brüssel“ kommen. Dies führt zu noch mehr Ungewissheit über die Zukunft. Und während Europa hitzig über Migration diskutiert, wird dem systemischen Zusammenhang zwischen unserem Hunger nach fossilen Brennstoffen, der Instabilität des Nahen Ostens, dem Klimawandel und den Flüchtlingen kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Klar ist, dass wir ein Narrativ für eine neue Ära brauchen, eine *Teilende Gesellschaft*, die Freiheit und Sicherheit bietet – ein gutes Leben für alle. Wir brauchen eine Vision, in der ein *Partnerstaat* als dritte fundamentale Möglichkeit der gesellschaftlichen Ordnung betrachtet wird. Ein Staat, welcher mit der gegenwärtigen Welle gesellschaftlich engagierter Bürger*innen Hand in Hand arbeitet, Gemeingüter wiederherstellt und lokale Gemeinschaften, nicht nur den Markt oder Staat, berücksichtigt.



1. Freiheit und Sicherheit im 20. Jahrhundert: Der Wohlfahrtsstaat

Das Beispiel des Paketzustellers, dem eine Geldbuße auferlegt wurde, erfasst den Kern des gegenwärtigen „Wohlfahrtsstaates“, des Gesellschaftsprojekts der westlichen Industriestaaten im 20. Jahrhundert. Sein Aufbau erfolgte in zwei Phasen, die grob in eine vor und eine nach dem Zweiten Weltkrieg aufgeteilt werden können. Während des Zweiten Weltkrieges, bat die britische Regierung Lord Beveridge einen Plan für ein *nationales* Sozialversicherungssystem zu entwickeln, das mehr Zuversicht bieten sollte als das damals vorhandene Flickwerk kleiner, sektoraler Unterstützungskassen. Beveridges Bericht aus dem Jahr 1944 *Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft* legte den Grundstein für den Sozialstaat und definierte die zentrale Rolle der nationalen Regierung bei der Gestaltung dieses neuen Wohlfahrtsstaates. Da zahlreiche Politiker*innen während des Krieges vom europäischen Festland nach London geflüchtet waren, nahmen sie diese Ideen nach Kriegsende mit nach Hause.

Am Beispiel Belgiens können wir illustrieren, wie wichtig das Ziel der Sicherheit hinsichtlich der Gründung eines Wohlfahrtsstaates war. Das Gesetz zur Einführung des Wohlfahrtsstaates bezeichnet sein zentrales Ziel mit den Worten „soziale Sicherheit für alle zu garantieren“. Mit diesem Gesetz aus dem Jahr 1944 wurden viele Aspekte geregelt: eine angemessene Rente („sich um ältere Menschen zu kümmern“), die Arbeitslosenpflichtversicherung („die Angst, aufgrund von Arbeitsmangel arbeitslos zu sein“), ein höheres Kindergeld, die obligatorische Kranken- und Arbeitsunfähigkeitsversicherung („die Angst vor einem Unfall oder einer Krankheit“). Es ging buchstäblich darum, Angst und fundamentale Unsicherheit zu eliminieren. Es ist eine bittere Ironie der Geschichte, dass während der Niederschrift dieses Essays von Gewerkschaften unterstützte Deliveroo-Fahrer*innen gegen die Tatsache protestieren, dass sie im Falle eines Unfalls keine Versicherung haben; wobei Unfälle bei ihnen recht wahrscheinlich sind, da sie den ganzen Tag mit dem Fahrrad im hektischen Stadtverkehr unterwegs sind.³

Das Gesetz aus dem Jahr 1944 baute auf der Arbeit von Gewerkschaftsvertreter*innen, Arbeitgeberverbänden und einigen hohen Beamten*innen auf und spiegelte eine *gemeinsame Vision der Wohlstandsverteilung* wider. Arbeitgeber*innen verpflichteten sich, zur sozialen Sicherheit beizutragen und die Lebensqualität von Arbeitnehmer*innen und ihren Familien zu verbessern. Arbeitnehmer*innen wurde die Aussicht auf höhere Löhne geboten. Andererseits verpflichteten sich Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung,

was die Arbeitgeber*innen beruhigte, da die wachsende Anziehungskraft des Kommunismus ihnen Sorgen bereitete. Regierungen richteten ein faires Steuersystem einschließlich hoher, progressiver Vermögenssteuern ein, mit dem die Wohlstandsverteilung formalisiert wurde.

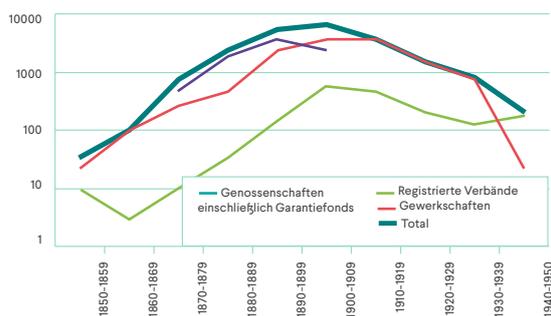
In den darauffolgenden Jahrzehnten (1945-1975) entwickelte sich das Sozialversicherungssystem aus einer Versicherung gegen soziale Risiken zu einer Garantie einer menschenwürdigen Existenz für alle. Das Ziel bestand nicht mehr nur darin, Menschen in spezifischen Problemsituationen zu unterstützen. Alle Bürger*innen hatten nun das gleiche Recht auf ein menschenwürdiges Leben und die Regierung musste sich darum kümmern. Eine Kerndimension dieser sozialen Sicherheit war ihr universeller Charakter, der sich Sozialwissenschaftler*innen zufolge bewährt hat: „*Die Erfahrung in westlichen Wohlfahrtsdemokratien lehrt uns, dass eine geringe Armutsquote mit einem universellen Charakter verbunden ist und nicht nur die Armen, sondern alle Bevölkerungsebenen betrifft. In Ländern, in denen sich Regierungen nur um die Bedürftigen kümmern, ist die Armut am größten. Schauen wir uns zum Beispiel die Vereinigten Staaten an. Die Erklärung hierfür ist einfach. Der universelle Ansatz funktioniert präventiv: man wartet nicht, bis jemand verarmt, um einzugreifen.*“⁴ Dies war der Kern des Nachkriegsprojekts: eine faire Verteilung des erwirtschafteten Vermögens, damit jede*r es genießen konnte. Betrachtet man die gegenwärtigen politischen Debatten, wird deutlich, wie viel wir in unserem Bestreben nach sozialer Gleichheit verloren haben. Welche Regierung in Westeuropa wagt es, anstelle der begrenzten Armutsminderung, die von rechten Parteien eingeführt wird, mehr Gleichheit (und somit umverteilende Steuern) für universelle Systeme zu fordern?

*Existenzsicherheit und Emanzipation stellten die klassischen Ziele des Wohlfahrtsstaates dar. Persönliche Entwicklung stand in direktem Zusammenhang mit höherer Freiheit. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Vision noch aus den Zeiten vor dem Sozialismus stammt. Wie von der Philosophin Martha Nussbaum in *Creating Capabilities* illustriert, ist sie auch im liberalen Denken verankert.*



1.1 Freiheit durch Sicherheit

Die Gründung des Wohlfahrtsstaates führte zu einer Phase zunehmender Sicherheit in den Bereichen Arbeit, Gesundheit, Wohnungswesen und Rente. In diesem Zeitraum gewannen die Menschen auch mehr Freiheit. Dies war zum Teil auf die Zunahme der Kaufkraft zurückzuführen, aber auch Teil des politischen Projekts, insbesondere der ideologischen Neuformulierung des Sozialismus. Wie die niederländische politische Führungsfigur jener Zeit, Joop den Uyl, festhielt: „Sozialismus war schon immer eine Bewegung, die die Befreiung des Individuums zum Ziel hatte.“ Dies verdeutlichte sein Bericht aus dem Jahr 1951 mit dem Titel: „Der Weg zur Freiheit“ unter Bezugnahme auf die antiegalitäre Sichtweise der Freiheit von Hayek (Hayek 1944). Der Journalist Marcel ten Hooven fasst diese Nachkriegspolitik wie folgt zusammen: „Den Uyl formulierte ein Programm, mit dem die Menschen ihre eigene Existenz besser in den Griff und mehr Freiheit bekommen sollten. Mit höheren öffentlichen Investitionen wollte er Wohlstand, Kultur, gute Bildung, angemessene Versorgung und gute Wohnungen jedem zugänglich machen, um die Chancen auf Selbstentfaltung zu erhöhen. Der zugrundeliegende Gedanke war, dass die Menschen mehr Freiheit zur Entfaltung bekämen, wenn der Wohlfahrtsstaat sie von den wirtschaftlichen Unsicherheiten des Lebens befreite.“⁵



Entwicklungslinie der Anzahl neuer Institutionen für kollektive Maßnahmen (Genossenschaften einschließlich Garantiefonds), Gewerkschaften und registrierte Verbände) pro Jahrzehnt in den Niederlanden, 1850-1950 (Log-Skala). Quelle: De Moor, T, 2013: 17.

Existenzsicherheit und Emanzipation stellten die klassischen Ziele des Wohlfahrtsstaates dar. Persönliche Entwicklung stand in direktem Zusammenhang mit größerer Freiheit. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese Vision noch aus den Zeiten vor dem Sozialismus stammt. Wie von der Philosophin Martha Nussbaum in *Creating Capabilities* illustriert, ist sie auch im liberalen Denken verankert. Sie verweist auf Thomas Paine, einen der Autoren der US-Verfassung. Paine forderte progressive Steuern mit einem Steuersatz von hundert Prozent auf die höchsten Einkommen sowie eine Senkung der Arbeitslosigkeit durch Ausführung öffentlicher Arbeiten.

1.2 Die Grundlage des Wohlfahrtsstaates

Die Entwicklung eines nationalen Sozialversicherungssystems erfolgte nicht aus heiterem Himmel. Natürlich verspürten Regierungen das Bedürfnis, ihre Bevölkerungen für das enorme Opfer zu belohnen, das sie während des Krieges erbrachten. Und sie befürchteten eine Übermacht kommunistischer Parteien. Doch wie der Beveridge-Report zeigte, begann der Prozess für den Austausch lokaler Systeme durch ein universelles Nationalsystem nicht von Grund auf. Seit Beginn der industriellen Revolution organisierten sich die Menschen, um unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen anzuprangern. Dies hatte manchmal gewalttätige Straßenproteste und neue politische Bewegungen zur Folge. Sie zeigten, wie die Arbeiterklasse aufgrund des wilden Kapitalismus der industriellen Revolution in die Armut getrieben und die Landwirt*innen verdrängt worden waren, wodurch sich Stadtgebiete in jämmerliche und unhygienische Ghettos verwandelten. Würden wir heute, in den Staaten des Globalen Nordens, akzeptieren, zwölf Stunden in einer Fabrik für minimalen Lohn zu arbeiten, in Slums zu leben und unsere Kinder arbeiten statt in die Schule zu schicken?

Jahrzehnte vor der Geburt nationaler Sicherheitssysteme hatten sich die Bürger*innen bereits hinsichtlich zweier zusammenhängender Ziele organisiert. Eines war der soziale Kampf für bessere Politik, bei dem sie Druck auf Politiker*innen ausübten, Gesetze über Höchstarbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und die Abschaffung von Kinderarbeit zu verabschieden. Gleichzeitig entwickelte sich eine enorme Bandbreite von Selbstorganisation. Arbeitnehmer*innen gründeten eigene örtliche Sparkassen, Genossenschaften für bezahlbares Brot, örtliche Formen von Krankenversicherung (Krankenkassen), Gewerkschaften und andere Vergemeinschaftungsformen. Wie Forschungen zeigen, gab es schon mehr als hundert Jahre vor der Einführung des Wohlfahrtsstaates eine Welle solcher Bürger*inneninitiativen. Die Geschichtsinstitutlerin Tine De Moor erklärt dies als eine Reaktion der Bevölkerung auf eine Situation der Unsicherheit, entstanden durch die Kombination von Regierungs- und Marktversagen. Die neu auftretenden Formen von Arbeits- und Lebensbedingungen, die zu äußerst unterschiedlichen Veränderungen im Leben führten, wurden von Regierungen nur unzureichend geregelt, während die Märkte aus dem Sozialgefüge, von dem sie abhingen, entbettet wurden.

1.3 Den Süden und die Erde vergessen

In diesen Nachkriegsjahrzehnten war man sich weitgehend einig, dass die Regierung und der öffentliche Sektor bei der Gestaltung der Zukunft des jeweiligen Landes eine zentrale Rolle spielten. Märkte, einschließlich der Finanzmärkte, waren streng reguliert. Während sich die Regierungen auf ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum fokussierten,



waren sie mitschuldig an und dennoch blind gegenüber zwei grundlegenden Systemfehlern: der Ausbeutung des Südens und der Erde. Es ist kein Zufall, dass der erste Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ am Ende dieses Zeitraums im Jahr 1972 veröffentlicht wurde. Er zeigte, dass blinde Ausbeutung und Vergiftung der Erde zu gravierenden Problemen in der Umwelt und im Bereich öffentlicher Gesundheit führen. Der Bericht enthielt die klare Botschaft, die Menschheit werde ohne eine radikale Veränderung in Zukunft nicht in der Lage sein, innerhalb der Grenzen unseres Planeten zu leben. Der wirtschaftliche Fortschritt im globalen Norden beruhte zudem auf der Ausbeutung von Ländern im globalen Süden, angefangen vom Imperialismus in der Vergangenheit bis hin zu den ungleichen Zentrum-Peripherie-Beziehungen der Gegenwart. Genau wie in den Jahrhunderten zuvor fordern die aus dem Süden kommenden Produkte einen Blutzoll. Der enorme Anstieg der westlichen Produktion ging zu Lasten von Ländern und Gemeinschaften im Süden, wobei immer mehr Rohstoffe abgebaut wurden und dies zu einer enormen ökologischen Schuld führte.

Während dieser Zeit des Wohlfahrtskapitalismus herrschte im Westen ein besonderes Gefühl von Sicherheit. Obwohl nicht jede*r unbedingt sofort ein besseres Leben, bestand doch die Erwartung, Fortschritte im Leben ma-

chen oder zumindest den eigenen Kindern eine bessere Zukunft bieten zu können. Dieses gute Zukunftsgefühl führte zur 40/40-Berufstätigkeit. Große Fabriken – denken wir nur an die Automobilindustrie – boten Menschen mit unterschiedlicher Ausbildung eine Festanstellung. Die Aussicht auf vierzig Jahre Arbeit, vierzig Stunden pro Woche, mit gleicher Führungskraft und den gleichen Kolleg*innen, war nach der trüben Arbeitsplatzunsicherheit der 1930er- und 1940er-Jahre ein attraktives Angebot. Heutzutage scheint das kaum vorstellbar. Wer möchte schon als 25-Jährige*r einen lebenslangen Vertrag unterschreiben?

Dieser Zeitraum von dreißig Jahren Fortschritt endete während der Siebziger. Überproduktion, zwei Ölkrisen mit daraus resultierender, teurer Energie, die Abschaffung alter Industrien und die wachsende Konkurrenz in neuen Produktionsländern – wie Japan – stürzten die Industrieländer in eine tiefe Krise.

*Wie Forschungen zeigen, gab es schon mehr als hundert Jahre vor der Einführung des Wohlfahrtsstaates eine Welle solcher Bürger*inneninitiativen.*

2. Der ungewisse Freiheitskampf: Der Staat des Neoliberalismus

Ende der Siebziger war es um die traditionelle Politik der Linken nicht gut bestellt und es fehlten innovative Antworten auf die tiefe Wirtschaftskrise. Dies führte zur Wahl neuer politischer Führer*innen mit einer radikal anderen Sicht darüber, wie Gesellschaft zu organisieren sei. In den Vereinigten Staaten gewann der Republikaner Ronald Reagan die Wahl mit folgender Vision: „Die Regierung ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.“ Im Vereinigten Königreich wurde die Konservative Margaret Thatcher mit ihrer klaren Vorstellung, dass es „so etwas wie Gesellschaft nicht gibt, es gibt nur einzelne Männer und Frauen, die für sich selbst sorgen müssen“ zur Premierministerin gewählt.

Diese zwei Elemente sind ausschlaggebend für die neue neoliberale Phase, die mindestens die nächsten dreißig Jahre andauern sollte. Man geht heute davon aus, das Marktprinzip (Wettbewerb) sei die beste Art und Weise zur Organisation unterschiedlicher Bereiche der Gesellschaft, und das bedeutet Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung ehemaliger öffentlicher

Sektoren. So wurde zum Beispiel in den Niederlanden die nationale staatliche Krankenversicherung durch ein System ersetzt, in dem private Versicherungsunternehmen eine zentrale Rolle spielen. Freiheit sowie Sicherheit sind von nun an individuelle Aufgaben, da jede*r Unternehmer*in des eigenen Lebens werden muss. In diesem Zeitraum können wir den Kampf zwischen zwei Freiheitskonzepten beobachten, oder genauer zwischen zwei verschiedenen Kombinationen von Freiheit-Sicherheit, die wir als „Emanzipation“ und „Neoliberalismus“ bezeichnen.

2.1 Das Projekt der Emanzipation

Das erste Freiheitsprojekt – obwohl die Ursprünge viel älter sind – tritt im symbolischen Jahr 1968 durch die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die weltweiten Studierendenbewegungen und den Prager Frühling besonders in Erscheinung. Bei diesen Ereignissen setzte man sich für Emanzipation ein und es bildeten sich soziale



Bewegungen mit Schwerpunktthemen wie Frieden, Umwelt und Frauenrechten heraus. Ihr Freiheitskonzept war klar: alle haben das Recht auf Selbststeuerung und eigene Entscheidungsfindung, befreit vom Joch der Kirche und des Staates. Dies bedeutet eine horizontalere und andere Machtverteilung innerhalb der Institutionen wie Schulen, Kliniken und der Demokratie selbst. Ab den 1980ern spiegelte sich dieser Kampf für mehr Autonomie und ein gutes Leben für alle in der Politik der grünen Parteien wider. Sie waren in der Lage, wichtige Forderungen der neuen Emanzipationswelle in verschiedene Politikbereiche zu trennen, wie zum Beispiel Innovationen in sozialer Sicherheit und Freiheiten (Recht auf Elternurlaub, Arbeitszeitkonten, Gleichberechtigung und gleichgeschlechtliche Ehe) und Umweltsicherheit (Umwelt- und Gesundheitsstandards sowie Klimapolitik).

Der Soziologe Blühdorn beschrieb dieses Freiheitsprojekt als „Emanzipation erster Ordnung“, die man verstehen kann, indem man „sich auf die 1970er und 1980er bezieht, als zunehmend selbstbewusste Bürger*innen, die sich als Subjekt mit authentischem Verstand betrachteten, für die Befreiung von der Vormundschaft traditioneller Eliten kämpften und dazu entschlossen waren, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen, das sie auf partizipatorische und demokratische Weise auszuhandeln und durchzuführen beabsichtigten.“⁶ Grundlage hierfür ist die Analyse eines der Begründer des ökologischen Denkens, André Gorz. Er betont, die Umweltbewegung sei von Anfang an mehr gewesen als purer Umwelt- oder Naturschutz. Der Widerstand gegen die Zerstörung der Autonomie von Individuen oder Gruppen liegt seiner Ansicht nach in den Ursprüngen der Umweltbewegung selbst: „Das zugrundeliegende Motiv besteht immer darin, die ‚Lebenswelt‘ vor der Autorität von Fachleuten, vor Quantifizierung und monetärer Bewertung und vor dem Austausch der Autonomie und Fähigkeit zur Selbstbestimmung des Individuums gegen merkantile, unfreie Kundenbeziehungen zu verteidigen.“⁷ Ohne seine enormen Leistungen zu leugnen, stand die Umweltbewegung seit jeher der paternalistischen Dimension des Wohlfahrtsstaates kritisch gegenüber, die von einer Kernfamilie mit dem Mann als Brotverdiener ausgeht. Es wird auf fundamentale Weise die Arbeitsethik im Zusammenhang mit einer Wachstumswirtschaft in Frage gestellt, die auf dem endlosen Kreislauf von mehr Produktion und mehr Konsum beruht.

Dennoch hat das emanzipatorische Freiheitskonzept die Gesellschaft nicht erobert: es ist einigermassen erfolgreich, hat jedoch sein Ziel (noch) nicht erreicht.

2.2 Das neoliberale Freiheitskonzept

Wenn die Regierung das Problem ist und es keine Gesellschaft gibt, die Zusammenhalt schafft, erhält das Konzept der Autonomie eine vollkommen andere Bedeutung. Jetzt ist jede*r auf sich selbst gestellt, in einem Wettbewerbsumfeld, und das Leben wird zum ständigen Wettkampf. Am besten lässt sich dieses Menschenbild illustrieren, wenn man sich eine Segelregatta mit Ein-Personen-Booten vorstellt. Um in einem kleinen Boot voranzukommen, muss man zwei Dinge tun: erstens den besten Wind finden und zweitens, den Gegner*innen den Wind aus den Segeln nehmen. In diesem Leben lässt eine solche *strategisch-opportunistische Navigation* keinen Raum für Empathie oder Zusammenarbeit. Autor*innen wie zum Beispiel Richard Sennett haben die Auswirkungen der Einführung dieses Profils in Unternehmen, Schulen, zwischenmenschliche Beziehungen usw. beschrieben. Anstelle eines festen Arbeitsplatzes steht heute die Aufgabe, flexibel zu sein. Sennett hinterfragt, was es bedeutet, wenn Distanz und oberflächliche Kooperationsbereitschaft im Kampf mit den gegenwärtig herrschenden Bedingungen ein besserer Panzer sind als ein Verhalten, das auf Loyalität und Leistung beruht.⁸

Beim Neoliberalismus geht es nicht nur um den Rückzug von Regierungen oder das *Laissez-faire*, sondern um aktive Maßnahmen zur Schwächung öffentlicher Sektoren und Unterstützung von Initiativen im privaten Sektor. Die neoliberale Politik entwickelt nun rechtliche Verfahren, die internationalen Unternehmen maximalen Raum lassen (mit Freihandelsabkommen und ihrem System zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat als deutlichem Beispiel). Dies gilt insbesondere für den Finanzsektor, in dem die Banken nun mit den Sparguthaben der Bürger*innen spekulieren dürfen und eine endloses Spektrum an spekulativen Produkten entwickeln. Beim neoliberalen Freiheitsbegriff geht es nicht darum, die Bürger*innen in ihrer Entscheidungsfreiheit zu stärken; hier setzt man sich maximale Freiheit für Unternehmen und für das Wettbewerbsprinzip zum Ziel.

Dieser Marktansatz ist auch im Aufbau der Europäischen Union verankert. Im Februar 1992, kurz nach Mauerfall, führte der Maastrichter Vertrag durch die Gründung der Europäischen Union zu einer weiteren Integration. Die Mitgliedsstaaten müssen nun die sogenannten „Maastricht-Kriterien“ bezüglich ihrer Geldpolitik einhalten, während Normen der Sozialpolitik vollständig ausblieben. Professor Patrick Deboosere beschreibt dies als ein liberales Experiment ohne Sicherheitsnetz, indem er behauptet, dass: „... verschiedene Analyst*innen auf die Gefahr einer systematischen Zerstörung des Wohlfahrtsstaates durch eine unvermeidliche Nivellierung nach unten hinwiesen, da keine klaren Normen für ein soziales Europa vorliegen.“ 2004 und 2007 wurde der europäische Wirtschaftsraum auf 27 Länder mit sehr unterschiedlichen Löhnen und Sozialversicherungssystemen ausgeweitet. Deboosere



folgt: „Die großen europäischen Unternehmen haben ihren Kampf gewonnen: freier Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehr, und vor allem ein Arbeitsmarkt mit einem großen Überschuss an Arbeitskräften, wo der freie Wettbewerb zum Ausdruck kommen konnte.“⁹

Positiver eingestellte Analyst*innen weisen auf die Vorteile eines einheitlichen EU-Marktes ohne Grenzen hin. Sie behaupten, dass der von einem größeren Markt ausgehende wirtschaftliche Impuls das Wirtschaftswachstum ankurbeln würde. Dadurch wären die neuen EU-Beitrittsländer in der Lage, ihre Gehälter und den Lebensstandard dem Niveau von Ländern wie etwa Deutschland anzupassen. Dasselbe gilt für Umweltstandards, bei denen die EU-Normen zu einer stärkeren nationalen Politik geführt haben.

Auf individueller Ebene wird mit diesem Marktansatz die Bedeutung des exzessiven Konsums illustriert, wenn es darum geht, sich anderen mitzuteilen. Unsere vorherrschende Konsumkultur zeigt, dass nur zwei Dinge im Leben wichtig sind: Sie und Ihre Kaufkraft. Wenn Sie hart arbeiten und genug verdienen, können Sie kaufen, was immer Sie möchten. Wenn Sie einen schlechten Tag haben, heißt Sie das Wellnesscenter willkommen. *Weil Sie es sich wert sind*, flüstert die Werbung Ihnen ins Ohr. Unsere Identität wird über die von uns gekauften Dinge kommuniziert. Und mit der Erfindung des Konsumtenkredits muss man sich nicht lange sehnen: Ich will alles und ich will es jetzt. Was heutzutage offenkundig ist – man trägt keinen Sweater, sondern einen Markenartikel – ist eine Erfindung unseres Zeitalters. In dieser neuen Konsumkultur kauft man sich keine Turnschuhe mehr, sondern sehnt sich nach einem neuen Paar Nike.

Diese neue Realität schafft auch neue Formen der Verunsicherung: wenn man sich nicht die ausdrucksstärksten Marken kaufen oder die richtigen Entscheidungen treffen kann, hat man das Gefühl, hinter den Erwartungen zurückzubleiben. Unsere konsumbezogenen Besitztümer und Besessenheiten treten an Stelle unserer gegenseitigen Beziehungen und der Beziehungen zur Umwelt als Quelle unserer Identität. Liebe, eine Widerspiegelung dessen, womit wir verbunden sind, wird verdrängt durch einen ständig beworbenen Hunger nach Dingen, die wir noch nicht besitzen. Dies ist ein Zeitalter neuer Wörter und Abkürzungen, die man bereits auf dem Spielplatz hören kann: *Loser* (wenn man das Wettrennen nicht gewinnt) und *YOLO* (you only live once - man lebt nur einmal).

Blühdorn beschreibt dies als Emanzipation zweiter Ordnung oder reflexive Emanzipation. Sie bezieht sich auf „einen seit den 1990ern deutlich erkennbaren Trend, der die teilweise Erlösung von eben jenen Verantwortungen beinhaltet, für die die Bürger*innen sich zuvor begeistert eingesetzt hatten. Sie strebt insbesondere nach der Befreiung von moralischer und intellektueller Überlastung und fordert eine Neubewertung restriktiver gesellschaftlicher oder ökologischer

Imperative.“¹⁰ Man sollte sich fragen, ob das Adjektiv „reflexiv“ der passendste Begriff ist; basierend auf den gebrochenen Versprechen des Neoliberalismus, auf die hier später noch eingegangen werden soll, könnte es ebenso gut „pervertiert“ heißen..

2.3 Die radikalen Wegbereiter*innen

Diese dominante Entwicklung sollte die Tatsache, dass aktive Bürger*innen in diesem Zeitraum wesentliche Innovationen hervorbrachten, nicht überschatten. Wer baute zum Beispiel die erste neuzeitliche Windkraftanlage zur Erzeugung von erneuerbarem Strom oder brachte Gebrauchsgüterläden, als Vorläufer der „Kreislaufwirtschaft“, wieder in Umlauf? Das waren engagierte Bürger*innen in verschiedenen Ländern, die bereits ein anderes Europa aufbauten. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die Share Economy von Bürger*innen neu konzipiert, die sich für die Wiederherstellung der guten Luftqualität in ihren Städten einsetzten: lange bevor Unternehmen oder Regierungen überhaupt daran dachten, führten in Amsterdam die *Provos* (Provokateur*innen) die sogenannten *weißen Fahrräder* zur kostenlosen Benutzung für alle ein.

Hieraus ziehen wir eine wichtige Lehre: ausschlaggebende gesellschaftliche Innovationen werden nicht in akademischen Einrichtungen oder großen Konzernen an sich entwickelt. Wir sollten nie unterschätzen, wozu kooperative Bürger*innen imstande sind. Außerdem wurden dank ihrer politischen Kampagnen bedrohliche Pläne vereitelt, wie zum Beispiel jene zur Errichtung von Atomkraftwerken in ganz Europa. In Dänemark und Irland bewirkten Proteste, dass die Baupläne nie umgesetzt wurden. In Belgien wurden mehr als die Hälfte der geplanten zwanzig Kernkraftanlagen, einschließlich der ersten an der Küste in der Nähe von Brügge, nie gebaut.

Mit anderen Worten: indem sie sich von der neoliberalen Dominanz zu befreien versuchten, protestierten die Bürger*innen nicht nur, sondern entwickelten gleichzeitig Alternativen. Sie experimentierten auf äußerst aktive Weise mit einer ganzen Reihe von gesellschaftlichen Innovationen. Sie protestierten gegen Atomanlagen und schafften gleichzeitig die Voraussetzungen für die *Energiewende* (Ein Beispiel dafür ist Freiburg, immer noch Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit). Viele der Aktivist*innen der grünen Bewegung waren später auch in der grünen Politik aktiv.

Alles in allem ist hier von weit mehr die Rede als vom Erbe verspielter Studierendenproteste und Flower-Power. Hier werden darüber hinaus die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates kritisch hinterfragt und die (ökologische) Frage formuliert, ob mehr Wohlfahrt nach wie vor zu mehr Wohlstand führt.



Während die Schaffung gesellschaftlichen Reichtums weiterhin ein wichtiges Ziel bleibt, wird dem Individuum nun mehr Verantwortung zugeschrieben. Das Verhältnis zwischen Risiko und Sicherheit hat sich in dem Maße verschoben, dass aktive Risikobereitschaft nun als Kernelement einer dynamischen Wirtschaft und des persönlichen Lebens angesehen wird.

2.4 Der Dritte Weg: Die Leere der Linken

Eingangs wurde beschrieben, wie sich die politische Rechte in den 1970ern als Reaktion auf die Wirtschaftskrise für den Neoliberalismus entschieden hatte. Auch die Linke brauchte seit diesem Jahrzehnt eine Erneuerung ihrer Gesellschaftsvision oder zumindest einen neuen pragmatischen Kurs, um als gemäßigte Partei an der Macht zu bleiben. Dies wurde unter der Bezeichnung „Dritter Weg“ bekannt: eine Alternative zu sowohl keynesianischer Politik als auch zum Neoliberalismus. Gemäßigte Arbeiterparteien übernahmen die neoliberale Annahme, der Markt sei wirksamer als Regierungsintervention. Während die Schaffung gesellschaftlichen Reichtums weiterhin ein wichtiges Ziel bleibt, wird dem Individuum nun mehr Verantwortung zugeschrieben. Das Verhältnis zwischen Risiko und Sicherheit hat sich in dem Maße verschoben, dass aktive Risikobereitschaft nun als Kernelement einer dynamischen Wirtschaft und des persönlichen Lebens angesehen wird. Ungleichheit wird von Sozialdemokrat*innen immer noch nicht akzeptiert, aber sie haben Gleichheit neu definiert und konzentrieren sich jetzt auf Chancengleichheit statt auf Ergebnisgleichheit. Peter Mandelson (Politiker der britischen Labour Party) tätigte 1998 den berühmten Ausspruch, er sehe es „absolut entsetzt, wenn Leute stinkreich werden“. Dieser Fokus auf persönlicher Verantwortung spiegelte sich unter anderem in der Reform der sozialen Sicherheit wider, indem Unterstützungsleistungen von der Verpflichtung zu arbeiten abhängig gemacht wurden.

Eine solche Denkweise im Sinne des „Dritten Weges“ teilt die Kritik der emanzipatorischen Bewegung am paralysierenden Rahmen des Wohlfahrtsstaates. Dies führt jedoch nicht zur Entscheidung zugunsten neuer, befreiender Formen der Zugehörigkeit. Stattdessen liegt der Fokus auf individueller Verantwortung und Marktkräften.

Dies spiegelt sich auch in der Umweltpolitik wider, die von diesen neuen Arbeiterparteien übernommen wurde, mit dem Konzept der „wirtschaftlichen Modernisie-

rung“ in Europa und dem „natürlichen Kapitalismus“ in den USA. Mit dieser Ansicht wird das Wirtschaftsmodell nicht mehr in Frage gestellt. Sie beinhaltet eine effektive Umweltpolitik basierend auf technologischem Fortschritt, Belebung der Märkte und umweltorientierter Unternehmensführung. Wir müssen die Welt nicht verändern: sie grüner zu machen genügt.

Wozu der Dritte Weg geführt hat, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Hinsichtlich der Wahlen schien er zunächst ein kluger Schachzug zu sein (zum Beispiel von 1997 bis 2010 für die Labour-Partei im Vereinigten Königreich). Diese Politik führte jedoch zu zunehmender Ungleichheit, und zum Ausverkauf großer Teile des öffentlichen an den privaten Sektor. In ideologischer Hinsicht bedeutete das eine Verabschiedung der Linken von ihren Wurzeln. Sie taufte sich in „progressiv“ um, um sich von der moralischen Pflicht, für die Schwächsten der Gesellschaft zu kämpfen, befreien zu können. Die Emanzipation zweiter Ordnung war in vollem Gange.

Überdies führte der unilaterale Fokus auf das Individuum (mehr Rechte auf ethischer Ebene, wie zum Beispiel gleichgeschlechtliche Ehe, neben mehr wirtschaftlicher Pflichten, wie zum Beispiel der Pflicht zu arbeiten) zu einer politischen Tabuisierung von allem, was mit kollektivem Wert, gemeinschaftsorientierter Zusammenarbeit und so weiter zu tun hat. Diese Leere der Linken ermöglicht Rechtsparteien maximalen Freiraum auf politisch-ideologischer Ebene..

2.5 Eine nüchterne Bilanz

Aus der Distanz betrachtet ist es klar, dass die neoliberalen Konzepte der „Freiheit“ und „Sicherheit“ zum Ende des 20. Jahrhunderts (zumindest im Westen) vorherrschten. Dies gilt insbesondere für den Bereich des internationalen Handels und der Wirtschaft durch die Globalisierung. Durch das unglaubliche Wachstum des Finanzsektors wurde so gut wie alles finanziert (inzwischen kann man sogar über zukünftige Lebensmittelpreise spekulieren) und die Macht verlagerte sich von demokratischen, gewählten Regierungen auf globale Eliten und Konzerne. Aber es schlich sich noch weiter in das Leben aller Bürger*innen ein. Aus öffentlichem Gut zum Beispiel, das in den Siebzigern den meisten Bürger*innen zur Verfügung stand (z.B. guter und erschwinglicher öffentlicher Gesundheitsdienst sowie ein öffentliches Schulwesen) wurden minderwertigere Dienstleistungen, die in vielen Ländern teurer und selektiv sind. In diesen zunehmend vermarktlichten Systemen hat man weniger Sicherheit, aber auch „freie“ Wahl.

Diese Entwicklung geht mit der Einführung eines Modells persönlicher Verantwortung und Schuld Hand in Hand. Es im Leben „zu schaffen“ – erfolgreich zu sein



– ist eine persönliche Aufgabe. Sie haben viele Möglichkeiten (oder zumindest scheint es so). Wenn Sie es geschafft haben, sind Sie fantastisch. Wenn Sie versagen, trägt nur eine Person die Schuld. Wie ein durch Austerität und Marktprinzipien missgestaltetes Sozialsystem zu gesellschaftlichen Katastrophen führen kann, zeigt der Film „Ich, Daniel Blake“ von Ken Loach. Blake, ein Zimmermann, der nie an Computern gearbeitet hat, wird krank und von Gesundheitsbehörden, die sich bei ihrer Arbeit an Marktprinzipien halten müssen (die gesamte Kommunikation mit dem System ist digital) im wahrsten Sinne des Wortes zerschmettert. Der Film zeigt, wie Solidarität und Mitgefühl durch Einzelgänger*innen und gnadenlose Systeme ersetzt werden.

In der Geschichte von Daniel Blake geht es nicht nur um soziale Sicherheit. Der wirtschaftliche Übergang in eine Dienstleistungsgesellschaft bedeutete auch massenhaften Arbeitsplatzverlust. Die Zahl der erwerbstätigen Männer in Westeuropa, die ‚nur‘ über einen mittleren Schulabschluss verfügen, ging von 70 % im Jahr 1976 auf 33 % im Jahr 1997 zurück. Fast die Hälfte dieser Arbeitslosen würde ohne Regierungsintervention in Armut leben. Die Frage ist mehr als rhetorisch: steht dies im Zusammenhang mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Europa?

Für emanzipatorische Bewegungen und ihre politische Umsetzung – die grünen Parteien – sind die 1990er die Jahre der Blütezeit und Rückschläge. Da gab es zum Beispiel die erfolgreiche Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992, und in vielen europäischen Ländern erlangten grüne Parteien Regierungsbeteiligung. Es wurden strenge umweltpolitische Maßnahmen entwickelt, Naturräume wurden geschützt, neue Formen des Zeitkredits wurden eingeführt, und somit die Autonomie der Bürger*innen erhöht. Dennoch hat das emanzipatorische Freiheitskonzept die Gesellschaft nicht erobert: es ist einigermaßen erfolgreich, hat jedoch sein Ziel (noch) nicht erreicht. Dieser gesellschaftliche und politische Wandel, mit Erfolgen und Rückschlägen des emanzipatorischen Ideals, steht mit dem größeren Erfolg des neoliberalen Freiheitskonzepts im Zusammenhang. Mit diesem Freiheitskonzept kann die Entwicklung der Identität im Rahmen eines individualistischen Projekts, wo der Konsum eine wichtige Rolle spielt, gebremst werden.

Wie ist das passiert? Eine erste Erklärung bezieht sich auf den Kampf um den befreiten sozialen Raum. Die emanzipatorische Bewegung wünschte sich mehr Raum für Bürger*innen, indem sie den Einflussbereich des Staates und anderer disziplinierender, bürokratischer und traditioneller Strukturen reduzierte. Die neoliberale Ideologie befürwortet auch eine weitere Rolle der Regierung: nicht so sehr Rückzug, sondern vielmehr die Schaffung von aktivem Raum für Unternehmen – Planung für den Markt (Hayek, 1978). Die 1980er und

1990er waren der Schauplatz der Auseinandersetzung dieser beiden freiheitlichen Konzepte, der zwei weiteren Akteur*innen neben dem Staat: Zivilgesellschaft und Geschäftswelt. Ein ausschlaggebender Unterschied besteht im Ausmaß: während Unternehmen weltweit organisiert sind, ist dies in Bezug auf neue Bürger*innenbewegungen und Gewerkschaften weniger offensichtlich. Einzig die Antiglobalisierungsbewegung konnte später grenzübergreifend ihre Kräfte bündeln. Inzwischen haben große Konzerne den freien Raum größtenteils besetzt, und die Konzentration der Marktmacht ist größer denn je (UNCTAD 2017).

Eine zweite Erklärung betrifft die Entwicklung der meisten neuen sozialen Bewegungen. Ausgehend zumeist von einem Standpunkt radikaler Kritik, führen Professionalisierung und Aufbau von Beziehungen zu den gegenwärtigen, gewählten Politiker*innen des Mainstreams zu einer pragmatischen Einstellung. Die Vorschläge müssen nun innerhalb der gegenwärtigen Politik praktikabel sein. Die zunehmende Abhängigkeit von Subventionen sowie Mitgliedsbeiträgen von Wähler*innen der gesellschaftlichen Mitte haben bei zahlreichen Nichtregierungsorganisationen zur teilweise unkritischen Unterstützung von politischen Vorschlägen der Regierungen geführt. Aus Bewegungen werden depolitisierte NROs, häufig mit einem deutlichen Beratungsansatz. Da sie sich stark auf die gegenwärtige Politik konzentrieren, stellen sie das Gesamtsystem nicht mehr in Frage. Natürlich sind all diese Bewegungen Kinder ihrer Zeit. Sie fokussieren sich nicht willkürlich auf das Machbare und möchten niemanden abschrecken. Ihre radikale Basis von kritischen Bürger*innen hat sich über die Jahre zu emporstrebenden Konsument*innen entwickelt, was Ausdruck des Emanzipationstyp zweiter Ordnung ist.

Diese Analyse führt zu zwei Schlussfolgerungen.

Erstens wurde die radikale Nachfrage der industriellen Konsumgesellschaft und ihre ideologische Übersetzung in den *Ökologismus* über verschiedenen Phasen hinweg elaboriert und erschöpft – von radikalen Ideen über realistische Vorschläge bis hin zu praktischer Umsetzung. Das ist keine Katastrophe – im Gegenteil, es wurde Vieles erreicht, worauf man stolz sein kann – sondern eine Beobachtung, die die richtigen Schlussfolgerungen erfordert: *zurück zu den Wurzeln*. Politische Ökologie ist reif für eine Generalüberholung, während ihre grundsätzlichen Fragen und Prinzipien nicht an Wert verloren haben. Man könnte sagen, der Kreislauf ist geschlossen. Nun ist es Zeit für eine zweite Kreisbewegung, mit der eine radikale Untersuchung der gegenwärtigen Gesellschaft, ihrer Machtverhältnisse, der zunehmenden Ungleichheit und Umweltzerstörung neu beginnt.



Politische Ökologie ist reif für eine Generalüberholung, während ihre grundsätzlichen Fragen und Prinzipien nicht an Wert verloren haben.

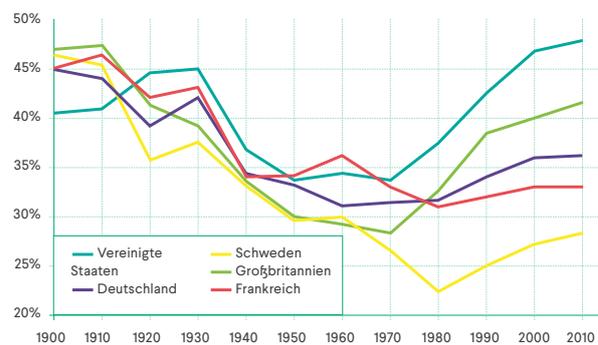
Zweitens hat sich der Traum von einer Selbstorganisation autonomer Bürger*innen nicht verwirklicht. Die Hoffnung der Emanzipationsbewegung war, dass immer mehr Aktivitäten außerhalb der Reichweite von Markt und Staat stattfinden könnten. Sicherlich erfolgte dies auch auf einer Reihe von Ebenen, doch der Preis dafür war hoch. Dasselbe gilt auf individueller Ebene. Während die ökologische Bewegung an persönlicher Entwicklung im Kontext von gegenseitiger Fürsorge arbeiten wollte, entwickelte sich die Individualisierung hin zur *opportunistischen Navigation* anstelle von *Autonomie in Verbundenheit*. In einem wettbewerbsorientierten Umfeld werden wir aufgefordert, nicht mehr strukturell miteinander verbunden zu sein, sondern stattdessen kurzfristige Gewinne im Kontext zahlreicher Unsicherheiten vorzuziehen. Dies führt zu einem gewichtigen Auftrag für ein hoffnungsvolles Gesellschaftsprojekt: die Messlatte zwischen persönlicher Entscheidungsfreiheit und gesellschaftlicher Verantwortung und Engagement höher anzusetzen.

2.6 Das gebrochene Versprechen vom neoliberalen Wachstum

Als das Nachkriegswirtschaftsmodell der *Produktionsgesellschaft* scheiterte, versprachen neoliberale Politiker*innen mit dem Aufkeimen der *Konsumgesellschaft* bessere Zeiten. Die Verlagerung von Produktion (und Umweltverschmutzung) nach China würde für die Verfügbarkeit von billigen Produkten sorgen, während wir zu Hause in saubere Technologien und gut bezahlte Dienstleistungswirtschaft investieren würden. Mit dem Bild der Menschheit als *homo economicus* vor Augen, jeder im Wettstreit mit jedem, würde die Welt für uns alle besser werden. Dieses Versprechen wurde jedoch in zweierlei Hinsicht gebrochen, gesellschaftlich sowie ökologisch.

Der Wohlfahrtsstaat als größtes Gesellschaftsprojekt des 20. Jahrhunderts konnte die soziale Ungleichheit auf das niedrigste in kapitalistischen Marktwirtschaften jemals gemessene Niveau reduzieren. Nicht ohne Grund bezeichnet es der französische Soziologe Rosanvallon als *Jahrhundert der Gleichheit*. Wie Thomas Piketty in *Das Kapital im 21. Jahrhundert* zeigt, ist diese große Errungenschaft inzwischen in Ländern wie den USA, dem Vereinigten Königreich und, wenn auch in geringerem Maße, in Ländern wie Deutschland verlorengegangen. Was manchmal als „Gewinner*innen und Verlierer*in-

nen der Globalisierung“ bezeichnet wird, wird in der folgenden Grafik deutlich. Während im Vereinigten Königreich 10 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen vormals 30 % des Gesamteinkommens ausmachten, so stieg dies während der neoliberalen Ära auf das zuvor noch nie dagewesene Niveau von fast der Hälfte des Gesamteinkommens. Sogar mit einer durchschnittlich steigenden Kaufkraft bedeutet dies, dass niedrige Einkommen seit Jahrzehnten stagnieren. Wir könnten dieser Grafik eine Karte von Frankreich hinzufügen, mit Regionen mit vielen geringqualifizierten und erwerbslosen Einwohner*innen sowie Regionen, in denen die rechtsextreme Partei von Le Pen den größten Erfolg verzeichnet. Die Korrelation zwischen beidem ist höher, als es der Zufall erlauben könnte.



Der Anteil des obersten Einkommensdezils in Europa und den Vereinigten Staaten, 1900–2010. In den 1950ern bis 1970ern betrug der Anteil des obersten Einkommensdezils etwa 30 bis 35 Prozent des Gesamteinkommens in Europa und den Vereinigten Staaten. Quelle: <http://piketty.pse.ens.fr/files/capital21c/pdf/G9.7.pdf>

Es ist ebenfalls kein Zufall, dass die Reichen reicher werden: das steht in direktem Zusammenhang mit den neoliberalen Kernpolitiken – Unternehmens- und Kapitalsteuern werden gesenkt und/oder öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge, Renten und Bildung privatisiert.

Auch die Umweltzerstörung wurde in diesem Zeitraum nicht aufgehalten. Die Ansicht, *Wachstum sei eine Flut, mit der alle Boote im Wasser steigen* (Kuznets) – dass Wirtschaftswachstum gut für Gesellschaft und sozialökologische Entwicklung sei – war verfehlt. Trotz der Entwicklung nationaler Umweltpolitiken und der Ökologisierung von Wirtschaftswelt sowie des Konsums führte das Wirtschaftswachstums eher noch zur Beschleunigung der anhaltenden Zerstörung lokaler Ökosysteme und des gesamten Planeten. Wir befinden uns inzwischen jenseits der Grenzen eines sicheren Handlungsbereichs in den Bereichen Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt und biochemische Kreisläufe in unseren Ozeanen. Also müssen wir das Axiom anpassen zu „*Wachstum ist eine Flut, die alle Boote unter Wasser setzen wird*“. Wir



können die neoliberale Ära als eine Zeit beschreiben, in der wir als Menschheit die Chance verpasst haben, unsere Gesellschaft auf konkrete, stark nachhaltige Weise unter Berücksichtigung der Kapazitäten der Erde zu verändern. Die Lektionen des Club of Rome wurden außer Acht gelassen.

2.7 Europa, ein Haus ohne Dach

Europa ist ein Haus ohne Dach: es gibt etliche politische und wirtschaftliche Räume, aber es gibt keinen sozialen Schutz für die Bürger*innen. Bildlich gesprochen werden bei schlechtem Wetter viele Menschen nass. Europa hat einen gemeinsamen Markt geschaffen, ohne ihn in einen festen ökologischen und sozialen Regulierungsrahmen einzubetten. Dies führte zu einem Wettlauf nach unten – einem Spielfeld, auf dem Nationen von Unternehmen in Wettbewerb zueinander gestellt werden, um Steuern zu senken.

Die Unsicherheit im Wirtschaftssystem sitzt jedoch tiefer als sein neoliberales Design. Die grundlegende Unsicherheit hängt mit der inhärenten Notwendigkeit von Wettbewerb und Wachstum zusammen, die wiederum auf einem geldbasierten System auf der Grundlage von Zinsen und Schulden sowie dem ständigen Bedürfnis beruht, Andere zu überbieten. Wer immer einen Kredit aufnimmt, muss mit Zinsen zurückzahlen und mehr Geld verdienen als ohne Kredit; das bedeutet, man muss mehr produzieren. Dies war auch im 20. Jahrhundert der Fall: Krisen sind fester Bestandteil des Systems.

In den letzten Jahrzehnten wurde das System durch eine weitere Dimension ergänzt: die sogenannte „Finanzialisierung“ (als Steigerung der Kommodifizierung und Monetarisierung). Mit Finanzprodukten zu spekulieren kann mehr Gewinn einbringen als der Handel mit und die Produktion von realen Gütern oder realen Dienstleistungen. Hierdurch werden Bestrebungen, ein stabiles und sicheres Wirtschaftssystem zu erzielen, grundsätzlich untergraben. Die Finanzsphäre sollte der Realwirtschaft dienen. In puncto Finanzialisierung hat sie jedoch nur wenig mit Realwirtschaft zu tun. Finanzialisierung ist eine Realität, in der Finanzmärkte, Behörden und Eliten an Bedeutung zunehmen. Mit einem Hypothekendarlehen kauft man nicht mehr (nur) ein Haus, sondern es ist ein Finanzprodukt, das aufgeteilt und in neue Produkte verpackt wird, die dann auf den Finanzmärkten verkauft werden sollen. Die gleichen Spekulationsformen spiegeln sich in fast allen Sektoren wider – man denke nur an die zukünftigen Preise für Getreideproduktion oder Rohölpreise in drei Jahren. Sollte dies wie im Jahr 2008 schiefgehen, könnte das Finanz- und Wirtschaftssystem kurz vor dem Kollaps stehen. Zu diesem Zeitpunkt hat Europa bereits eine einmalige Chance verpasst, gerechte und strenge Finanzvorschriften einzuführen, die die Reduktion des Finanzsektors mit seiner wahren Zielsetzung (demokratischen Zielen untergeordnet zu sein und Gesellschaft und Wirtschaft zu unterstützen) kombinieren würden, indem ein gerechtes Steuersystem (das Steuerhinterziehung verunmöglicht) eingeführt wird.

3. Europa am Scheideweg

3.1 Das Ende oder die Zukunft der Geschichte

1989, im Jahr des Mauerfalls, veröffentlichte der amerikanische konservative Denker Fukuyama ein Essay (und später das Buch): *Das Ende der Geschichte*. Es wurde allerorts als eine angemessene Deutung des anbrechenden neuen Zeitalters zitiert. Länder, die bei der Kombination parlamentarischer Demokratie und freier Marktwirtschaft angelangt waren, wurden als die beste, stabilste und letzte Stätte der zivilisatorischen Entwicklung eingestuft. Man fühlt sich wie im Himmel, warum sollte man den Ort verlassen?

Eine deregulierte Wirtschaft, dotiert mit unbegrenzten Krediten aus einem entgleisten Finanzsektor, ist jedoch

höchst instabil. Die Finanzkrise hat dies erneut bewiesen. Sie führte zur größten Wirtschaftskrise seit den 1930ern und erforderte nie dagewesene Staatsausgaben, um das Bankwesen zu restabilisieren: Privatverschuldung wurde in Staatsverschuldung umgewandelt. Nehmen wir zum Beispiel Belgien, ein kleines Land, in dem die Staatsverschuldung, die von den Bürger*innen zurückzahlen ist, um die unfassbare Summe von 100 Milliarden Euro angestiegen ist. Diese Praxis machte die Eurozone instabil, und die Europäische Zentralbank war gezwungen, unvorstellbare Geldsummen zu drucken, von denen die Städte und Bürger*innen Europas keinen Eurocent zu sehen bekamen. Gleichzeitig wird durch dieses im Überfluss vorhandene Geld der Vermögenswert erhöht und eine Vermögensinflation



erzeugt, die sich vor allem in galoppierenden Miet- und Immobilienpreisen auswirkt.

2012 schrieb Fukuyama ein weiteres Essay, das deutlich seltener zitiert wurde: *Die Zukunft der Geschichte*. In dieser Analyse gesteht sich der Autor seine absolute Fehleinschätzung 20 Jahre zuvor ein: „Das Modell des permanenten Wirtschaftswachstums war eine Illusion, die auf den enormen Kreditaufnahmen der amerikanischen Verbraucher*innen beruhte. Die Ideologie des freien Marktes wurde zur Religion. Dadurch entstand ein falscher Eindruck von Wohlstand, und ich glaube, dass jede*r weiß, dass dieses System mit seiner inhärenten Instabilität keine Zukunft hat. Es ist eindeutig: der völlig unangebrachte Glaube an die Selbstregulierung des freien Marktes ist die Ursache dieser Krise.“

Fukuyama stand nun auch der anderen Hälfte des 1989 von ihm gelobten Duos kritisch gegenüber. Entwickelte Demokratien stünden vor langfristigen Problemen, für die ihr politisches System keine Lösung habe: „Die gegenwärtige politische Organisation erlaubt es den liberalen Demokratien eigentlich nicht, die Probleme in Angriff zu nehmen, und macht die Situation in einigen Fällen sogar noch schlimmer. Angesichts des Marktversagens müssen wir den Stellenwert der Politik überdenken und unsere politischen Institutionen überdenken.“¹¹

3.2 Das Land zweier Strömungen

Seit Beginn der Krise befindet sich Europa am Scheideweg zweier unterschiedlicher Strömungen. Die vorherrschende Strömung ist immer noch die neoliberale, umgesetzt von Regierungen, die sich auf Austeritätspolitik fokussieren. Dasselbe gilt für den Umgang der Europäischen Kommission mit Griechenland, wo ein dogmatischer Fokus auf Geldmengenvorgaben sowie die unmenschliche Blindheit gegenüber den Folgen des Abbaus sozialer Sicherheitssysteme zum Tage tritt. Und als Ergebnis jahrzehntelanger Deregulierung und Freihandelsabkommen haben große multinationale Unternehmen inzwischen mehr Macht als kleine Nationalstaaten.

Was wir in diesem Szenario erwarten können, sind eine zunehmende Kommodifizierung der Gesellschaft und der systematische Abbau öffentlicher Dienste auf einem gefährdeten Planeten. Wir werden fortwährend die Botschaft erhalten, das Leben sei eine Party, wenn wir es nur in die eigenen Hände nehmen, während die kollektive Einrichtungen und Ökosystemleistungen, welche dies ermöglichen, verschwinden. Ja, viele Menschen werden ein Smartphone besitzen, WLAN wird überall kostenlos verfügbar sein und der Städtetrip nach Barcelona wird, für eine ganze Weile noch, fast umsonst sein. Eine derartige Freiheit lächelt uns anscheinend mit einem netten Emoticon zu. Doch gleichzeitig steigt

der Preis für medizinische Versorgung, genau wie die Einschreibgebühr an der Universität, und immer mehr kleine Kinder bekommen Asthma wegen der Luftverschmutzung. In diesem Szenario schleicht sich Unsicherheit unter unser aller Haut, führt zu Unruhe und ständigem Stress.

„Menschen und lokale Regierungen gestalten die Zukunft schon heute.“

Dies ist die dominante Strömung in Europa – mit Regierungen und einer Europäischen Kommission, die in einer neoliberalen Politik gefangen sind (und die uns in dieser gefangen halten). Es ist die Strömung der *Zukunftsvergesser*innen*. Die begeisterte Befürwortung des TTIP und des CETA zeugt von der fortlaufenden Aufrechterhaltung der Illusion, eine freie, weltumspannende und auf Gewinn und Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft ermögliche den Aufbau einer menschlichen Welt mit Wohlstand als Ziel. Die Kommission geht immer noch davon aus, die politische Zusammenarbeit werde durch mehr wirtschaftliche globale Integration im Rahmen der Finanzialisierung und Marktkonzentration gefördert. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein, wie der zunehmende wirtschaftliche Nationalismus und die neo-imperiale Remilitarisierung zeigen.

Sie leben immer noch in dem Glauben, die Zukunft bestehe in der bloßen Fortsetzung des Heute. Sie vergessen, dass wir mit zunehmendem Stress und Schocks konfrontiert sind und auch in Zukunft sein werden; auf diese hätten wir uns lieber vorbereiten sollen, oder noch besser – wir hätten irgendetwas unternehmen sollen, um sie zu vermeiden. All diese systemischen Risiken sind miteinander verknüpft: das wacklige Finanzsystem kann erneut zusammenbrechen, die rasant zunehmenden Treibhausgasemissionen werden Klimaschocks zur Folge haben, labile Demokratien können aufgrund der Wanderungsbewegungen in autokratische Regierungsformen umkippen. Zum Beispiel trägt der Klimawandel bereits heute zu einer abnehmenden Ernährungssicherheit in Afrika und zur Instabilität und Gewalt in Nahost bei, während durch die Überbewertung der Vorräte an fossilen Brennstoffen die Börsenbewertung von Ölgesellschaften gefährdet wird. Und all diese Ungewissheiten geben jenen Politiker*innen neue Nahrung, die sich unsere Ängste zunutze machen und sich bei ihren Lösungsvorschlägen auf Unsicherheit fokussieren. Dies führt dann meist zu einem Plädoyer für eine stärkere Konzentration auf Gesetz und Ordnung, mit mehr Budget für Polizei, Militär und Disziplinierung, was wiederum neue Befürchtungen aufkommen lässt, während *keine* der zugrunde liegenden *Ursachen behoben* wird. Diese Scharlatane sind darauf aus, Macht zu erlangen



und zu erhalten, wobei sie daran scheitern, die größten Probleme unserer Zeit anzugehen.

Gleichzeitig sind wir Zeug*innen der Entwicklung einer kleinen, aber wachsenden Unterströmung. Sie besteht aus europaweiten Bürger*inneninitiativen, die die Saat der neuen Systeme für Lebensmittelerzeugung, Transport, Energie, Geld usw. entwickeln. Nehmen wir zum Beispiel die Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi), bei der Bürger*innen wieder eine Beziehung zu lokalen Erzeuger*innen herstellen. In der flämischen Region in Belgien startete der erste solidarische Bauernhof 1997, und es dauerte zwei Jahre, bis der zweite auftauchte. Dies war die Zeit vor der Krise, und solche Initiativen wurden als naiv angesehen. Im Jahr 2015 zählen wir über 40 SoLaWi-Bauernhöfe, neben einem Spektrum von anderen Bürger*inneninitiativen im Bereich kurzzyklischer Landwirtschaft. Dies ist mehr als nur ein Eindruck. Untersuchungen in den Niederlanden und Flandern zeigen eine wesentliche Zunahme von Bürger*inneninitiativen; im Jahr 2014 gab es in Flandern zehn Mal mehr Initiativen als noch eine Dekade zuvor. Wie wir später noch erläutern werden, ist es für die Grünen von größter Wichtigkeit, die Bedeutung und Chancen dieser neuen Welle von Bürger*inneninitiativen zu verstehen.

Es ist erstaunlich, wie außer den Bürger*innen auch lokale Regierungen ihre Politik auf eine nachhaltige

Zukunft ausrichten. Wenn man sich Mobilität als Beispiel nimmt, kann man sagen, dass nationale Regierungen in vielen Ländern immer noch in neue Straßen investieren, während die Städte gleichzeitig alles in ihrer Macht stehende tun, um ihre Zentren autofrei zu machen. Nehmen wir das Beispiel Kopenhagens, wo eine entschiedene Politik für nachhaltige Mobilität zu der bemerkenswerten Situation führte, dass 2016 erstmals mehr Bürger*innen mit dem Fahrrad als mit dem Auto zur Arbeit pendelten. Andere Städte wie Mailand, Nantes oder Gent investierten massiv in die Entwicklung einer lokalen Lebensmittelpolitik. Im Energiebereich gibt es Städte wie Helsinki, wo der Stadtrat 2017 einstimmig für eine neue städtische Strategie stimmte, welche das Ziel beinhaltete, die Stadt bis zum Jahr 2035 CO₂-neutral zu machen; der Bürgermeister begründete dies damit, dass „*Helsinki Vorreiter bei der Lösungsfindung für den Klimaschutz sein sollte*“.¹²

Wie der erfolgreiche Dokumentarfilm *Demain* zeigt, gestalten Menschen und lokale Regierungen die Zukunft schon heute. Bevor wir hoffnungsvolle Szenarien für die Zukunft entwickeln, sollten wir noch einmal zurückblicken, um zu begreifen, in was für eine kritische und gefährliche Situation wir geraten sind.

4. Die Große Transformation

4.1 Die historische Brille von Karl Polanyi

Wir streben nach einer Gesellschaft, die Menschen die Sicherheit freier Entfaltung innerhalb der Grenzen des Planeten bieten kann. Da wir hierzu fast alles ändern müssen, wissen wir heute nicht, wie die Gesellschaft morgen aussehen wird. Ein Beispiel aus der Natur verdeutlicht, wie radikal eine solche Transition ist: die Raupe, die sich verpuppt, um eine andere Form und Struktur anzunehmen. Dies findet statt, wenn sich „Imaginalscheiben“ zu bilden beginnen und dem Drang der Raupe, sich ständig auszudehnen, Widerstand bieten, damit der Organismus umstrukturiert und die Energie stattdessen für die Verwandlung in einen Schmetterling verwendet werden kann. Wenn die Puppe sich öffnet und der Schmetterling entfliegt, hat sich derselbe Organismus in eine andere Daseinsform verwandelt.

Der ungarische Denker Karl Polanyi beschreibt den vergangenen Umbruch in unserer Gesellschaft mit diesem Bild. In seinem Werk *The Great Transformation* analysiert

er den Übergang der europäischen feudalen Agrargesellschaft in die industrialisierte Marktgesellschaft. Mit der Einführung großer Maschinen, wurde die Eigenproduktion in Fabriken verlegt, die eine Menge Kapital und Arbeitskraft erforderten; die Massenproduktion bedingte mehr Export- und Welthandel. Eine neue Realität war geschaffen worden, die für Landwirt*innen oder Adlige hundert Jahre davor buchstäblich undenkbar gewesen wäre. Polanyi betonte den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und sozialen Beziehungen: Wirtschaftssysteme wirken sich darauf aus, wie Menschen sich zueinander verhalten. Sie steigern oder mindern die Qualität der Gesellschaft. Zu Beginn kommt es durch die Transformation zu Störungen in der Gesellschaft, da die alten Problemlösungsansätze nicht mehr greifen und gleichzeitig neue Probleme auftauchen. Schriftsteller*innen, darunter Charles Dickens, erinnern uns an die extreme Armut, die die Transformation im 19. Jahrhundert mit sich brachte.



Polanyi möchte, dass wir verstehen, warum ein Jahrhundert ohne größere Kriege (1815-1914) in einen Ersten Weltkrieg, einen Wirtschaftskollaps in den 1930ern, einen Aufstieg des Faschismus und den Zweiten Weltkrieg mündete. In seinen Antworten verweist er auf englische Denker*innen, die die Laissez-faire-Theorie des Marktliberalismus als Reaktion auf die zerstörerische Marktwirtschaft entwickelten, aus der wesentlichen Überzeugung heraus, Gesellschaft müsse sich selbstregulierenden Märkten unterordnen. Diese Ansicht, als England die Fabrik für die ganze Welt war, lieferte die Ordnungsprinzipien der globalen Wirtschaft: den Goldstandard, freien Welthandel und einen wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt.

Ein wichtiges Konzept von Polanyi ist das der *Doppelbewegung*: weil eine selbstregulierende Marktwirtschaft nicht überleben könne – sie würde die Gesellschaft zerrütten und die Natur zerstören – tauchten „Gegenbewegungen“ auf, die negativen Auswirkungen entgegenzutreten möchten. Während der selbstregulierende Markt zu „Verbesserungen“ und Wachstum führe, verteidigten Gegenbewegungen das Wohlbefinden. Die Einführung der freien Marktwirtschaft war das Ergebnis einer bewussten Regierungspolitik und führte zu einer spontanen Gegenbewegung, die die Arbeiter*innenbewegung und andere Gesellschaftsgruppen einbezog. Eine solche Gegenkultur könne sich auf zweierlei Weise entwickeln. Wenn das Ziel Sicherheit sei und dabei die Freiheit geopfert werde, führe dies zu Faschismus. Alternativ – wenn das Ziel darin bestehe, auch die Forderung nach Freiheit beizubehalten – führe dies zu einem demokratischen Sozialismus, in dem Nonkonformismus respektiert werde. Polanyi definiert Letzteres als *„die jeder Industriegesellschaft innewohnende Tendenz, den selbstregulierenden Markt zu überwinden, indem man sich einer demokratischen Gesellschaft unterordnet.“* Die dominante zweite Bewegung in den 1930ern war jedoch das Aufkommen des Faschismus. Und wenn wir uns nun bestimmte Länder ansehen, sind wir mit dem gleichen Angebot der „Sicherheit als Kompromiss für die Freiheit“ nur allzu vertraut.

Für Polanyi stand fest, dass ein einzelner Staat nicht einfach entscheiden kann, wie diese beiden Bewegungen miteinander zu vereinbaren sind, da sich jedes Land an die Regeln der Weltwirtschaft anpassen muss. Seine Analyse des Aufstiegs des Faschismus dreht sich um die Rolle des internationalen Geldstandards, der „die politischen Optionen begrenzt, die in den verschiedenen Ländern verfügbar waren.“ Der Goldstandard war eine riesige institutionelle Innovation. Er bot eine Antwort auf das Problem, auf das die Marktliberalen stießen, als sie sich um immer größere internationale Märkte bemühten: Wie können Menschen in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Münzen sichere und freie Geschäfte tätigen? ¹³

Für Polanyi stand fest, dass ein einzelner Staat nicht einfach entscheiden kann, wie diese beiden Bewegungen miteinander zu vereinbaren sind, da sich jedes Land an die Regeln der Weltwirtschaft anpassen muss.

Nachdem der Goldstandard in den 1870ern akzeptiert wurde, waren die Auswirkungen genau das Gegenteil von dem, was man beabsichtigt hatte. Länder, die nicht wettbewerbsfähig genug waren und eine verzerrte Handelsbilanz aufwiesen, hatten keine andere Wahl, als auf eine ausreichende Senkung der Löhne und öffentlichen Ausgaben zu warten, um den Konsum zu mindern. Dies hatte für Arbeitnehmer*innen und Landwirt*innen unzumutbare Konsequenzen. Aber kleine und mittelständische Unternehmen akzeptierten dies ebenfalls nicht, also arbeiteten ganze Gesellschaften zusammen, um die Auswirkung des Goldstandards zu vermeiden. Protektionismus ist eine beliebte Gegenbewegung zur Hyperglobalisierung. Dies erfolgte durch die Einführung von Einfuhrsteuern und -quoten, aber auch über die Eroberung von Kolonien. Und als dieses System voller Gegensätze mit dem Ersten Weltkrieg in die Brüche ging, blieb der Glaube an den Goldstandard so stark, dass die Politiker*innen alles in ihrer Macht stehende unternahmen, um ihn erneut einzuführen. Wonach sich das ganze Drama in den 1920ern und 1930ern wiederholte: Länder, die vor der Entscheidung standen, ob sie ihren Wechselkurs oder ihre Bürger*innen schützen sollten. In dieser Sackgasse hatte der Faschismus Erfolg: die Gesellschaft vor dem Markt verteidigen, indem die menschliche Freiheit geopfert wird.

Man kann Polanyis Relevanz hinsichtlich der heutigen Diskussion kaum übersehen, während Neoliberale stets die gleiche Vision verkünden, von der auch der Goldstandard inspiriert war. Mit dem Emporkommen der Weltwirtschaft wurden nationale Grenzen obsolet. Wenn sich dieses System in allen Ländern durchsetzt und sie ihre Wirtschaften für den freien Waren- und Kapitalverkehr öffnen, werden internationale Konflikte durch einen fruchtbaren Wettbewerb in der Produktion von mehr Waren und Dienstleistungen ersetzt. Natürlich unterscheidet sich das gegenwärtige System von dem des Goldstandards (obwohl Autor*innen wie Wolfgang Streeck seine Auswirkung mit der des Euro vergleichen). Währung und Wechselkurse sind inzwischen vom Goldstandard abgekoppelt. Es gibt internationale Institutionen wie den IWF und die Weltbank zur Regulierung des weltweiten Systems. Nichtsdestotrotz gibt es auch eine zugrundeliegende Ähnlichkeit – nämlich den Glauben, dass – wenn wir Individuen und Unternehmen die maximale Freiheit zur Verfolgung ihrer



wirtschaftlichen Eigeninteressen geben – der Weltmarkt gewährleistet wird, dass es allen besser geht.

Polanyis grundlegender Punkt ist der, dass diese Selbstregulierung zu unzumutbaren Situationen für gewöhnliche Menschen führt: Arbeiter*innen, Landwirt*innen und kleine Unternehmen kommen mit den großen Systemschwankungen nicht zurecht, in denen sie zum Beispiel ihr Einkommen verlieren. Dies resultiert in Protesten und sozialen Unruhen, Desintegration von Gesellschaften und Ablenkungen durch Politiker*innen, die sich Sündenböcke suchen. Zum Beispiel proklamieren rechte Politiker*innen, die nun für die neoliberale Wirtschaft einstehen – aufgrund welcher Zehntausende von Lastwagenfahrer*innen in Westeuropa ihre Jobs an unterbezahlte osteuropäische LKW-Fahrer*innen verlieren – gleichzeitig einen populistischen Nationalismus, der Ausländer*innen die Schuld für die neoliberale Misere in die Schuhe schiebt.

Zusammenfassend können wir sicherlich viel aus der Situation der 1920er und 1930er lernen. Es bestand damals ebenfalls eine globalisierte Wirtschaft, die freie Handelsmärkte und freie Arbeitsmärkte der demokratischen Kontrolle entzog und aus der gesellschaftlichen Einbettung riss. Und wir reden hier von einer Situation ohne Umwelt- und Klimabedrohungen, die inzwischen über unseren Köpfen schweben.

In der Analyse von Polanyi spielen Arbeit, Land und Geld eine besondere Rolle. Er beschreibt sie als fiktive Waren, wobei Waren als Artikel definiert werden, die für den Verkauf auf einem Markt produziert werden. Folglich sind sie fiktiv, weil sie ursprünglich nicht dazu produziert wurden, auf einem Markt verkauft zu werden. Arbeit ist einfach menschliche Aktivität, Land besteht aus Teilen der Natur, und Geld steht mit Regierungspolitik in Zusammenhang. Die Annahme, diese Dinge verhielten sich wie wirkliche Waren, hat fatale Folgen. Für Polanyi ist Vermarktung moralisch verwerflich und ignoriert die „unvermeidlichen“ Regierungsinterventionen. Selbst wenn man davon ausgeht, der Markt sei selbstregulatorisch, muss der Staat die Geldversorgung sowie die schwankende Arbeitskräftenachfrage steuern (zum Beispiel mithilfe von Arbeitslosenhilfe, und indem er Landwirt*innen vor übermäßigen Schwankungen der Marktpreise und Ernteerträge schützt). Wenn wir diese Staatsinterventionen zu sehr reduzieren und die Wirtschaft entbetten, zahlen gewöhnliche Menschen den Preis. Arbeitnehmer*innen und ihre Familien sind von Arbeitslosigkeit betroffen und es fehlt ihnen die notwendige Kaufkraft. Landwirt*innen verlieren aufgrund von Importen ihren Markt. Genau das ist in den letzten paar Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten von Amerika passiert, und daher rührte auch die wesentliche populistische Unterstützung, die Politiker*innen wie Trump erhielten.

Es ist unerlässlich, sich einen wesentlichen Punkt von Polanyi ins Gedächtnis zu rufen: am Markt an sich ist nichts auszusetzen. Der Markt ist lediglich Teil der breiteren Wirtschaft, die wiederum in der Gesellschaft eingebettet sein muss. In einer solchen Situation ist die Marktwirtschaft kein Zweck an sich, sondern nur ein Mittel für menschliche Zwecke. Märkte hat es schon immer gegeben. Was während dieser „großen Transformation“ radikal neu war, ist, dass diese Märkte international wurden, die meisten Wirtschaftsaktivitäten von Profit getrieben waren und der Markt als einzig effiziente wirtschaftliche Institution angesehen wurde. Demokratische Politik hängt jedoch von einer auf Mischwirtschaft beruhenden Wirtschaftsordnung ab. Der Umfang und die Reichweite des Marktes müssen reguliert werden; diverse Wirtschaftsinstitutionen wie Märkte, Gemeingüter und kommunale Dienstleistungen, die auf Reziprozität beruhen, müssen nebeneinander existieren, um die Belastbarkeit von Wirtschaftssystemen zu erhöhen.

Um noch einmal auf Polanyi zurückzukommen: da er sein Buch 1944 schrieb, könnte man meinen, es müsse pessimistisch enden. Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall – das Buch fasziniert wegen seines optimistischen Fazits. 1944 sah Polanyi die Chance, „Freiheit in einer komplexen Gesellschaft“ zu realisieren. Für ihn bedeutete Freiheit sowohl „Freisein von Hunger und Durst“ als politische Freiheiten, als auch das Recht, als einzigartiges Individuum man selbst zu sein. Mit anderen Worten, Freiheit bedeutet für ihn sowohl negative als auch positive Freiheit: das Freisein von Zwängen und das Recht auf Nonkonformismus, sowie positive, auf einem Regelwerk beruhende Freiheit, von der auch die benachteiligten Segmente der Gesellschaft profitieren. Während Hayek die wirtschaftliche Freiheit gegenüber der politischen Freiheit vorzieht, erkennt Polanyi die Bedeutung beider Formen der Freiheit an. Polanyi ist optimistisch, weil er voraussetzt, dass der Teufelskreis der internationalen Konflikte durchbrochen werden kann. Auf diese Weise kann die Wirtschaft wieder unter die Kontrolle der Demokratie gestellt werden. Als Grundlage hierfür diente ihm die New Deal-Politik von US-Präsident Roosevelt. Roosevelt erlaubte die Existenz der Märkte, schützte das Volk jedoch vor Marktkräften, zum Beispiel mit Renten für ältere Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt kein Einkommen mehr erwirtschaften konnten.

Polanyis Schriften über Beziehungen zwischen Staaten erinnern stark an das, was Streeck über Europa (und die europäische Währungsunion) schreibt. Ohne eine erdrückende, neoliberale Marktkraft können Staaten frei beschließen zusammenzuarbeiten und dabei Handelsverträge nutzen, die intensiven Handel mit dem Schutz von Gesellschaften kombinieren. Und Länder des Globalen Südens können ihren eigenen Weg zur Verbesserung des Wohlergehens ihrer Völker wählen.



Polanyis Lektion für die Gegenwart ist eindeutig: eben durch demokratische Wirtschaftsregulierung entsteht mehr Freiheit, die uns eine notwendige Sicherheit liefert: *„Solange (der Mensch) der Aufgabe treu bleibt, immer mehr Freiheit für alle zu schaffen, muss niemand befürchten, dass entweder Macht oder Planung sich gegen uns wenden und die Freiheit, die aufgebaut wurde, durch ihre Instrumentalität zerstört wird. Dies ist die Bedeutung von Freiheit in einer komplexen Gesellschaft; sie gibt uns all die Gewissheit, die wir brauchen.“*

Das Ziel von Polanyi ist somit klar: uns weltweit dazu zu verpflichten, gemeinsam die Wirtschaft demokratischer Politik zu unterwerfen und Weltpolitik auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit umzuorganisieren, während gleichzeitig die neue Welle der Bürger*inneninitiativen und progressive, ökosoziale lokale Regierungen erhalten wird.

4.2 Die Avantgarde und die Große Transformation

Im Laufe des letzten Jahrzehnts waren wir Zeug*innen einer florierenden Avantgarde in unserer Gesellschaft, die Gesellschaft und Wirtschaft neu durchdenkt und revitalisiert: von Gemeinschaftsbauernhöfen über lokale Münzen bis hin zu Sozialunternehmer*innen. Sie präsentieren neue Antworten, wie zum Beispiel alternative Eigentums- und Nutzungsrechte, offene Genossenschaften und Zeitbanken.

Die entscheidende Frage, wie der österreichische Denker Andreas Novy sie formuliert, lautet: Wie können wir uns eine andere Gesellschaft vorstellen, die allen weltweit ein gutes Leben bietet? Dieser utopische Horizont

muss unser Kompass sein, wenn wir über die entscheidende Transformation nachdenken. Dabei können wir von einem Repair-Café in eine soziale und ökologisch nachhaltige (d.h. lokale) Kreislaufwirtschaft, von einer Lebensmittelgenossenschaft in ein lokales Lebensmittelsystem und von einem Car-Sharing-Projekt in eine kohlendioxidfreie Stadt, innerhalb einer kohlendioxidfreien Welt, übergehen.

Diese Transformation erfordert erneuerte *mentale Infrastrukturen*, die uns vom Imperativ des Wachstums und der Beschleunigung sowie vom neoliberalen Zwang befreien, wetteifern zu müssen. Und zwar dank der neu erdachten sozialen Infrastrukturen, mit denen wir eine Solidaritätsgesellschaft und Sozialeinrichtungen sowie öffentliche Dienstleistungen neu gestalten können, die jedem von uns Freiheit ermöglichen. Dies ist mit der freien Entfaltung aller vereinbar; und erneuerte materielle Infrastrukturen einer postfossilen Wirtschaft können die Grenzen des Planeten respektieren.

Eine solche Nachhaltigkeitsrevolution im 21. Jahrhundert nach vorhergegangener Transformation kann nur stattfinden, indem man die grundlegenden Institutionen der alten Gesellschaft hinter sich lässt – die Denkweise des Wachstums und Konsumismus. Sie beinhaltet neue Infrastrukturen, Institutionen und die Regionalisierung der Wirtschaft. Es geht nicht nur um die Ökologisierung der Wirtschaft; die Herausforderung liegt darin, sich aus einer größer werdenden Raupe und durch transformatorische Anpassung in einen bunten Schmetterling zu verwandeln, einen Schmetterling, von dem wir nicht wissen, wie genau er aussehen wird.

5. Freiheit und Sicherheit im 21. Jahrhundert: Der Weg in eine sozialökologische Gesellschaft

Vom Scheideweg zweier verschiedener Strömungen ausgehend, ist die Herausforderung beängstigend: wie die Schaffung einer sozialökologischen Gesellschaft, die nach einem guten Leben für alle innerhalb ökologischer Grenzen strebt, zur dominanten Strömung – einer „neuen Normalität“ – werden kann. Wie im 20. Jahrhundert erfordert dies ein Gesellschaftsprojekt mit dem Ziel einer neuen Kombination aus Freiheit und Sicherheit. Da sich lokale und nationale Wirtschaften globalisiert haben und die Macht der Nationalstaaten abgenommen hat, brauchen wir eine neuartige Form der Mehrebenenverwaltung. Hierbei wird die europäische Ebene eine entscheidende

Rolle spielen müssen. Grundsätzlich verfügt sie über die notwendige Dimension, die Wirtschaft zu regulieren, sie wieder in einen demokratischen Rahmen und kulturelle Normen einzubetten. Was fehlt ist jedoch eine optimistische Vision, welche die Bürger*innen dazu ermutigt sicherzustellen, dass ihre Regierungen (einschließlich der EU) den geschützten und befreienden Raum bieten, in dem in unserer Gegenwart ein neues Freiheits- und Sicherheitsverständnis gemeinsam geschaffen wird. Dies würde die Umgestaltung der EU in ein neues Mehrebenen-Verwaltungsmodell mit viel mehr Manövrierraum „von unten nach oben“ bedeuten. Heutzutage werden die politische



und wirtschaftliche Entscheidungsfindung durch Netzwerke von Stadtregionen lokalisiert, und Regionalisierung bietet ein enormes Potenzial für grundlegende Wirtschaft (Bowman et al. 2014). Dadurch kommt der EU die Rolle zu, zu vermitteln und zu teilen, anstatt zu kontrollieren und zu handeln, wie dies im 20. Jahrhundert der Fall war. Es waren zum Beispiel nicht die nationalen Regierungen, sondern Städte, die als erste neue Wege der Regulierung für disruptive digitale Plattformen wie Airbnb und Uber entwickelten. Berlin und Barcelona übernehmen hier die Vorreiterrolle, nicht ihre nationalen Regierungen.

Wenn wir die Gesellschaft verändern möchten, reichen schöne Träume nicht aus. Es geht darum, eine klare Veränderungsstrategie zu entwickeln, die durch regional unterschiedliche Aktionspläne umgesetzt werden kann, und die den wahren Charakter und den Umfang der heutigen Herausforderungen widerspiegelt. Die notwendige Transformation lässt sich mit einer Reise in ein unbekanntes Gebiet vergleichen. Für diese Reise braucht man drei Dinge: einen Reiseführer mit einer Karte, einen Kompass und ein Fortbewegungsmittel. Somit kann man wissen, welches Gebiet man zu durchqueren hat, man blickt in die richtige Richtung und bewegt sich schnell genug fort. Wenn wir dies mit den Bausteinen unserer Veränderungsstrategie vergleichen, stellt die Karte unsere Sicht auf die Welt und uns selbst dar, der Kompass ist unsere Ideologie (oder das Narrativ der Zukunft, die wir uns wünschen), und das Fortbewegungsmittel ist unser Veränderungskonzept.

Im Folgenden kommt politische Ökologie (*Ökologismus*) als politischer Kompass zum Einsatz. Dies ist eine moderne, progressive Ideologie, die aus der 1968er Bewegung hervorging. Sie versteht sich in der Tradition der Aufklärung, deutet aber auch auf das Bedürfnis nach einer neuen Richtung hin. Der Reiseführer ist die ökologische, menschliche Weltanschauung, die menschliche Wesen als eingebunden, beziehungsorientiert und sozial betrachtet. Ihr Verhältnis zu anderen Menschen und der Umwelt steht im Mittelpunkt.

Der Handlungsrahmen stützt sich auf revolutionären Reformismus, der Realpolitik und Revolution auf produktive Weise miteinander verbindet. Eine politische Revolution ist nicht das Mittel, mit dem wir unsere vorgeplante utopische Gesellschaft realisieren können. Wir müssen nicht nur das politische System verändern, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Systeme transformieren.

5.1 Ökologie als Narrativ leidenschaftlicher Grundsätze

Eine Gesellschaft, die Konzepte wie Ideologie und Utopie als veraltet betrachtet, hat Schwierigkeiten, sich eine bessere Welt vorzustellen. Wir haben nun lange Zeit in einer solchen Gesellschaft ohne Streben nach

Wünschen für die Zukunft gelebt. Doch eine Gesellschaft, die rein auf der Bewahrung des Alten beruht, wird zwangsläufig selbstorientiert – sogar defensiv und reaktionär. Dies ist ein idealer Nährboden für Angst und Unsicherheit. Das ist der Kern unserer gegenwärtigen entpolitisierten Gesellschaft: Parteipolitik gibt es immer noch, doch kollektive Projekte für eine alternative Zukunft kaum.

Wenn wir wieder zukunftsfähig werden wollen, müssen wir Ideologie neu entdecken und Raum für utopische Sehnsucht schaffen, ohne die Lektionen der Geschichte zu ignorieren. Wir wissen, dass eine utopische Denkweise in Form von blindem Glauben der Menschheit viel Schaden zugefügt hat. Die Geschichte der Ideologie beinhaltet jedoch viel mehr als diese dunklen Seiten. Da die Medaille zwei Seiten hat, beschreiben wir Ideologie als eine Geschichte leidenschaftlicher Grundsätze. Eine Erzählung wird stets von Menschen geschrieben und ist folglich offen für Veränderungen; die Geschichte könnte auch anders geschrieben werden, und jedes Mal sind neue Versionen möglich. Eine gute Erzählung zieht uns in ihren Bann, gibt Sinn und verleiht Bedeutung. Zu guter Letzt: es gibt verschiedene Erzählungen, die öffentlich diskutiert werden können. Grundsätze sind herrlich: sie entfachen, mit einem einzigen Wort, eine Debatte über die gewünschte Gesellschaftsordnung. Das ist die Kraft der Französischen Revolution: ein Bild der Zukunft in drei Grundsätzen einzufangen: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“. Wir sollten auch die Bedeutung der Leidenschaft nicht vergessen. Dies könnte auch das Paradox der Aufklärung sein: ein Projekt, in dem die Bedeutung der Vernunft betont wird, kann die Menschen nur dann überzeugen, wenn es sie emotional berührt. Demzufolge funktioniert ein starker Grundsatz nur dann, wenn er uns auch auf anderer Ebene als nur der der Vernunft berührt. Grundsätze in Form neuer, kollektiver Praktiken (wie die Reparatur kaputter Gegenstände, die uns am Herzen liegen, in einem Repair-Café), die uns auch emotional vereinen, können eine Alternative zur begierigen Politik sein, die unsere Wünsche einseitig in Richtung Ansammlung und Konsum lenkt.

Vielleicht ist dies das Paradox unserer Zeit. Wir dachten, wir würden inzwischen ohne „große Storys“ (das Ende der Geschichte) leben, während wir in Wirklichkeit unter der Dominanz der einzig mächtigen Ideologie der Gegenwart leben: dem Neoliberalismus. Da dieser *pensée unique* die bestehende Ordnung repräsentiert, scheint er fast unsichtbar zu sein. Nichtsdestoweniger wirkt er sich auf fast alle Aspekte unseres Lebens aus. Wenn wir die Welt verändern möchten, brauchen wir kohärente Geschichten des Wandels. Zusammenfassend heißt das, wir müssen das Moratorium der Ideologie aufheben.



Eine Ideologie entsteht nie aus heiterem Himmel. Sie entwickelt sich als Reaktion auf erhebliche Veränderungen in der Gesellschaft und die damit verbundenen Konflikte und Herausforderungen. Neue Ideen und Erkenntnisse entwickeln sich schrittweise zu einem kohärenten Ganzen. Demgemäß sind Liberalismus und Sozialismus – um es ganz offen zu sagen – die Antworten auf blutige Religionskriege, als ein einzelnes Leben nichts galt, sowie auf die Ausbeutung der Arbeiter*innen während der industriellen Revolution. Beide Ideologien sind Teil der Denkweise der progressiven Tradition der Aufklärung, die die Moderne charakterisiert.

Die liberalen Philosoph*innen des 17. Jahrhunderts legten die Grundsteine für unsere Demokratie. Sie überlegten, wie sie die Freiheit des Individuums im Rahmen des politischen Systems verwirklichen könnten. Welche Art von Institution kann Leben, Freiheit und Eigentum schützen? Sie entwickelten die Idee eines „Sozialvertrags“. In diesem Konzept übertragen Bürger*innen im Austausch gegen Schutz/Sicherheit und Geborgenheit einen bestimmten Teil ihrer Macht und Selbstbestimmung auf den Staat.

Sozialistische Denker*innen des 19. Jahrhunderts hielten die liberale Anschauung des neutralen Staates, der lediglich die Rechtsstaatlichkeit umsetzt, für eine Lüge. Was nutzt die Meinungsfreiheit, wenn Kinder Hunger leiden? Um frei zu werden, braucht man Gleichheit, die über Bürger*innenrechte hinausgeht. Erstens: die Arbeiter*innenbewegung war die treibende Kraft bei der Durchsetzung der liberalen Demokratie, oftmals gegen den Widerstand der Liberalen, die die „Tyrannei der Mehrheit“ befürchteten (Mill 1985). Zweitens: soziale Sicherheit, innovative Modelle lokaler Wohlfahrtssysteme und allgemeiner Zugang zu Sozialdienstleistungen wurden zum Rückgrat sozialer Staatsbürger*innenschaft (Marshall 1950). Nur soziale Staatsbürger*innenschaft und gleiche Freiheit für alle machen es dem Menschen möglich, sich zu emanzipieren. Das Ziel der Sozialist*innen ist es, Sicherheit zu gewährleisten, indem maximale soziale Gleichheit erreicht wird. Die Art und Weise der Verwirklichung wird jedoch natürlich den Freiheitsgrad aller Bürger*innen beeinflussen – denken wir nur an die ehemalige Sowjetunion.

Und so kommen wir zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der Ökolog*innen zu problematisieren beginnen, was Liberale und Sozialist*innen herkömmlicherweise als Konzept aufgreifen: dass immer mehr zu produzieren eine gute Sache sei. Nur wenn der Kuchen größer wird, kann jeder ein zufriedenstellendes Stück erhalten. Ökolog*innen behaupteten nun jedoch, dass sich die zunehmende Produktion auf einem endlichen Planeten auch auf die Qualität des Kuchens auswirke. Sie führten den Begriff der Grenzen gegenüber dem blinden Glauben an *Produktivismus* ein. Mehr materieller Wohlstand führt, wenn man bestimmte Grenzen über-

tritt, zu weniger Wohlstand und irreversiblen Schaden an unserem lebenden Planeten.

Also betrachten wir den *Ökologismus* als drittes Kind der Aufklärung und als treibende Innovationskraft im 21. Jahrhundert. Er stellt die neueste Denkrichtung der Moderne dar, kritisiert jedoch gleichzeitig bestimmte Aspekte: er reflektiert die Dialektik der Aufklärung (Horkheimer/Adorno 2003/1944). Er verlangt nach einer zweiten Moderne, denn die Moderne habe zwei Gesichter. Auf der einen Seite steht die Emanzipation des Einzelnen, die „Befreiung“ von der Natur, der Stellenwert von Vernunft und Freiheit, Wissenschaft und kritischem Denken, sowie der allgemeinen Menschenrechten als der positive Aspekt. Dies ist unser zivilisatorischer Standard mit seinem Rechtssystem, Demokratie, Bildung und Gesundheitswesen. Das 20. Jahrhundert zeigte uns jedoch auch die Schattenseite mit ihrem dunkelsten Moment – dem Holocaust. Horkheimer und Adorno, Gründer der kritischen Theorie, beschrieben diese dunkle Seite als „instrumentelle Vernunft“: eine Tendenz, die nicht nach der Befreiung des Individuums strebt, sondern fordert, dass sich jede*r Einzelne der Technologie und dem Markt anpasst. Alles wird auf eine wirtschaftliche Betrachtungsweise der Dinge herabgesetzt, Menschen werden objektiviert, natürliche Grenzen werden verleugnet, und alles dreht sich um Gewinn- und Vermögensmaximierung. Nach Ansicht der Ökolog*innen sind diese Schattenseiten strukturelle Konsequenzen der einseitigen Umsetzung des Fortschrittgedankens. Ökolog*innen distanzieren sich davon, weil dies zur gegenwärtigen ökologischen Krise geführt hat, und die Armen am meisten darunter zu leiden haben. Anders ausgedrückt, der Fortschritt geht nicht mehr voran. Wenn wir das Konzept der Emanzipation wieder aufleben lassen möchten, müssen wir eine zweite Moderne entwickeln. Was das bedeutet, wird klar, wenn wir die neuen, von der grünen Bewegung eingeführten Werte untersuchen.

Umweltbewegungen und -denker*innen, die sich gegen die Kolonialisierung der menschlichen Lebenswelt wehren, entwickeln grundlegende Konzepte des Ökologismus. Wie André Gorz präziserte, handelte es sich beim zugrundeliegenden Motiv stets um die Verteidigung der „Lebenswelt“: gegen Expert*innenautorität, gegen Quantifizierung und monetäre Bewertung, gegen den Austausch von Autonomie und Selbstbestimmungsfähigkeit des Individuums gegen handelsabhängige Kund*innenbeziehungen. Somit sind zum Beispiel Maßnahmen gegen die Entwicklung von Kernkraftwerken durch mehrere Gründe motiviert: es bestehen hier nicht nur Gefahren durch radioaktives Material für Mensch und Natur, sondern auch die autoritäre Struktur wird nicht akzeptiert (Kernkraftwerke sind hochzentralisierte Formen der Energieerzeugung).



Die fundamentale Kritik der Wachstumswirtschaft – oder, allgemeiner gesagt, die Kritik des Produktivismus als Teil einer einseitigen fortschrittlichen Idee – lässt nur den Schluss zu, dass das, was die Menschheit und die Erde verkraften können, mit *Grenzen* verbunden ist. Diese Kritik entwickelt sich später zu positiven Grundsätzen, wie zum Beispiel zur Fürsorgeethik. Zudem ist die Bedeutung *zukünftiger Generationen und jener, die anderswo leben*, zu beachten. Wir haben nicht das Recht, ihre Lebenschancen zu beschränken. Hiermit wird ein gravierender Nachteil der gegenwärtigen demokratischen und wirtschaftlichen Systeme thematisiert: zukünftige Generationen und alle gegenwärtigen Menschen sind nicht paritätisch vertreten. Dies ist mit der Sorge um den Zustand der Demokratie verbunden, die es nicht schafft, Wirtschaft und Ökologie in Einklang zu bringen. Zur Stärkung der Demokratie bedarf es einer *Beteiligung der Bürger*innenschaft*, mit mehr Raum für die emanzipatorische Entwicklung aller Bürger*innen.

Kurz gesagt, Ökologismus steht für den Erhalt der Erde, um eine menschliche Welt zu gestalten, in der sich alle entfalten und sich durch diverse Wege der Emanzipation kollektiv und doch autonom entwickeln können. Ausschlaggebend ist hier die Betonung auf Verbundenheit, sowohl mit anderen Menschen als auch mit der Natur. Diese Hervorhebung des Menschen als gesellschaftliches Wesen trennt die ökologische Denkweise von der liberalen Ideologie, die von einem Menschen ausgeht, der sich als Individuum selbst genügt. Verbunden zu sein und sich verbunden zu fühlen führt zu Solidarität im Großen und im Kleinen, in formalen Strukturen und in informellen Netzwerken, die uns die stimulierende Gewissheit liefern, die wir für unsere Entwicklung brauchen. Dies beinhaltet eine Anerkennung und Würdigung von Vielfalt und Unterschieden. Es ist kein Zufall, dass die Umweltbewegung von Anfang an das Wahlrecht von Migrant*innen verteidigte.

Somit lauten wichtige Grundsätze des Ökologismus wie folgt: *Ökologie* (im Sinne von Natur- und Umweltschutz, Anerkennung der mehrfachen Bedeutung der Natur, die über ihren Nutzen hinausgeht – nicht jeder Baum steht, um gefällt zu werden), *Autonomie in Verbundenheit* (welche Gewissheit vermittelt) und *Emanzipation* (die Freiheit zur Selbstentwicklung). Verbunden zu sein ist sowohl eine vorgegebene – Menschen sind gesellschaftliche Wesen – als auch eine bewusste Entscheidung. Und wir nutzen unsere Freiheit dazu, um auf demokratische Weise gemeinsam festzulegen, wie wir unsere Grenzen und Beschränkungen strukturieren wollen. Vorgaben zur Beschränkung von Autos in Innenstädten beispielsweise können eine sehr befreiende Maßnahme sein, da sie mehr Sicherheit für Radfahrende und Fußgänger*innen schaffen.

Dieses kohärente Gefüge von Grundsätzen konstituiert als Ökologismus den modernen Kontext der siamesischen Zwillinge, die den Rahmen dieses Essays

Der Ökologismus führt ein neues Welt- und Menschheitsbild ein, mit Betonung auf Zusammenarbeit und Verbundenheit.

bilden: Freiheit und Sicherheit. Was sie miteinander verbindet, ist die Bedeutung von Beziehungen: wir können nur gemeinsam mit und in Beziehung zu anderen Menschen frei sein. Dasselbe gilt für die Entwicklung neuer Formen von Gewissheit. Somit umfasst das neue Ziel einer zivilisierten Welt von nun an den Respekt für planetarische Grenzen, es schließt zukünftige Generationen in unsere Erwägungen ein und reflektiert, ob unser gegenwärtiges demokratisches Modell dieser Herausforderung gewachsen ist. Untrennbar damit verbunden ist eine weitere Sicht auf unsere Welt und die Menschheit.

5.2 Ein ökologisches Menschen- und Weltbild

Wenn man in ein anderes Land reist, nimmt man für gewöhnlich einen Reiseführer mit: die Karten und Texte, die dabei helfen, sich ein Bild von der Welt zu machen, die es zu erkunden gilt, indem man faszinierende Orte entdeckt und irritierende meidet. Ähnlich hat jedes menschliche Wesen ein Weltbild: ein mentales Gebilde, das es ihm ermöglicht, sich in der Welt fortzubewegen, sich Erfahrungen anzupassen und die ihm widerfahrenden Dinge zu verstehen. Auch hat jede Gesellschaft eine geteilte Weltanschauung, die auf einer Mischung aus Wissen, Traditionen und moralischen Überzeugungen beruht. Das Weltbild unserer modernen Gesellschaft nimmt um das 17. Jahrhundert mit dem Aufkommen moderner Wissenschaft Gestalt an. Davor betrachtete man menschliche Wesen als Teil des Kosmos, mit der Religion als wichtigster Quelle der Erkenntnis. Wissenschaftler*innen wie Isaac Newton bestätigten, dass die Natur von Gott erschaffen wurde, zeigten aber, dass Menschen die Naturgesetze offenbaren können. Damit wurde eine Trennung zwischen Mensch und Natur eingeleitet. Menschen sehen die Natur aus der Perspektive Außenstehender inzwischen als eine Maschine an, ein Objekt, das schamlos manipuliert werden kann

Auf wirtschaftlicher Ebene trat Adam Smith in die Fußstapfen von Newton. Wenn Menschen die Naturgesetze verstehen könnten, dann sei dies auch in Bezug auf die unsere Gesellschaft bestimmenden Gesetze möglich. Smith führt ein, was wir als Gesetz der „unsichtbaren Hand“ beschreiben: wenn jeder auf sein eigenes Selbstinteresse bedacht ist, haben wir es alle automatisch besser. Was er als Wirtschaftstheorie formulierte, verkörpert die Grundlage unseres modernen Menschenbildes: jede*r von uns wird von Selbstinteresse getrieben, und niemand soll sich darüber Sorgen machen; es ist sogar das Beste für die gesamte Gesellschaft. Mit dem



Neoliberalismus verschärft sich dieses Bild noch weiter. Jede Person ist heutzutage Unternehmer*in, mit einer Wettbewerbshaltung in allen Lebensbereichen. Statusängste überlagern das Bedürfnis, einfach eine gute Zeit zu verbringen – wir möchten nicht schlechter abschneiden als unseresgleichen. Der Wettbewerb ist jene Neuheit, die die Regierung in allen Bereichen durch Vermarktung propagieren muss. Was bleibt, ist ein jämmerliches Menschenbild: Einzelgänger*in ist Ausgangspunkt und Idealvorstellung.

Diese Auffassung herrscht auch in der politischen Philosophie jener Zeit. Thomas Hobbes ging von Menschen als Atomen aus, die nur ihr Eigeninteresse verfolgen. Und nach Hobbes führte dies nicht automatisch zu Wohlstand. Im Gegenteil, „der Mensch ist dem Menschen Wolf“. Also braucht man einen starken Staat, der die Menschen voreinander beschützt. Es ist erstaunlich, wie diese altertümlichen Vorstellungen immer noch unsere Gesellschaft beherrschen. Die Finanzkrise hat gezeigt, wie sehr die Finanz- und Wirtschaftswelt durch Eigeninteresse und Gier zusammengeschweißt sind. Wie sollten wir nicht an Hobbes denken, wenn wir sehen, wie Politiker*innen zum Krieg gegen den Terrorismus aufrufen und das Militär auf die Straßen schicken? Diese Anschauungen sind nicht nur besorgniserregend, sondern sind einfach nicht richtig. Der Beweis dafür sind sowohl unsere eigenen Beobachtungen im Alltag als auch wissenschaftliche Untersuchungen. Fangen wir ganz von vorne bei jedem von uns an: was tun Menschen, wenn sie ein Kind bekommen? Sehen sie das Kind als Trittbrettfahrer*in an, welche*r die Situation missbrauchen wird? Werden die Eltern – als homo economicus – kalkulieren, wie viel Geld dieser Neuankömmling sie kosten wird? Oder werden sie als Eltern dieses neue Leben wertschätzen und es versorgen? Und um diesen Standpunkt noch zu erweitern: wer hat noch nie irgendetwas Selbstloses für eine*n Verwandt*en, eine*n Freund*in oder eine*n Nachbar*in getan?

Das moderne Menschenbild entfernt sich von dem erwachsener Menschen – sagen wir Männer – die vollkommen unabhängig sind. Ob sie überhaupt je erwachsen geworden sind, und wer ihnen die notwendige Unterstützung gab, bleibt verborgen. Zudem werden Ungleichheit und Machtverhältnisse nicht vom Standardbild erfasst, das nur die Hälfte der Geschichte erzählt: „*Ohne Fürsorge können Kinder nicht aufwachsen, Kranke nicht genesen, Adam Smith könnte nicht schreiben, und Senior*innen nicht leben. Unsere Fürsorge für Andere lehrt uns, was Zusammenarbeit, Empathie, Selbstdisziplin und Zuwendung sind. Das sind die elementaren Kompetenzen im Leben.*“¹⁴

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass wir nicht zum Wettbewerb berufen sind. Im Gegenteil. Umfangreiche Forschungen zeigen, dass Menschen (und andere Primaten) eher zusammenarbeiten und über Empathie und einen grundlegenden Gerechtigkeits-

sinn verfügen (oder genauer, über ein Bauchgefühl für Situationen, in denen sie ungerecht behandelt werden). Doch während wir unsere Identität durch unsere Interaktion mit anderen Menschen und der Umwelt aufbauen, entwickeln wir uns auf bestimmte Art und Weise und werden von dominanten Kräften und Signalen in unserer Gesellschaft bedrängt. Die Aufgabe besteht folglich darin, Institutionen und Umfeldler zu schaffen, die uns bei unserer Entwicklung zum *homo cooperans* unterstützen. Dieser Vorschlag ist keineswegs naiv: die Evolutionsbiologie zeigt, dass Kooperation in den meisten Fällen eine erfolgreichere Strategie darstellt.

Die Fähigkeit zu und der Wunsch nach Zusammenarbeit und Altruismus sind uns als Menschen innewohnend. Das ist der Grundstein für eine neue Vision der Gesellschaft – einer Gesellschaft, die nicht auf einzelgängerischen Menschen auf einem freien Markt beruht, sondern auf Menschen auf der Grundlage der Commons miteinander arbeiten.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass mit dem Ökologismus ein neues Welt- und Menschenbild eingeführt wird, in dem die Betonung auf Zusammenarbeit und Verbundenheit liegt. Beziehungen – zu unseren Mitmenschen, zu unserer natürlichen Umwelt – bestimmen unsere Lebensqualität und Handlungsmöglichkeiten. Niemand schafft Sinn und Bedeutung auf dieser Welt, wenn er*sie sich wie eine Insel verhält. Mit diesem neuen Reiseführer und ökologischen Kompass in der Hand können wir die gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, jetzt mit anderen Augen betrachten.

5.3 Revolutionärer Reformismus

Somit kommen wir zum dritten und letzten Element unserer Veränderungsstrategie: einem realistischen Handlungsmodell, das uns Träume von einer anderen Welt ermöglicht und uns die Chance bietet, sie zu verwirklichen. Wir stützen uns auf André Gorz und seine Beschreibung des revolutionären Reformismus.¹⁵ Die zwei Worte jeweils für sich betrachtet reichen nicht aus. Auf eine politische Revolution, die alles für immer und auf einmal verändert, sollten wir nicht hoffen. Und ein paar Reformen des vorhandenen Systems führen zu keinem wirklichen Strukturwandel. Während es zum Beispiel gut ist, dass Menschen Autos teilen, führt dies allein nicht zu nachhaltiger Barrierefreiheit und Mobilität. Es erfordert eine strategische Zusammenarbeit und Planung.

Revolutionärer Reformismus ist eine Reihe weitreichender Reformen, die sich gegenseitig ergänzen und stärken und zugleich das politische Bewusstsein schärfen. In systematischer Hinsicht geht es um die Umsetzung von Reformen, die komplementär sind und sich gegenseitig ver-



stärken. Dadurch werden Synergien und sogar positives Feedback bewirkt: positive Kreisläufe. Wenn zum Beispiel der Verkehr in einer Stadt dank politischer Maßnahmen sicherer wird, fahren mehr Menschen mit dem Fahrrad. Dadurch wiederum wird der Straßenverkehr reduziert, und die größere Anzahl von Radfahrenden ermuntert mehr Menschen, sich dem anzuschließen, was inzwischen normal erscheint. Als Folge nimmt das Zutrauen der Stadtverwaltung zu, und es werden weitere Maßnahmen zum sichereren und komfortableren Radfahren ergriffen, wobei dem Verkehr im Stadtzentrum entgegengewirkt wird. Auf diese Weise sind Städte wie Groningen und Kopenhagen (durch jahrzehntelange Maßnahmen, die sich gegenseitig verstärkten) inzwischen zu richtiggehenden Fahrradstädten geworden.

Um eine solche Synergie zu erzielen, ist auch der Augenblick der Einführung wichtig: man darf nicht an Schwung verlieren. Da jede Reform zu Widerstand führt, ist das kapitalistische System sehr gut in der Lage, Reformen zu neutralisieren. Im Sinne des Systemdenkens heißt das: eine Reform bringt ein System aus dem Gleichgewicht, und ohne die notwendige Kraft behält das System den ursprünglichen Gleichgewichtszustand bei. Demnach ist es wichtig, die Gewinne der ersten Reformen durch neue Reformen, die auch die Unabhängigkeit der Bürger*innen stärken, aufrechtzuerhalten und zu steigern.

Wenn in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Maßnahmen in die richtige Richtung unternommen werden, können sie sich gegenseitig verstärken, um einen schlagkräftigen gesellschaftlichen Wandel zu bewirken. Dies geht sicherlich nicht reibungslos vonstatten. Gesellschaftlicher Wandel hat seine Ecken und Kanten: außer erfolgreicher Zusammenarbeit gibt es auch Konflikte und Krisen. Eine erfolgreiche Reform ist nie eine bloße Verbesserung des vorhandenen Systems: sie ermöglicht einen Strukturwandel, indem andere Reformen stimuliert und ausgelöst werden, die im Zusammenspiel eine echte Transformation hervorrufen. Eine Reform steht nie alleine; sie bedeutet nur einen Schritt in Richtung eines transformativen Ziels.

Eine Strukturreform schöpft Kraft aus gemeinsamen Praktiken, mithilfe derer Bürger*innen gestärkt werden hingehend der Erkenntnis, Organisationsfähigkeit und so weiter und somit „willig und fähig“ sind, andere Reformen einzuleiten, zu unterstützen oder sich ihnen anzuschließen. Bürger*innen, die zum Beispiel eine Genossenschaft für erneuerbare Energie gründen, lernen bald, wie Machtbeziehungen funktionieren. Von ihnen hört man die unromantischsten Lektionen über Hürden und Tücken, während man sich den Weg nach vorne ebnet.

Während die Richtung des revolutionären Reformismus klar ist – eine sozialökologische Gesellschaft – steht kein Entwurf oder endgültiges Bild zur Verfügung. Dies be-

gründet sich in unserer Vorstellung einer Ideologie als eines offenen Narrativs. Die von uns angestrebten Revolutionen sind dermaßen weitreichend, dass wir uns kein klares Bild über die zukünftigen Gesellschaften und Wirtschaften machen können. Zumindest noch nicht. Es ist wie mit der Raupe, die sich in einen Schmetterling verwandelt. Wir können die Transformationswege, die auf den positiven, aus der gegenwärtigen Übergangssituation hervorgehenden Vorgehensweisen beruhen, nur skizzieren. Drei davon erläutern wir hier. Es könnte weitere geben.

Erstens können in einem bestimmten Sektor zahlreiche Initiativen zu einem radikalen Wandel führen. Denken wir nur an den Energiesektor und die Zunahme erneuerbarer Energie. In Flandern haben sich Energiegenossenschaften zusammengetan und den Verband RESCoop gegründet. Das ist ein wichtiger Schritt vorwärts, jedoch bleibt immer noch viel zu tun. In den Niederlanden gibt es bereits mehr als 110 Energiegenossenschaften. Noch kraftvoller spiegelt die deutsche *Energiewende* den Ehrgeiz wider, das gesamte Energiesystem in ein nachhaltiges zu verwandeln. Aufgrund eines stabilen Regelungsrahmens mit der Regierung als aktiver Partnerin ist der Anteil des regenerativen Stroms in Deutschland von 3,4% im Jahr 1990 inzwischen auf über 25% gestiegen. Und jeden Monat entstehen neue Bürger*innen- und Städteinitiativen. Nach einem Referendum im Jahr 2013 beschloss etwa Hamburg, sein Stromversorgungsnetz wieder selbst zu übernehmen, nachdem es zuvor privatisiert worden war. Mit diesem Beispiel gehen wir zum nächsten Punkt.

Zweitens brauchen wir neue Modelle für Mehrebenenregierung. Ergänzend zu den nationalen und internationalen Sektoren gibt es die lokale Ebene. Weltweit ergreifen Gemeinden und vor allem Städte die Initiative, am Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu arbeiten. Berühmte Beispiele in Europa sind Kopenhagen oder Freiburg. In fast jedem europäischen Land haben Städte sich dem Konvent der Bürgermeister*innen verpflichtet, das für eine äußerst ehrgeizige Klimapolitik steht. Gemeinsam vertreten diese Städte mehr als 100 Millionen Europäer*innen. Städte übernehmen eine klare Führungsposition im Bereich Klimaneutralität, nachhaltige Mobilität und alternative Ernährungssysteme. Mit zunehmendem Einfluss dieser Netzwerke kann man sich ein Europa ausmalen, das von unten her nachhaltig wird, während Netzwerke in Verbindung mit nationalen Regierungen und der Europäischen Kommission Macht erlangen.

Neben den ehrgeizigen lokalen Regierungen gibt es lokale Bürger*inneninitiativen. Bürger*inneninitiativen stehen vor der Herausforderung, sich mit vorhandenen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu vereinen, die sich an einer neuen lokalen und hybriden Zivilgesellschaft beteiligen möchten, die Menschen mobilisieren kann. Und das ist wichtiger als es scheint. Im 20. Jahr-



hundert war der Nationalstaat die wichtigste Dimension der Emanzipation und Aneignung von Autonomie, wobei Gewerkschaften die zentralen Akteur*innen sozialer Kämpfe darstellten. Sie sind ihrer Rolle noch nicht gerecht geworden. Doch im 21. Jahrhundert wächst die Bedeutung der lokalen Regierung als Ergänzung zur nationalen und europäischen Regierungsebene. Also sind auch *Städtegewerkschaften* notwendig – eine neue Zivilgesellschaft, die alle engagierten Stadtbewohner*innen um eine gemeinsame Agenda versammelt – ergänzend zu europaweit agierenden Nichtregierungsorganisationen.

Drittens sind Initiativen von *Anwendungsgemeinschaften* im 21. Jahrhundert nicht nur lokal verortet. In unserem digitalen Zeitalter können sie sowohl offen als auch mit anderen Initiativen gleichzeitig verbunden sein. Ein urbanes Landwirtschaftsprojekt in Rotterdam könnte von Ereignissen in Toronto inspiriert sein. Wenn Computerfachleute zusammen das Linux-Betriebssystem gestalten, damit IBM keine eigenen Systeme mehr entwickelt, ist nicht mehr von kleinen Experimenten in der Peripherie die Rede. Und inzwischen gibt es nicht nur Open-Source-Software-Systeme, sondern es gibt auch Initiativen in der verarbeitenden Industrie, wie zum Beispiel Open-Source-Hardware und Open-Source-Design. Die Möglichkeit lokal verwalteter Mikrofabriken wird durch gegenwärtige Technologien uneingeschränkt. Fiktion? In Amerika stellen Landwirt*innen ihre eigenen landwirtschaftlichen Werkzeuge her, um multinationale Konzerne mit ihren teuren, patentierten Werkzeugen zu umgehen.

Soziolog*innen beschreiben Anwendungsgemeinschaften als „Gruppen von Personen, die Interesse oder Leidenschaft für eine Tätigkeit teilen und durch Interaktionen lernen, diese Tätigkeit besser auszuführen.“ Es ist kein loses Netzwerk, sondern eine Gemeinschaft, die von einer bestimmten Identität (da jede*r das gleiche Ziel verfolgt), einem offenen Dialog und der Schaffung spezifischer Kompetenzen geprägt ist. Es handelt sich um Wir-Gruppen, die Identität vermitteln und Freude bereiten, die stärksten Antriebsfaktoren, um sich für etwas zu engagieren.¹⁶

5.4 Eine sich neu erfindende Stadt

Um diesen Teil abzuschließen, machen wir doch ein Gedankenexperiment. Was könnte revolutionärer Reformismus für eine Stadt bedeuten? In einer Ökostadt gründen zum Beispiel kreative Bürger*innen ein neues Unternehmen für nachhaltigen Nahverkehr. Cargo Vélo. Das Unternehmen transportiert Pakete, große und kleine, mit dem Fahrrad in alle Bereiche der Stadt. Als Folge gibt es weniger Kombis und Lastwagen. Zudem arbeitet das Unternehmen mit einem Zentrum, das Langzeitarbeitslosen zu einem Arbeitsplatz verhilft. Gleichzeitig initiieren andere Bürger*innen Landwirtschaftsprojekte

mit lokalen Lieferketten: Stadtbewohner*innen kaufen Produkte direkt von Landwirt*innen aus dem breiteren Stadtgebiet und schaffen somit zusätzliche Arbeitsplätze für Menschen, die nur schwer eine Stelle auf dem Arbeitsmarkt finden können. Für die Nahrungsmittelverteilung ist Cargo Vélo zuständig, sodass noch weniger Lastwagen in die Stadt hineinfahren müssen. Hierdurch gewinnt die Stadtverwaltung Raum, Autos auf manchen geschäftigen Straßen durch neue Straßenbahnlinien zu ersetzen. Dementsprechend werden Dieselbusse durch Straßenbahnen ersetzt. Und diese Straßenbahnen beziehen ihre Energie größtenteils von der urbanen Energieinitiative, die einen riesigen Energiepark - Windmühlen mit Solarpaneelen - am Stadtrand baut. Diese Energieparks versorgen die Stadtbewohner*innen nicht nur mit Regenerativstrom, sondern als Aktionär*innen erhalten diese jedes Jahr eine Dividende. Folglich bleibt der wirtschaftlicher Mehrwert in der Stadt.

Dies ist nur der Beginn einer großen Geschichte; der Anfang einer Geschossbahn von Synergie und Belastbarkeit auf verschiedenen Ebenen. Die Synergie liegt in der Tatsache, dass sich die zahlreichen nachhaltigen Initiativen gegenseitig stärken und gemeinsam einen Maßstab für Wirtschaftlichkeit schaffen. Sie sorgen auch für Stabilität. Dank solcher neuer Initiativen hängen Städte weniger von globalen Systemen wie fossilen Brennstoffen und globalen Lebensmittelketten ab, die in der Hand multinationaler Unternehmen sind und Spekulationen unterliegen. Aufgrund von geringeren Einkäufen von Brennstoffen und langen Lebensmittelversorgungsketten gibt es auch weniger Geldströme aus dem Stadtgebiet heraus. Nicht nur das, auch der wirtschaftliche Gewinn der Ernährungs- und Energiegenossenschaften bleibt in den Händen der Stadtbewohner*innen und wird zum Teil in die weitere Entwicklung nachhaltiger Infrastrukturen investiert.

Dieses Beispiel ist kein Aufruf dazu, Städte in Inseln zu verwandeln. Im Gegenteil. Es geht darum, die richtigen Dinge im richtigen Umfang zu organisieren. Der Kaffee wird immer noch aus Afrika kommen, Züge bieten Anbindung an wichtige Ballungsräume in der Region sowie Städte darüber hinaus, und insbesondere werden Ideen in den digitalen Foren weltweit aufblühen. Wir können zum Beispiel einer inspirierenden Bürger*inneninitiative in Ecuador folgen und uns weltweit gegenseitig inspirieren.

5.5 Verbundene Autonomie als Organisationsprinzip

Es gibt stets mehr Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen, als wir uns vorstellen. Feste Muster versperren oft den Weg zu unerforschten Pfaden. Und wer am lautesten schreit, scheint den besten Vorschlag zu haben. Wenn wir uns zum Beispiel Meinungen dar-



über anschauen, wie das Wohnungswesen organisiert werden sollte, liegen diese vorwiegend in einem Spektrum zwischen zwei gegensätzlichen Ansichten. Auf der linken Seite herrscht die Annahme, dass die Regierung die beste Akteur*in für eine gerechte Organisation ist. Auf der anderen Seite argumentiert die Rechte, dass Häuser nur vom Markt auf optimale Weise zugewiesen werden können. Zahlreiche Berichtersteller*innen interpretierten den Mauerfall 1989 als Sieg der Rechten auf globaler Ebene. In Ländern wie dem Vereinigten Königreich wurde das Sozialwohnungssystem aufgelöst und Pflegeheime wurden vom öffentlichen auf den privaten Sektor übertragen.

Diskussionen wie diese stecken in einer Rechts-Links-Dichotomie, in der die radikale Linke ohne jegliche kritische Analyse ausnahmslos die Regierung als Lösung in den Vordergrund rückt, und die Rechte - ebenso blind - nur Marktstrategien von Privatunternehmen als sinnvoll erachtet. Es scheint, als hätten Bürger*innen - als Träger*innen der Demokratie - nur eine Zuschauer*innenrolle und als seien sie gar nicht in der Lage, Lösungen für gesellschaftliche Bedürfnisse vorzuschlagen. Wenn wir die Wohnraumversorgung für ältere Menschen als Beispiel nehmen, so werden Bürger*inneninitiativen wie Abbeyfield Houses in Mainstream-Debatten selten erwähnt. Diese Initiative entstand 1956 als britische Reaktion auf ein wachsendes gesellschaftliches Problem; immer mehr Senior*innen in den ärmeren Londoner Vierteln konnten kein menschenwürdiges, selbständiges Leben mehr führen. Heute verwaltet die British Abbeyfield Society 700 Heime mit 7000 älteren Bewohner*innen, unterstützt von 10.000 Freiwilligen. Es ist ein Konzept eines kollektiven Zusammenlebens mit einer Freiwilligenbewegung, die in vielen Ländern bereits Wurzeln geschlagen hat.

Dies soll nicht heißen, dass Bürger*inneninitiativen eine Patentlösung für alle Herausforderungen sind; sie können aber zu einem wichtigen Teil der Zukunft werden, wenn wir bereit sind, unseren Blick zu erweitern. Im Wesentlichen haben wir drei grundlegende Möglichkeiten,

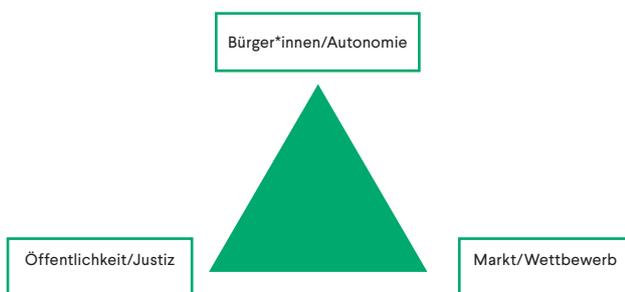
Herausforderungen zu begegnen und die Gesellschaft zu organisieren. Diese erweiterte Sicht der Gesellschaft lässt sich im folgenden Dreieck veranschaulichen. Das oben erläuterte Spektrum ist eigentlich nur die Linie an der Basis des Dreiecks.

*Die Bedeutung der autonomen Sphäre als Quelle sozialer Innovation ist nicht zu unterschätzen; viele Lösungen gesellschaftlicher Herausforderungen stammten nicht von der Regierung oder einem großen Unternehmen, sondern von kreativen Bürger*innen.*

Jede Ecke zeigt ein Extrem an, wie die Gesellschaft organisiert werden kann: eine vollkommen marktorientierte Gesellschaft; eine 100% staatlich gelenkte Gesellschaft; oder eine ausschließlich von unabhängigen Bürger*innen gesteuerte Gesellschaft. Wie eine bestimmte Gesellschaft die Antwort auf ein soziales Bedürfnis formuliert - wie zum Beispiel die Pflegeheime - kann beliebig innerhalb dieses Dreiecks liegen.

Mit dieser erweiterten Sicht kommen wir zum Kern der politischen Ökologie, wie vom Philosophen Philippe Van Parijs dargelegt.¹⁷ Denn diese Präsentation zeigt die Beschränktheit des vorherrschenden Diskurses in unserer Gesellschaft (oszillierend zwischen mehr Staat oder mehr Markt), da er sich nur auf der horizontalen Seite des Dreiecks abspielt. Nachdem man die drei Eckpunkte konzeptualisiert hat, mit der Autonomie oben als vertikaler Dimension, wird sofort klar, dass sobald die Bedeutung des Marktes oder des Staates von der liberalen respektive sozialistischen Logik gelobt werden, sie nicht nur weniger Staat bzw. weniger Markt befürworten, sondern auch für eine kleinere autonome Sphäre eintreten. Doch es gibt noch eine dritte Perspektive, die autonome Aktivitäten und somit weniger Beteiligung von Seiten des Staates und des Marktes hervorhebt. Die horizontale Achse ‚Staatsbürokratie - freier Markt‘ ist typisch für eine moderne Industriegesellschaft; der Übergang von dieser Linie nach oben zur Spitze des Dreiecks ist ein Merkmal der gegenwärtigen postindustriellen Gesellschaft, die eher andere Formen der Teilnahme am Gesellschaftsleben aus der Perspektive der Autonomie fördert, als Geld und Arbeit.

Die Perspektive der Autonomie ist ein Schlüsselement des politischen Ökologismus. Was die anderen beiden Denkweisen angeht, ist es von der grünen Perspektive aus gesehen nicht wünschenswert, die Gesellschaft in eine einzelne Ecke des Dreiecks zu treiben. Im Gegen-



Die drei fundamentalen Organisationswege in der Gesellschaft. Quelle: Holemans, D, 2016: 140.



satz zu marktfundamentalistischen Liberalen bestätigen Ökolog*innen, dass eine neue Kombination von Markt-, Staats- und Autonomiekomponenten gefunden werden muss. Gleichzeitig unterscheidet sich der Standpunkt der Ökolog*innen deutlich vom liberalen und sozialistischen Ansatz. Für Liberale bedeutet Autonomie die Freiheit, nicht von Staatsbehörden in Schranken gehalten zu werden - es ist ein rein negatives Freiheitskonzept; für Ökolog*innen bedeutet Autonomie eine positive Freiheit und stellt *das freudreiche Potenzial dar, die Welt gemeinsam innerhalb der ökologischen Grenzen zu gestalten*. Autonomie steht im Widerspruch zu einer unilateralen Individualisierung; die immer in Zusammenarbeit mit anderen stattfindet. Deswegen sprechen Ökolog*innen über *verbundene Autonomie, Freiheit mit Solidarität, Vielfalt mit Gleichheit*. Ich kann nur Erfüllung finden und eine Welt zum Leben aufbauen, wenn ich eine fruchtbare Verbindung mit Anderen eingehe, die auch die Dimension der Fürsorge füreinander, für die Welt, in der wir leben, und für unseren lebenden Planeten beinhaltet. Diese fördernde und fürsorgliche Perspektive steht mit dem Begriff der Verantwortung in Verbindung: unsere Freiheit zu agieren und die Welt zu verändern bedeutet gleichzeitig, sich für sie verantwortlich zu fühlen.

Die Bedeutung der autonomen Sphäre als Quelle sozialer Innovation ist nicht zu unterschätzen; viele Lösungen gesellschaftlicher Herausforderungen stammten nicht von der Regierung oder einem großen Unternehmen, sondern von kreativen Bürger*innen. Das oben erwähnte Abbeyfield Housing ist ein gutes Beispiel, genau wie soziale Innovationen wie Fahrgemeinschaften, Initiativen für biologischen Landbau und Energiegenossenschaften. Und wer baute die ersten modernen Windanlagen zur Stromerzeugung? Es waren Bürger*innen, die eine positive Alternative zu Kernkraftwerken in Ländern wie Dänemark und Irland entwickelten.

Das Dreieck zeigt, dass politische Ökologie über Umweltschutz und bloße ökologische Modernisierung hinausgeht. Ökolog*innen wollen nicht nur die Grenzen des Ökosystems der Erde respektieren; sie streben gleichzeitig nach einer größeren, untereinander abhängigen Sphäre, in der Menschen ihre Fähigkeiten gemeinsam einsetzen können, ohne dass Markt oder Staat eingreifen. Das Endziel ist ein gutes Leben für alle innerhalb ökologischer Grenzen.

5.6 Von öffentlich-privaten zu öffentlich-zivilen Partnerschaften | Der Partnerstaat

Untersuchungen zeigen, dass die meisten Bürger*inneninitiativen in irgendeiner Weise auf die Zusammenarbeit mit dem Staat angewiesen sind. Das ist kein Problem: es ist die Zukunft. Das neoliberale Regime der letzten dreißig Jahre diktierte, dass der beste Ansatz für jegliche Organisation in der Gesellschaft auf Märkten und Wettbewerb beruhte. Dies hat zu verschiedensten

öffentlich-privaten Partnerschaften geführt, die meist zur Folge haben, dass eine Regierung die Kontrolle über Politikbereiche verliert und die Bürger*innen zu viel Steuern für die erbrachten Dienstleistungen zahlen. Wieder zeigt das Dreieck klar den alternativen, zukünftigen Weg, den es zu beschreiten gilt: öffentlich-zivile Partnerschaften. Da immer mehr Bürger*innen eigene Initiativen ergreifen, besteht die Herausforderung für Regierungen darin, sich in einen Partnerstaat zu verwandeln, wie dies bereits in Städten wie Bologna und Gent geschieht. Hier betrachten Politiker*innen ihren politischen Wahlkreis nicht als Territorium, das von oben gesteuert wird, sondern als eine Gemeinschaft von Bürger*innen mit viel Erfahrung und Kreativität. Sie lassen die Top-down-Politik hinter sich und entwickeln Formen von Mitgestaltung und Koproduktion. In Gent entwickelten Bürger*innen im Rahmen einer partizipatorischen Klimapolitik das Konzept der ‚lebendigen Straßen‘. Sie beschlossen, sich ihre Straßen zurückzuholen – einen oder zwei Monate lang eine verkehrsfreie Zone zu schaffen. Die Stadtverwaltung ergriff alle erforderlichen Maßnahmen, um dies auf eine legale und sichere Art und Weise zu ermöglichen. Hätte die lokale Regierung dieses Experiment einseitig durchgeführt, hätte es einen enormen Protest gegeben. Durch öffentlich-zivile Partnerschaften, einen unterschätzten Bereich des Dreiecks sozialer Möglichkeiten, wurde es auf positive Weise umgesetzt.

Die Wiederbelegung der Commons macht deutlich, dass es einen dritten grundlegenden Weg für die Organisation der Gesellschaft gibt.

Die Wiederbelegung der Commons macht deutlich, dass es einen dritten grundlegenden Weg für die Organisation der Gesellschaft gibt. Mit dem grundlegenden Autonomieprinzip als Mittelpunkt, wird eine eigene Logik verfolgt, die aus besonderen Formen sozialer Beziehungen bestehen, welche auf Gegenseitigkeit und Zusammenarbeit beruhen. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass solche neuen Commons-Initiativen eine entscheidende Rolle in der Transformation in Richtung einer sozialökologischen Gesellschaft spielen werden. Dennoch wäre es unklug, nach einem reinen ‚Commonismus‘ zu streben; genau wie beim Kommunismus oder Neoliberalismus, ist eine auf nur einem dieser drei Organisationsansätze beruhende Gesellschaft nicht in der Lage, das breite Spektrum immenser Herausforderungen zu bewältigen, denen wir heutzutage gegenüberstehen. Allerdings erfordern die Stimulation und Aufrechterhaltung der Commons einen aktiven Staat, der neue Institutionen schafft, mithilfe derer sich Bürger*innen auf sichere Weise an Transitionsprojekten



beteiligen können, damit ihre Autonomie und Kreativität aufblühen können.

Der unverzichtbare Wert der Commons-Bewegung liegt darin, dass sie die institutionelle Vielfalt von Gesellschaften – eines der wichtigsten Merkmale der Stabilität – intensiviert und bereichert. Auf der Ebene, wer wir sind und wie wir miteinander in Beziehung stehen, stimuliert sie die grundlegende menschliche Fähigkeit zur Zusammenarbeit und Sorge um uns selbst und um andere.¹⁸

5.7 Der Grundriss einer neuen Wirtschaft

Das Wirtschaftsmodell, das uns in der Vergangenheit zu Wohlstand verhalf, kann kein Weg in die Zukunft mehr sein. Dieses Modell des Nehmens, Herstellens, Verwendens und Verschwendens ist nicht länger tragfähig, da es die Kapazität der Erde übersteigt, Existenzgrundlagen zerstört und mehr Ungleichheit erzeugt.

Nehmen wir zum Beispiel die Fleischindustrie in den Benelux-Ländern. Sie beginnt mit den fossilen, aus dem Nahost importierten Brennstoffen, aus denen in den Häfen von Antwerpen und Rotterdam unter enormem Energieaufwand Düngemittel hergestellt werden. Diese wiederum werden nach Brasilien exportiert, wo sie zum Anbau von Soja verwendet werden (wozu Regenwälder abgeholzt werden), welches wiederum als Futtermittel für Schweine nach Belgien zurückkehrt, deren Fleisch die Landwirt*innen sodann nach China zu exportieren versuchen.

Tatsächlich ist der Lebenszyklus des Kultprodukts unserer Zeit – des Smartphones – genauso verrückt. Jugendliche in Kongo graben seltene Metalle aus, die für die Produktion in China verwendet werden, und westliche Verbraucher*innen kaufen diese Telefone, bis das neue Modell eingeführt wird und eine wesentliche Menge der alten – und normalerweise immer noch funktionsfähigen – Telefone als Elektronikschrott an den Küsten armer afrikanischer Länder deponiert wird. Diese Beispiele zeigen, dass wir uns einer Illusion hingeben, wenn wir denken, dass wir eine wahre nachhaltige Wirtschaft erzielen können, indem wir unsere gegenwärtige, auf Wachstum und Wettbewerb beruhende Wirtschaft einfach ein wenig grüner machen. Wir müssen diese *extraktive Wirtschaft* hinter uns lassen, mit der unsere Gemeinschaften und Orte entwertet werden. Tatsache ist, dass die neuen großen digitalen Unternehmen wie Uber oder Airbnb ebenfalls zu dieser Art von Wirtschaft gehören. Man könnte sagen, sie befassen sich mit einer Art von digitalem Bergbau: sie graben Werte aus oder extrahieren diese Risikokapital-Anleger*innen in Silicon Valley zuliebe.

Wir müssen eine sozialökologische Wirtschaft aufbauen, die nicht nur die Grenzen des Planeten respektiert, sondern es auch jedem Menschen ermöglicht, ein gutes Leben auf Erden zu leben. Glücklicherweise haben mehrere Denker*innen inspirierende Vorschläge für eine solche neue Wirtschaft und entsprechende Wege entwickelt. In seinem Buch *Wohlstand ohne Wachstum* plädiert etwa Tim Jackson für eine Abkehr vom materiellen Verständnis von Fortschritt, das allein von Geld oder Tauschwert geprägt ist. Anstatt die Erfüllung unserer Bedürfnisse auf Instant-Konsum zu reduzieren, brauchen wir eine breitere Sichtweise darüber, was es bedeutet, wenn Menschen sich entfalten können, einschließlich der Bedeutung von Beziehungen und Gemeinschaften. Auf struktureller Ebene müssen wir viel mehr in Infrastrukturen investieren, die uns ein nachhaltiges Leben ermöglichen, wie zum Beispiel öffentlicher Transport und ein System für erneuerbare Energie.

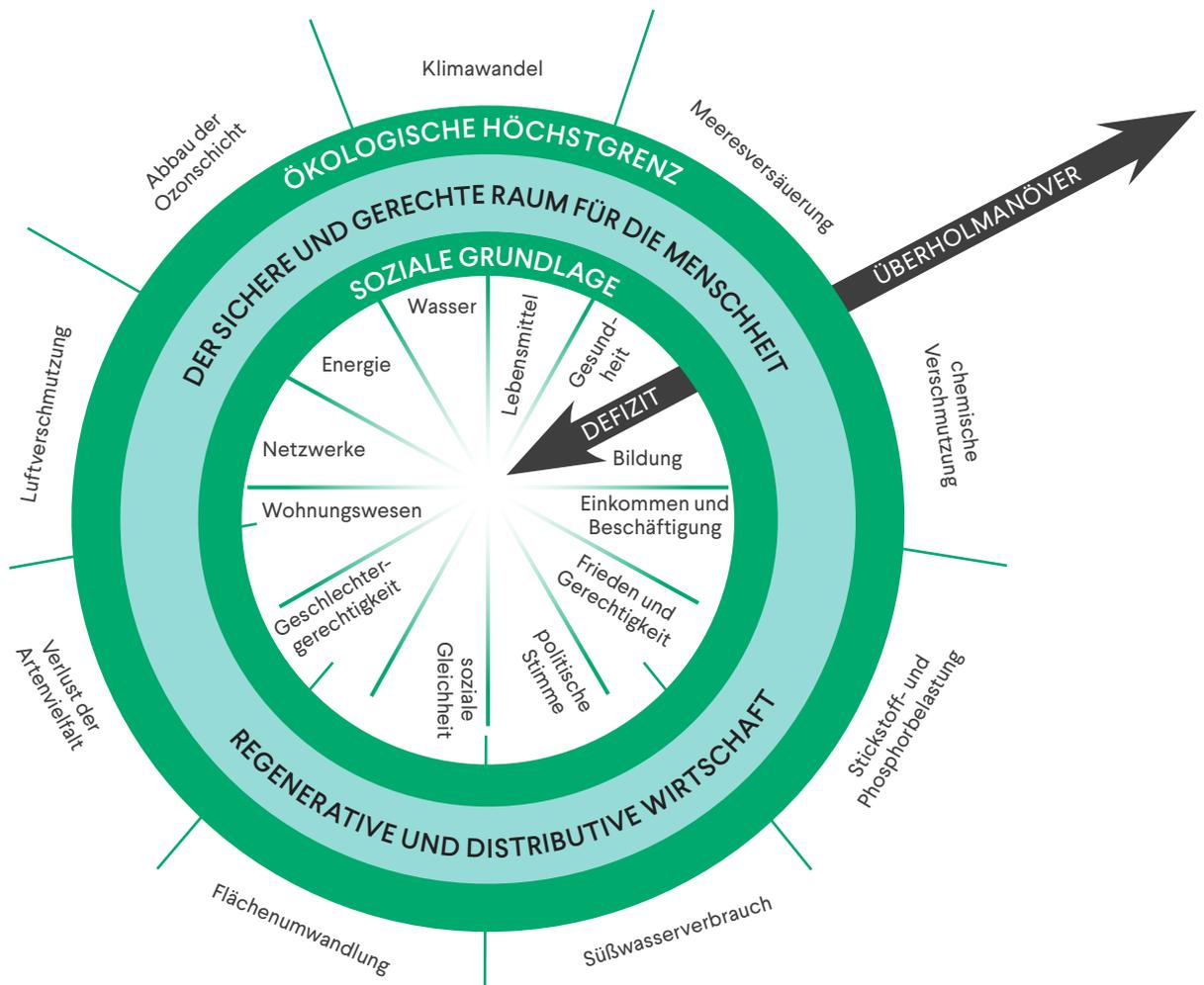
Doughnut Economics von Kate Raworth ist gleichermaßen inspirierend. Der Titel bezieht sich auf ein Doughnut-förmiges Diagramm, das die ökologischen Grenzen und die sozialen Ziele einer sozialökologischen Wirtschaft in einem Bild illustriert.

Der Außenkreis des Donut stellt die Grenzen der lebenswichtigen Systeme der Erde dar – die ökologische Obergrenze, die von der menschlichen Wirtschaft nicht überschritten werden darf. Den Innenkreis bildet die soziale Grundlage, die die Wirtschaft jedes Menschen auf Erden bieten muss.

Zwischen diesen beiden Kreisen befindet sich der sichere und gerechte Raum für die Menschheit, den wir mithilfe einer Wirtschaft umsetzen können, die mit Absicht generativ und distributiv ist. Im Gegensatz zur extraktiven Wirtschaft werden bei dieser Wirtschaft viel mehr Güter als nur Gewinn erzeugt. Denken wir an Landwirt*innen, die durch ihre Vorgehensweisen die Artenvielfalt und das Gemeinschaftsleben fördern. Absichtlich distributiv beginnt mit der Frage: wer besitzt den Reichtum? Der Schwerpunkt liegt nicht mehr nur auf der Umverteilung des produzierten Werts, sondern auf dem Teilen der Vermögensquellen von Anfang an. Und dies beinhaltet nicht nur Geld, sondern auch Land, Unternehmen sowie die Fähigkeit, Geld zu schöpfen. Was ist zum Beispiel mit dem technologischen Eigentum – wer besitzt am Ende die Roboter? Zu den gegenwärtigen positiven Beispielen gehören Energiegenossenschaften im Besitz von Bürger*innen und solidarische Landwirtschaft.

Wie ich bereits früher argumentiert habe (Holemans, 2013), hat dies zur Folge, dass die Weltwirtschaft kleiner wird und urbane und regionale Wirtschaften sich auf ökologische Art und Weise zu sozialen Kreislaufwirtschaften entwickeln.¹⁹ Auf diese Weise können wir eines der großen Paradoxe unserer Wirtschaft über-





Der Donut: ein Kompass für das 21. Jahrhundert. Zwischen seinen gesellschaftlichen Grundlagen menschlichen Wohlbefindens und der ökologischen Höchstgrenze des Drucks auf die Erde befindet sich der sichere und gerechte Raum für die Menschheit. Raworth, K, 2017:44

winden. Wir haben unsere Wirtschaft auf der Grundlage zentralisierter Produktionsanlagen organisiert und transportieren um die ganze Welt, was schwer und kohlenstoffintensiv ist. Andererseits umfasst dieses System auch das, was leicht ist, insbesondere Ideen und Wissen. Indem wir diese Logik umkehren – global Ideen teilen und lokal mehr produzieren – erhalten wir die Grundlage für eine vollkommen neue Wirtschaft. Wir sprechen dann von *offener Innovation* und *Knowledge Sharing* auf globaler Ebene, um die Produktion zu relokalisieren. Unternehmen erforschen diese neue Zukunft bereits. Der belgische Hersteller von ökologischen Reinigungsmitteln Ecopower startete ein Projekt auf der Insel Mallorca, um zu sehen, wie lokalisierte Produktion für lokalisierten Verbrauch, auf Grundlage lokaler Materialien und Abfallströme möglich ist. Das Ziel ist, sich zu einem globalen Wissenspartner mit einem breiten Netzwerk regionaler Mitarbeiter*innen zu entwickeln und distribuierte, nachhaltige Fertigung zu ermöglichen.²⁰

Gorz ist einer der ersten Denker, der hervorhebt, dass die Weiterentwicklung von Produktionsmitteln dazu führt, dass der Kapitalismus sich selbst untergräbt. Die Entwicklung von ‚High-Tech-Handwerk (3D-Drucker) ermöglicht eine effiziente Produktion von einigen Gegenständen in *Mikrofabriken*, die die Menschen brauchen. Indem diese Mikrofabriken weltweit zu Netzwerken verbunden werden, die Software und Design teilen, brauchen wir keine klassische Produktion mehr, um Gewinne auf dem Markt zu erzielen. Wir können nun gemeinsam bestimmen, was, wie und zu welchem Zweck lokal benötigt wird. Mit diesem neuen Ansatz würde die Notwendigkeit des Transports, Marketings und der Montage verringert und die Kosten somit gesenkt werden. Gorz bezeichnet dies als ‚konkrete Utopie‘: Sie baut auf vorhandenen Entwicklungen auf (wie zum Beispiel kostenloser Open-Source-Software, einer Automatisierung, die zu weniger Arbeitsplätzen führt), kombiniert mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, das die Utopie der genossenschaftlichen Eigenproduktion auf Ebene der lokalen Gemeinde widerspiegelt.



Natürlich wird diese Utopie nicht wahr, sie ermöglicht es uns jedoch, uns eine radikal andere Welt vorzustellen. Die Ideen von Gorz wurden von Denker*innen wie Michel Bauwens und Yochai Benkler weiterentwickelt. Obwohl sie zahlreiche Beispiele aus der Wissensökonomie verwenden, liefern ihre Konzepte wie Commons basierte Peer Produktion und seine neue Form von Produktion, die unser Wirtschaftsmodell zu einer hybriden bereichern kann. Es ist Teil der radikalen Evolution, die unsere Gesellschaft als Ergebnis der neuesten Welle von technologischen Innovationen durchmacht. Wie die bisherigen Innovationen – denken wir an Dampfmaschinen oder Strom – sind diese Informations- und Kommunikationstechnologien disruptiv: sie beeinträchtigen die Gesellschaftsordnung, machen neue Dinge möglich und schaffen andere ab. Um zu sehen, wie das funktioniert, betrachten Sie das Lexikon meines Vaters.

*Indem wir diese Logik umkehren
– Ideen global teilen und lokal
mehr produzieren – erhalten
wir die Grundlage für eine
vollkommen neue Wirtschaft.*

Als ich auf das Gymnasium kam, kaufte mein Vater die *Standaard Encyclopaedia*, die zwölf Bücher, in rotem Leder eingebunden, umfasste. Die Enzyklopädie ist ein Symbol des Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit, in dem die Mittelklasse zunehmende Kaufkraft und Bildung genoß. Die Erstellung einer Enzyklopädie ist die Arbeit einer ausgesuchten Gruppe von Expert*innen. Es gibt die teuren, kommerziellen Editionen. Zusätzlich gibt es die Universtät für Menschen, die den Weg dorthin finden.

Und nun, eine Generation später, mit meinen Teenagern im Haus wurde die schwere Enzyklopädie durch den leichtgewichtigen iPod ersetzt, und jede Frage wird kabellos fünf Sekunden später von Wikipedia beantwortet. Diese Enzyklopädie verkörpert ein ganz anderes Wissens- und Produktionsmodell und geht aus verschiedenen sozialen Beziehungen hervor. Sie wird nicht mehr von einer kleinen Expert*innengruppe zusammengestellt, sondern von einem großen Netzwerk aus Bürger*innen. Und sie tragen nicht für Geld oder eines akademischen Titels wegen bei, sondern aus intrinsischer Motivation heraus. Jede*r kann einen Beitrag zu Wikipedia leisten; die Qualitätskontrolle findet hinterher statt, von Leuten, die sich darum verdient gemacht haben. Dieses Produkt entsteht durch Beiträge von Gleichberechtigten oder Peer-to-Peer (p2p).

Für Bauwens ist Wikipedia ein Symbol für die Transition in eine andere Welt. Nach seiner Auffassung wird es sich zur Kooperations- und Produktionsform des 21. Jahrhunderts entwickeln. Und er sieht Beispiele

in vielen Bereichen, wie zum Beispiel Open-Source Software (deren Code öffentlich ist). Auch hier konkurriert die p2p-Software Linux nicht nur mit großen Unternehmen wie IBM. Nein – in noch tiefgreifender Weise hat dies zu einer Situation geführt, in der diese Art von Steuerungssoftware kein Marktprodukt mehr ist. Stattdessen operiert sie als Dienstleisterin, als eine Plattform zur Gestaltung spezifischer Applikationen. Doch der Quelltext von Linux bleibt allen zugänglich: es ist ein Beispiel der neuen digitalen Commons. Und auch im Bereich der Warenproduktion sieht Bauwens die großen, vertikalen Unternehmen zugunsten von Mikrofabriken in Netzwerke verschwinden.

Selbstverständlich ist dieser Trend nicht wirklich dominant. Der neueste UNCTAD-Bericht zum Beispiel weist auf eine zunehmende Marktkonzentration und die Rückkehr der Rentiereinkommen hin. Das gleiche gilt für das Internet als Struktur zur Dezentralisierung, wenn wir Bauwens weiter folgen. Die heutige Realität ist, dass das Internet eine extreme Zentralisierung ermöglicht (NSA, Silicon Valley, Plattformkapitalismus, große Datenmengen). Somit handelt es sich bei Bauwens' Perspektive um einen hoffnungsvollen Einstiegspunkt für strategische Intervention, ohne eine naive Auffassung im Hinblick auf die wirkliche Gefahr einer Fusion von NSA-Silicon Valley, einer konzentrierten politischen und wirtschaftlichen Macht.

Für Bauwens liegt die Kraft des Internet in der Tatsache, dass es horizontale Kontakte zwischen Anwender*innen ermöglicht, die freiwillig kommunizieren oder interagieren. Und „lokal“ bedeutet von jetzt an auch „global“: lokale Initiativen wie urbane Landwirtschaft können in einem globalen Netzwerk zusammenarbeiten und das erworbene Wissen teilen. Hier kann man vergrößern und replizieren, was davor nur in kleinen Gruppen möglich war. Dank Internet ist das Teilen von Autos oder Fahrrädern zu einem Kinderspiel geworden, genau wie der Verkauf von Gebrauchtwagen.

Das Modell der Commons basierten Peer Produktion kann als einen Baustein der neuen postkapitalistischen Systems betrachtet werden. Bauwens skizziert diese neue Institution, die im Rahmen der Wirtschaftspolitik mehr Raum einnehmen sollte, basierend auf zwei Schichten. In der Basisschicht tragen Menschen zu bestimmten Commons bei (Open-Source-Software oder kollektive Grundstücke zum Beispiel). In der zweiten Schicht können Marktteilnehmer*innen die Commons anwenden, um Geld mit jeglicher Art von zusätzlichen Dienstleistungen zu verdienen, wie zum Beispiel Training, Wartung, Softwareanpassung usw. Ob die Unternehmen für die Commons zahlen müssen, hängt von ihren Zielen ab. Klassische, kapitalistische Unternehmen müssen immer noch zahlen. Dies ist mit neuen Lizenzformen möglich, die den geschaffenen Nutzungswert schützen. Auf soziale Ziele fokussierte Unternehmen,



auch als ethische Unternehmen bezeichnet, können die Commons frei anwenden, vorausgesetzt sie tragen zur Verwaltung und Ausdehnung der Commons bei. Zum Beispiel können sich Bürger*innen zusammenschließen, um ihre eigenen Organisationen, wie beispielsweise Genossenschaften zu gründen und somit durch Bewahrung der Commons Geld zu verdienen.

Im Bereich der Landwirtschaft sind erfolgreiche Projekte in Deutschland (Regionalwert AG), dem Vereinigten Königreich (SA Land Trust), Frankreich (Terre de Liens) und Belgien (Terre-en Vue und *The Landmates*) zu finden. Sie zeigen, wie eine Koalition von Akteur*innen aus den Bereichen Ökologie und ökologischer Landwirtschaft gemeinsam mit Bürger*innen ein alternatives Produktionsmodell entwickeln können. Mit dem gegenwärtigen Agrar- und Lebensmittelmodell sind sowohl Bürger*innen als auch Landwirt*innen machtlos: die Entscheidungsfreiheit der ersten Gruppe ist auf das Angebot der Supermarktregale begrenzt, und Landwirt*innen sind Bauern auf dem Schachbrett weltweit operierender Lebensmittelkonzerne - eine Oligopol-situation. Im alternativen System kaufen Kund*innen und Sympathisant*innen gemeinsam Bauernhöfe, um nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Kontinuität des Unternehmens zu gewährleisten. Somit nehmen sie Agrarflächen aus der spekulativen Wirtschaft heraus und integrieren sie in eine kollektive Eigentumsstruktur. Sie bewirtschaften Land als Gemeinschaftsgut und stellen sicher, dass es als landwirtschaftliche Nutzfläche für Bioanbau genutzt wird. Dies resoniert mit der Kritik von Polanyi, Land werde als fiktives Handelsgut behandelt.

The Landmates, eine Stiftung und Genossenschaft, ist ein gutes Beispiel dieser neuen Wirtschaft. Die Stiftung behält die Vision im Auge, erhält Spenden und stellt den Landwirt*innen das durch die Genossenschaft erworbene Land zur Verfügung. Die Genossenschaft erwirbt Finanzmittel durch die Ausgabe von Aktien. Sie kauft auch landwirtschaftliche Nutzflächen und vermittelt Kontakte zu Nutzer*innen und Landwirt*innen. Doch sie ist viel mehr als ein alternatives Finanzinstitut. Sie ist ein Agrarmodell, das in jeder Hinsicht nachhaltig ist: in ökologischer, sozialer und ökonomischer. Ökologisch deshalb, weil sie als agroökologisches Unternehmen auf einen gesunden Boden achtet; sozial deshalb, weil sie für Kund*innen in der eigenen Region produziert; und ökonomisch durch einen Preis, der eine faire Rentabilität ermöglicht. In dieser Hinsicht bedeutet das gemeinsam bewirtschaftete Agrarland Folgendes: die Verantwortung der Landwirt*innen wird von einer Gruppe engagierter Bürger*innen unterstützt, und sie erhalten eine Vergütung für Ökosystemleistungen (zum Beispiel für Artenvielfalt). Landwirt*innen arbeiten mit kürzeren Versorgungsketten, durch Abo-Systeme, Selbsternte, Verkauf ab Hof und Bauernmärkte. In diesem System bestimmen Landwirt*innen den Preis auf unabhängiger Weise, und Verbraucher*innen spielen in einem lokalen

und nachhaltigen Ernährungssystem eine größere Rolle. Freiheit beschränkt sich nicht mehr nur auf das Supermarktangebot, sondern es wird ein lokales Angebot nachhaltiger Lebensmittel zugesichert. Biolandwirt*innen zahlen die genossenschaftliche Rückvergütung für das Land. Hierdurch muss letztendlich die Autonomie des Systems gewährleistet werden.

The Landmates ist ein starkes Beispiel für diese neue Zusammenarbeitmodell. Anstelle eines globalisierten Ernährungssystem zu akzeptieren, das von ein paar großen Konzernen und globalem Wettbewerb kontrolliert wird, bildet es den Baustein auf der Mesoebene eines neuen und belastbaren Ernährungssystem. Es umfasst die Dualität des erläuterten Modells: das Fundament, das die Vision im Auge behält und die Commons verwaltet, und das ethische Unternehmen (Genossenschaft), das Produkte, Arbeitsplätze und Einkommen aus einer nachhaltigen Perspektive bereitstellt.

Eine Welt, in der sich solche Unternehmen sowie andere Innovationen zu einem wahren, alternativen System entwickeln, ist möglich, aber sicherlich nicht selbstverständlich. Jeder technologische Schock beeinträchtigt die bestehende Ordnung und bietet emanzipatorische Möglichkeiten, mehr Chancen für mehr Menschen zu schaffen. Gleichzeitig versucht die bestehende Ordnung, dieselbe Technologie zu beherrschen. Die Zukunft ist in der Schwebe und hängt von einer Reihe von Faktoren, einschließlich sozialen Kämpfen und Machtverhältnissen ab. Die Emanzipation der Bürger*innen hängt davon ab, in welchem Maße sie die digitale Welt in den Griff bekommen, da nicht jedes Peer-to-Peer-System zu den Commons führt. Im Gegenteil, Beispiele wie Facebook, Airbnb, Amazon und Google sind hyperkapitalistisch. Während über eine Milliarde Mitglieder ihren Spaß haben und den selbst produzierten Gebrauchswert genießen (das Urlaubsfoto, das Sie gerade gepostet haben und somit umsonst für multinationale Konzerne arbeiten), gibt es eine kleine Gruppe von Aktionär*innen, die sich durch Ausbeutung des Tauschwertes bereichern (indem sie Ihre persönlichen Informationen an andere Unternehmen verkaufen). Und außerdem greifen demokratische Grundsätze hier nicht, da der Code und das Design von Facebook streng geheim sind. Ist es nicht Zeit für einen Aufruf zu Handeln? Die Regierung könnte beschließen, dass es sich um eine Infrastruktur von allgemeinem Interesse handelt, oder die Nutzer*innen könnten sich organisieren, um Facebook zu übernehmen.

Das Beispiel der *The Landmates* legt den Schwerpunkt auf die Bedeutung neuer Technologien. Wenn wir ihren Einfluss nicht unterschätzen sollten, sind es nicht nur Wissensarbeiter*innen, die den Stein ins Rollen bringen. Die Genossenschaft muss nicht mit dem Internet siegen oder untergehen. Das Internet erleichtert das Crowdfunding und ermöglicht es Landwirt*innen, umsonst mit Kund*innen zu kommunizieren. Und in an-



deren Bereichen - denken wir an die lokal nachhaltige Kreislaufwirtschaft - können wir leichter Informationen darüber finden, wie manch kaputte Geräte repariert werden können (ohne den physischen Raum für eine diesbezügliche Zusammenarbeit zu bieten). Am Ende geht es immer um die erfolgreiche Verbindung von technologischen und sozialen Innovationen. Dasselbe gilt für digitale Plattformen wie Facebook, Uber oder Airbnb. Es besteht keine Notwendigkeit, dass diese von Risikokapital finanzierten, profitorientierten Plattformen die neue Wirtschaft beherrschen - sie sind nicht die einzige Möglichkeit, von digitalen Technologien Gebrauch zu machen. Im Jahr 2014 entstand eine Bewegung mit der Bezeichnung Plattformgenossenschaftswesen (*Platform Cooperativism*). Ihre Vision sind neue Formen digitaler Plattformen, die Bestandteil der generativen Wirtschaft sind, in der der finanzielle und der soziale Wert unter den Nutzer*innen im Umlauf sind. Eine Plattformkooperative ist ein gemeinnütziges, demokratisch kontrolliertes Unternehmen.²¹ Als in Denver zum Beispiel Uber einge-

führt wurde, verloren zahlreiche Fahrer*innen ihre Jobs. Anstatt einen prekären ‚Job‘ als Uber-Fahrer*innen zu akzeptieren, schlossen sie sich erfolgreich zu einer alternativen digitalen Plattform zusammen - *Union Taxi*.

Wie die Begründer*innen der neuen Bewegung in *Ours to Hack and to Own* schreiben: „... wir reden von geteilter Kontrolle und gemeinschaftlichem Eigentum an den Schaltebelen der Macht des Internets - seinen Plattformen und Protokollen. [...] Plattformgenossenschaftswesen [...] erfordert eine andere Art von Ökosystem - mit geeigneten Formen der Finanzierung, Gesetze, Politik und Kultur - um die Entwicklung demokratischer Online-Unternehmen zu unterstützen. Dies bedeutet, die Genossenschaftsbewegung herauszufordern, sich für die Chancen der Plattformwirtschaft zu rüsten und die Plattformwirtschaft herauszufordern, bedeutet die Besessenheit von kurzfristigen Gewinnen für einige wenige hinter uns zu lassen.“ (Scholz & Schneider 2016:12).

6. Ein gutes Leben für alle

6.1 Befreite Zeit

Ein zentraler Aspekt der ökologischen Sicht auf unsere Gesellschaft ist die Kritik am Produktivismus. Es ist unmöglich, das Laufband der zunehmenden Produktion und des Verbrauchs in Gang zu halten; Burnout und Überkonsum zeigen, dass ‚mehr‘ nicht immer auch ‚besser‘ bedeutet. Härtere Lohnarbeit und bezahlte Arbeit, um noch mehr zu produzieren, macht keinen Sinn. Aufgrund der Automatisierung produzieren wir mehr mit weniger Menschen und erhöhen somit strukturelle Arbeitslosigkeit. Dies muss jedoch nicht der Fall sein. Man kann auch eine positive Haltung annehmen und sagen, dass nicht jede*r bezahlte Vollzeitarbeit leisten muss. Es gibt so viele sinnvolle und bereichernde Dinge zu tun - in der Gemeinschaft, in der Familie, der gegenseitigen Fürsorge oder der kollektiven Gestaltung unseres Umfelds und der Welt. Demzufolge kann man darauf bestehen, die normale Zeit für Lohnarbeit oder bezahlte Arbeit radikal zu reduzieren.

Da wir mit Systemfehlern zu tun haben, kann die Lösung nur in einem grundlegenden Wandel (Transformation) des vorhandenen Systems bestehen. Das bedeutet unter anderem eine andere Einstellung zur Arbeit, die über die Dominanz bezahlter Arbeit hinausgeht. ‚Arbeit‘ ist kein Synonym für ‚Job‘, genauso wie ‚Recht auf einen ‚Job‘/‘Lohn‘ nicht das gleiche ist wie das ‚Recht auf ein Einkommen‘.

*Diese drei Arbeitsarten verdeutlichen, dass Arbeitsteilung aus der Sicht von Ökolog*innen nicht nur dazu notwendig ist, die durch Automatisierung verlorenen Arbeitsstellen zu kompensieren.*

Diese Fragen nehmen an Bedeutung zu, da der stabile 40/40-Job in einer Fabrik (40 Stunden die Woche für 40 Jahre) durch einen Arbeitsmarkt abgelöst wird, den Flexibilität, Tagesverträge und Null-Stunden-Verträge sowie anonyme Aufträge auf digitalen Plattformen kennzeichnen, die alle zu prekäreren und unsichereren Formen der Arbeit und somit der Existenzgrundlagen führen. Gleichzeitig werden vorhandene Arbeitsplätze in fast allen Bereichen der Gesellschaft durch Digitalisierung und Robotisierung ersetzt. Dies bedeutet, dass einer der wichtigsten progressiven Vorschläge - eine kürzere Arbeitswoche und die Aufteilung von bezahlter Arbeit (worauf wir später noch eingehen werden) - auf Themen wie menschenwürdige Arbeit und die Gewissheit eines menschenwürdigen Lebens ausgeweitet werden sollte, unabhängig davon, ob man auf dem Arbeitsmarkt aktiv ist.



Um eine wirklich transformative Antwort zu entwickeln, unterscheiden wir mit André Gorz drei Arbeitsformen. Zunächst einmal die, über die wir normalerweise sprechen: bezahlte Arbeit oder Lohnarbeit. Wir müssen unseren Lebensunterhalt verdienen und arbeiten deswegen aus wirtschaftlichen Gründen. Selbstverständlich kann diese Art von Arbeit bereichernd und sinnvoll sein. Zweitens gibt es Haushaltsarbeit und selbstständige Erwerbstätigkeit. Diese umfassen Fürsorgearbeit, die es uns ermöglicht, unser Leben zu leben: Essenzubereitung, Kindererziehung, Kranken- und Altenpflege und so weiter. Frauen übernehmen immer noch den größten Teil davon, und ein Großteil ist unbezahlt. Die dritte Form der Arbeit sind autonome Aktivitäten. Wir üben sie umsonst aus, als Selbstzweck. Das sind Aktivitäten, die wir als bereichernd erleben, Quellen der Bedeutung und des Glücks: Musizieren, Freiwilligenarbeit, Eigenfertigung oder Reparaturen, und so weiter. Auch diese Aktivitäten sind ‚Arbeit‘. Sie erfordern einen Aufwand und bestimmte Kenntnisse, sowie genügend Zeit. Die gleiche Aktivität kann stressig und bedrückend oder zufriedenstellend sein, in Abhängigkeit davon, ob man durch Zeitnot gestresst ist oder sie in der Freizeit ausüben kann, in Zusammenarbeit mit Anderen und mit freiwilliger Aufgabenverteilung.

Diese drei Arbeitsarten verdeutlichen, dass Arbeitsteilung aus der Sicht von Ökolog*innen nicht nur dazu notwendig ist, die durch Automatisierung verlorenen Arbeitsstellen zu kompensieren. Indem wir uns radikal dafür entscheiden, für weniger Stunden bezahlt zu werden *und* autonome Aktivitäten zu entwickeln, können wir dem Rückgang der Lohnarbeitsstunden, zu dem technologische Entwicklungen geführt haben, Bedeutung zuschreiben. So gesehen könnte die progressive Arbeitszeitverkürzung auch eine Voraussetzung für die Lohnarbeitsumverteilung unter jenen sein, die arbeiten möchten, und eine gerechtere Umverteilung von unbezahlter Arbeit in der Privatsphäre, damit Frauen mehr Zeit für sich haben. Nur dann können wir die zunehmende Spaltung in der Gesellschaft aufhalten, sowohl im Sinne von Reichtum und Einkommen und mit einem schrumpfenden Anteil an Menschen mit einem guten Arbeitsplatz und einer zunehmenden Anzahl von Menschen mit prekären und befristeten Arbeitsplätzen.

Diese Vision entspricht dem Dreieck, mit dem wir uns zuvor beschäftigt haben: autonome Tätigkeiten befinden sich natürlich an der Spitze. Das zentrale Konzept in dieser Hinsicht ist *befreite Zeit*. Um das zu verstehen, untersuchen wir unsere moderne Gesellschaft. In Familien und bei Menschen mit fester Arbeitsstelle und anständigem Einkommen wird ein sechswöchiger Rhythmus verfolgt. Nach den Ferien am Jahresende machen wir uns wieder voller Tatendrang an die Arbeit, bis wir am Frühlingsanfang beim Skifahren oder Wanderurlaub entspannen können. Nach weiteren sechs Wochen Arbeit (oder Schule) freuen wir uns dann auf

eine weitere Ruhepause gegen Ostern. Dann nochmal sechs Wochen bis zu einer Auszeit Ende Mai, und dann die Sommerferien. Die zweite Hälfte des Jahres verläuft nicht anders. Dieses sogenannte Hamsterrad ‚im Dienst‘ wird durch unsere sogenannte Freizeit ausgeglichen und repliziert. Stellen Sie sich ein Gespräch mit Kolleg*innen vor, aus dem sich ergibt, dass Sie das neueste Restaurant nicht kennen, nie eine Städtereise machen, usw. In dieser Weltanschauung, die unseren Freizeitoptionen großen Wert zuschreibt, sind Sie nur ein Loser ...

6.2 Roboter bestimmen unseren Wert

Aufgrund der strukturellen Arbeitslosigkeit in Verknüpfung mit dem Verschwinden von Arbeitsplätzen durch Robotisierung wird mit der Arbeitsteilung an sich kein anständiges Einkommen für alle erreicht. Automatisierung führt eine Trennung zwischen dem gesellschaftlich erzeugten Vermögen und dem, was Menschen durch Lohnarbeit verdienen können herbei (und beeinflusst auch die staatlichen Einnahmen aus der Einkommensteuer). Sie ist eine Ursache für den Anstieg der Rentenökonomie, die auf geistigen Eigentumsrechten und anderen konzentrierten Renten (z. B. Immobilien) beruhen. Stellen Sie sich ein Land vor, in dem Fabriken nur von Robotern betrieben werden: es wird viel Vermögen generiert, doch keine Arbeitnehmer*innen kassieren einen Lohn. Natürlich wird es nie zu dieser extremen Situation kommen, aber sie verdeutlicht die Herausforderung.

Die Lösung, die als mögliche Grundlage des ‚Sicherheitspakets des 21. Jahrhunderts‘ dienen könnte, ist also eine Kombination von Arbeitsteilung und einem bedingungslosen Grundeinkommen. Wenn die Wirtschaft nicht mehr jedem einen menschenwürdigen Job garantieren kann, liegt die Herausforderung in der Arbeitsstimulation außerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, die jede Person einbezieht. Durch die Automatisierung kann Lohnarbeit nicht mehr der wichtigste Teil des Lebens aller sein - wenn das überhaupt wünschenswert wäre (natürlich bleibt bezahlte Arbeit wichtig und sollte erfüllend sein und den Mitarbeiter*innen Autonomie bei der Arbeit einräumen). Deswegen ist es wichtig, Menschen bei der Entwicklung autonomer Tätigkeiten zu unterstützen.

Dies kann zu einer anderen Identitätskonstruktion führen, die weniger auf Lohnarbeit und Konsum beruht. Dann sind Menschen mehr als heute Teil einer Gesellschaft, die auf ihren autonomen Tätigkeiten anstatt auf Konsum oder arbeitsbedingten Aktivitäten basieren. Wir reden von Orten und Initiativen, wo Menschen die Fähigkeit entwickeln, Verantwortung für ihr eigenes Leben und unsere globale sowie unmittelbare Umgebung zu übernehmen. Mehr Zeit heißt mehr Kreativität und



innovative Ideen. Dadurch entsteht eine neue Version von Emanzipation, die wir als Emanzipation dritter Ordnung beschreiben. Es geht um Bürger*innen, die in Zeiten ohne die erdrückenden Beziehungen zur Familie, dem Dorf oder der Gemeinde aufwachsen. Sie schätzen ihre Freiheit, fühlen und begreifen jedoch, dass es ohne gemeinsame Maßnahmen für neue Arten von Gewissheit keine glänzende Zukunft geben wird. Sie sehen ein, dass die Konsumgesellschaft diese Zukunft nicht bieten kann, während das Vertrauen in Regierungen und die Europäische Union klein ist.

Ein neues Ziel könnte darin bestehen, unser Leben mit Aktivitäten zu bereichern, die nicht unbedingt in das kapitalistische Profit- und Wachstumsmodell passen; unsere Umwelt zu pflegen, anstatt sie mit immer mehr Sachen zu füllen. Man kann das auch als Entwicklung neuer, kultureller Träume bezeichnen. Im 20. Jahrhundert war das Auto meine Freiheit. Vielleicht wird das Fahrrad zum Freiheitssymbol des 21. Jahrhunderts - einschließlich der Fahrradküche, in der man köstliche Suppen aus dem nahegelegenen Gemüsegarten genießt und sein Fahrrad zu reparieren lernt. Es mag lasch klingen, aber das war mit dem Car-Sharing vor zehn Jahren genauso.

Natürlich bleibt ein bezahlter Arbeitsplatz ein wichtiger Teil im Leben der meisten Menschen. Wertvolle Arbeitsplätze bieten Menschen nicht nur Einkommen, sondern auch Zufriedenheit und bedeutungsvolle Sozialkontakte. Kurz gesagt, man muss ein gutes Gleichgewicht zwischen den drei Arbeitsformen finden. In der gegenwärtigen Situation haben autonome Tätigkeiten noch viel aufzuholen. Ein großer sozialökonomischer Vorteil ist möglich, vor allem mit Initiativen, die die Teilung von Gütern erfordern

6.3 Anders arbeiten für eine bessere Welt

Menschen mit höheren Einkommen haben generell einen größeren ökologischen Fußabdruck. Stellen Sie sich vor: nach einem stressigen Tag stehen Sie im Supermarkt, ohne die notwendige Energie für bewusste Entscheidungen. Also nehmen Sie das Fertiggericht mit Zutaten, deren Ursprung Sie nicht kennen. Und Sie werden es nicht glauben: Sie sind nicht alleine. Einerseits sehen wir zahlreiche Werbungen für erstklassige Küchen, und andererseits nimmt die Anzahl der Ladenregale mit Mikrowellengerichten stets zu. Dasselbe Dilemma gilt für den Transport: Wir möchten unser Fahrrad nehmen, aber wenn das Auto vor unserer Tür steht, führt die einfache Lösung uns in Versuchung. Und obwohl ein Schnellzug von Brüssel nach Barcelona fährt, ist das Flugzeug beliebter. Solange eine Art der Tätigkeit - bezahlte Arbeit - unser Leben beherrscht, bleiben ökologisch sensible Arbeiten im Bereich Fürsorge, Gemeinschaft und Umwelt sowie umweltbewusster

Konsum zurück. Dies führt zu sozialer Fragmentierung und einem größeren ökologischen Fußabdruck aufgrund von Konsumerismus.

Die Lösung, die als mögliche Grundlage des ‚Sicherheitspakets des 21. Jahrhunderts‘ dienen könnte, ist also eine Kombination von Arbeitsteilung und einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Wie viele Stunden wir arbeiten steht eindeutig mit unserer Auswirkung auf die Umwelt in Zusammenhang. Eine Analyse in dreißig OECD-Staaten zeigt den Zusammenhang zwischen längeren Arbeitstagen und größeren Umweltauswirkungen. Länder, in denen Menschen lange arbeiten, haben höhere Emissionen und Schadstoffwerte. Dort, wo die jährliche Anzahl der Lohnarbeitsstunden um zehn Prozent abnimmt (einen halben Tag pro Woche), sinkt der CO₂-Fußabdruck um fünfzehn Prozent. Andererseits, wenn wir mehr Stunden für einen Lohn arbeiten, produzieren wir auch mehr Güter und Dienstleistungen. Sie müssen dann beworben, verkauft und konsumiert werden, der Wirtschaftsmotor läuft schneller mit daraus resultierendem höheren Energie- und Rohstoffverbrauch sowie mehr Abfällen und Treibhausgasen.²²

Die Lösung besteht darin, über den Konsumerismus hinauszugehen, indem man *einen neuen Austausch zwischen Zeit und Geld* einführt. Der Slogan ‚Geld macht nicht glücklich‘ ist wissenschaftlich begründet. Ab einem bestimmten Einkommensniveau nimmt die Lebensqualität nicht mehr zu. Länder wie Costa Rica und Uruguay realisieren mit einem viel niedrigeren Durchschnittseinkommen (und damit verbundener Umweltzerstörung) als in vielen westeuropäischen Staaten eine hohe Lebensqualität. Wir müssen nicht nur die Energie- und Ressourceneffizienz steigern, sondern auch die Anzahl der Lohnarbeitsstunden senken, indem wir Produktivitätswachstum in Zeit anstatt in Zinsen und Geld umwandeln. Während des Wohlfahrtskapitalismus führte das Produktivitätswachstum zu höheren Gewinnen und höheren Löhnen. Während des Neoliberalismus führte das Produktivitätswachstum hauptsächlich zur Erhöhung der Gehälter von Spitzenverdiener*innen und der Renten für Wohlhabende. Eine rasante Zunahme der Ungleichheit war das Ergebnis.

Aus dieser Perspektive befürworten wir die (bezahlte) 30-Stunden-Woche als neue Normalität, wie von feministischen Bewegungen wie Femma propagiert. Die durchschnittliche Arbeitswoche einer Frau von heute dient als Ausgangspunkt: Frauen arbeiten oft halbtags, um ihren Job mit diversen Fürsorgeaufgaben kombinieren zu können. Femma betont, dass nur eine kürzere



bezahlte Arbeitswoche eine bessere Kombination der Rollen in unserem Leben ermöglicht: bezahlte Arbeit, Freiwilligenarbeit, Betreuung innerhalb und außerhalb der Familie und Selbstentwicklung. Sie ermöglicht eine Umverteilung der bezahlten Arbeit dergestalt, dass so viele Menschen wie möglich für einen Lohn oder selbstständig arbeiten und niemand überarbeitet ist.

In unserem Vorschlag würde diese radikale Kürzung der Arbeitsstunden nicht mit dem gleichen Monatslohn einhergehen. Dies muss sich jedoch nicht auf Menschen mit niedrigen und bescheidenen Einkünften auswirken. Umverteilungssysteme müssen gewährleisten, dass soziale Ungleichheit reduziert wird und jede*r ein angemessenes Einkommen hat, um gut zu leben. Ein wichtiger Baustein ist das Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Teil des neuen Sicherheitspakets.

6.4 Sicherheit: Mehr als ein Grundeinkommen

Viele der Befürworter*innen des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) betrachten es als Lösung für alle gesellschaftlichen Probleme. Gegner*innen bestreiten häufig seine Erschwinglichkeit als wichtigstes Gegenargument. Beide Gruppen liegen falsch: das Grundeinkommen ist kein Vorschlag zur Stärkung des gegenwärtigen Wohlfahrtsstaats des 20. Jahrhunderts. Es ist Teil des Gesellschaftsvertrags des 21. Jahrhunderts, den es noch zu entwickeln gilt. Das BGE unterscheidet sich in dreierlei Hinsicht von der uns heute geläufigen Sozialfürsorge für Erwerbstätige (z. B. Existenzminimum). Es ist streng individuell, getrennt von anderen Einkommen und bedingungslos (es befreit uns von der Forderung, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen). Für Philippe Van Parijs ist das Hauptargument für ein Grundeinkommen nicht die Solidarität, sondern Gerechtigkeit: es ist eine gerechte Verteilung des Vermögens, das wir als Gesellschaft über Generationen hinweg erzielt haben.

Das BGE stärkt sowohl Freiheit als auch Sicherheit. Es bietet eine größere, persönliche Autonomie bei der Auswahl gewünschter Tätigkeiten. Für Menschen mit einem unsicheren oder niedrigen Einkommen bedeutet das BGE, dass sie sich in ungewissen Zeiten sicherer fühlen können. Es verknüpft Schutz und soziale Innovation zu einer neuen Form des Sozialschutzes. Zudem bildet das BGE eine Antwort auf Polanyis Kritik der Kommodifizierung der Arbeit: es ist ungerecht, dass Menschen vollkommen vom Arbeitsmarkt als Lebensgrundlage abhängen. Mithilfe eines BGE können Menschen auf dem Arbeitsmarkt verhandeln. Zudem ermöglicht ein BGE neue Start-up-Tätigkeiten, ohne so viel Geld dabei zu verdienen. Und zu guter Letzt - durch ein BGE wird das Einkommen von einem Job getrennt. Dies ist angesichts der Automatisierung, die viele Arbeitsplätze überflüssig zu machen droht, wichtig.

Die soziale Sicherheit komplett durch ein (hohes) BGE zu ersetzen, wie Neoliberale das vorschlagen, ist eine schlechte Idee: dadurch würde man die sozialen Machtverhältnisse aufgeben, die nach jahrzehntelangen sozialen Kämpfen entstanden sind. Man kann Genossenschaften kritisch gegenüberstehen, aber sie agieren als Garantie der sozialen Rechte von Angestellten.

Das Bedingungslose Grundeinkommen lässt uns träumen ... Stellen Sie sich vor, jeden Monat gehen 2000 Euro auf Ihrem Bankkonto ein. Im Juni 2016 stimmte die Schweiz auf einem Referendum darüber ab, mit einem Fünftel Ja-Stimmen. Eine dermaßen hohe Summe ist in Wirklichkeit unbezahlbar. Es kommen zwei wichtige Fragen auf. Erstens, ist ein so hoher Betrag notwendig, um ein gutes Leben für alle zu gewährleisten? Zweitens, hängt ein schlichter Geldbetrag mit dem Ziel zusammen, die Fähigkeiten der Menschen zu steigern? Die Antwort hängt damit zusammen, welche Unterstützungsformen wir Bürger*innen in ihrem Leben bieten.

Nehmen wir zwei Beispiele.

Erstens, angenommen wir führen morgen ein BGE von 1000 Euro pro Monat ein. Die Regierung behauptet, sie könne deswegen weniger in bestimmte Sektoren wie Bildung investieren. Das mag plausibel klingen, doch ein Blick auf Großbritannien zeigt uns, wozu eine neoliberale Politik sogar ohne ein Bedingungsloses Grundeinkommen führen kann. Als der junge David Cameron zur Universität ging, war der Zugang zu Hochschulbildung noch kostenlos. 1998 wurde eine Einschreibungsgebühr eingeführt, die allmählich auf über 9000 britische Pfund anstieg. Wer ist nun finanziell am besten gestellt? Die Studierenden, welche keine Immatrikulationsgebühr entrichten müssen, oder die Studierenden, die ihr gesamtes BGE für Studien ausgeben müssen, während die Regierung die Lebenskosten in allen Bereichen erhöht? Kurz: wenn ein BGE eingeführt wird, während öffentliche Dienstleistungen reduziert und Basisdienstleistungen teurer werden, könnte man mehr verlieren als gewinnen. Genau genommen dient das BGE als Weg, einen Studienkredit jahrelang abzubezahlen. Das ist etwas, was die Banken großartig finden werden. Und das ist der Grund, warum wir in Bezug auf neoliberale Vorschläge für ein BGE, das nur zu mehr Ungleichheit und Fragmentierung führt, sehr vorsichtig sein sollten.

Wie hoch sollte ein monatliches Grundeinkommen sein? Die Geschichte lehrt uns, dass der schwierigste Schritt einer sozialen oder steuerlichen Maßnahme die Einführung des Grundsatzes ist. Ist dieser eingeführt, kann der Betrag allmählich erhöht werden. Hier wird eine scheinbar niedrige Summe gefordert - insgesamt jedoch ist sie enorm, da alle Erwachsenen einen Anspruch darauf hätten. Um es deutlicher zu machen: wir schlagen ein BGE von 500 Euro pro Monat für ein Land wie Belgien vor und behalten die Sozialversicherung bei



(zusätzliche Kranken- und Arbeitslosengelder, usw.). Dies erweitern wir durch zwei zusätzliche Bausteine zu einem zukunftsorientierten Sicherheitspaket. Diese sind notwendig, weil ein Geldbetrag nicht viel über ausschlaggebende emanzipatorische Möglichkeiten wie Bildung oder Gesundheitswesen aussagt.

In unserer Wissensgesellschaft stellt Bildung den Motor oder die Schwelle für Emanzipation dar. Mit einem BGE von 500 Euro pro Monat können Studierende die Immatrikulationsgebühr und die Kurse in Belgien bezahlen. Geht die Einführung jedoch mit der Kommodifizierung der Bildung einher, dann nützt das BGE sehr wenig. Bildung ist viel mehr als Universität. Forschungen betonen die entscheidende Bedeutung guter Kinderbetreuung, vor allem für Kinder aus benachteiligten Gruppen. Eine Gesellschaft, die ihren Mitgliedern die größten Chancen auf Persönlichkeitsentwicklung garantieren will, bietet die Sicherheit von emanzipatorischer und kostenloser Bildung sowie Kinderbetreuung.

Zu guter Letzt gilt es, einen erschwinglichen Zugang zu hochwertiger Gesundheitsfürsorge mit kostenloser Basispflege zu gewährleisten. Ohne diese Bereitstellung kehrt eine äußerst existenzielle Form der Ungewissheit zurück: die Vorstellung, dass sich die Gesellschaft nicht um einen kümmert, wenn man krank wird. Kein unnötiger Luxus in Zeiten, wenn Regierungen, die von Entbehrungen besessen sind, insbesondere die Sozialversicherung anvisieren.

Warum dieser Betrag von 500 Euro pro Monat für ein Land wie Belgien? Er deckt etwa ein Viertel eines niedrigen bis durchschnittlichen Einkommens. Mit diesem Betrag wird der Lohnausfall ausgeglichen, der durch die Transition zu einer 30-Stunden-Arbeitswoche entsteht, wobei die niedrigsten Löhne sicher steigen werden. Untersuchungen in Frankreich haben gezeigt, dass ein ähnliches BGE zu einer deutlichen Verbesserung der niedrigsten Löhne im Land führen kann, ohne zusätzliche Kosten und mit Beibehaltung der wichtigsten Sozialdienstleistungen.

Letzteres ist sehr wichtig. Menschen in Armut ist mit Geld allein nicht geholfen. Erhöht man ihr Existenzminimum wesentlich, reduziert jedoch den Sozialschutz, kommen Viele schlechter weg. Der Grund dafür liegt unter anderem auch in psychologischer Unterstützung, die Suchtprobleme, schuldenbezogene Mediation, Kurse für Jobsuche, kulturelle Partizipation und mehr umfasst.

Das BGE könnte sowohl aus einem nationalen als auch einem europäischen Element bestehen. Dies steht auch im Einklang mit dem Aufbau eines Sozialversicherungssystems, das über den Nationalstaat hinausgeht. Das erste Element könnte die europäische Dividende sein. Dadurch würden alle Einwohner*innen der Europäischen Union ein monatliches Einkommen von 200 EUR

erhalten. Diese Summe könnte je nach Kaufkraft der verschiedenen Länder variieren - in Belgien zum Beispiel 250 EUR pro Monat und in Rumänien 150 Euro pro Monat. Es gibt legitime Gründe für diese Dividende. Der erste bezieht sich auf die Eurozone. Von Anfang an behaupteten Wirtschaftswissenschaftler*innen, eine Währungsunion ohne steuerliche Solidarität sein instabil. Die Dividende erhöht auch die Lebenserwartungen von Menschen in ärmeren, peripheren Teilen Europas. Dadurch werden die wirtschaftlichen Gründe für eine Auswanderung in reichere Teile reduziert. Zu guter Letzt fehlt der Europäischen Union gegenwärtig die notwendige Legitimität in ihrer Bevölkerung. Wenn die Europäische Union ein fürsorgliches Europa unterstützen möchte, ist Gesellschaftspolitik notwendig. Mit dieser europäischen Dividende würden nationale Sozialversicherungssysteme unterstützt. Wenn ein Land ein Existenzminimum von 800 Euro zahlt, dann würde Europa die 200 EUR BGE finanzieren (das kommt nicht zusätzlich hinzu).

Das zweite Element, in diesem Fall eine Summe von 250 Euro - wird aus nationalen Mitteln finanziert. Das bleibt weiterhin ein beträchtlicher Betrag, ist jedoch machbar, da er Teil der vorhandenen Sozialleistungen ist, mitfinanziert durch höhere Einkommen (indem das Steuersystem geändert wird).

6.5 Roboter statt Jobs?

Man kann sowohl utopische Botschaften als auch Hiobsbotschaften über Robotisierung lesen. Zum Beispiel, dass Roboter die Hälfte unserer Arbeitsplätze übernehmen könnten. Diese Aussicht ist ein starkes Argument für eine kürzere Arbeitswoche und ein BGE. Wenn Roboter die Arbeit übernehmen, bilden wir immer noch Vermögen, können es jedoch nicht mehr durch bezahlte Arbeit verteilen. Während Arbeitsplätze schwinden, ist es nützlich, die verbleibenden Stellen auf so viele Menschen wie möglich zu verteilen.

Ist dieses extreme Szenario jedoch realistisch? Arbeitsplätze wurden in der Vergangenheit zweifelsohne durch Wellen der Automatisierung vernichtet - denken wir nur an die Automobilindustrie. Doch während der Weiterentwicklung von einer Produktions- zu einer Dienstleistungsgesellschaft wurden auch zahlreiche neue Stellen geschaffen. In den meisten industrialisierten Ländern verdienen relativ wenig Menschen ihr Auskommen in der Automobilproduktion, aber die meisten können immer noch ein Auto kaufen. Dieses Beispiel zeigt allerdings, dass der Arbeitsmarkt durch eine verminderte Verfügbarkeit bestimmter Arten der Tätigkeit beeinträchtigt werden kann. Seit den 1970ern sind wir Zeug*innen eines starken Rückgangs menschenwürdiger Arbeitsplätze für Geringqualifizierte. Es überrascht nicht, dass viele von ihnen sich als Verlierer*innen der



Globalisierung betrachten und sich nicht mehr von traditionellen politischen Parteien vertreten sehen. Um beim oben erwähnten Beispiel zu bleiben; Fahrgemeinschaften wachsen schnell, was Veränderungen und Möglichkeiten mit sich bringt. Was wäre zum Beispiel, wenn immer mehr Menschen kein Auto kaufen und ihr auf diese Weise erspartes Geld in die lokale Wirtschaft stecken, indem sie beispielsweise ihren Garten pflegen oder ihr Haus streichen? Dieses kleine Beispiel zeigt, dass nicht unbegingt nur Hochqualifizierte von der Weiterentwicklung einer kollaborativeren Wirtschaft profitieren, vor allem, wenn wir die Steuerbelastung der Arbeit auf Vermögens- und Umweltsteuern verlagern.

Mit Sicherheit werden Arbeitsplätze durch Digitalisierung und Robotisierung verschwinden. Gleichzeitig gibt es viel zu tun, um unsere Gesellschaft zukunftssicher zu machen. Könnten Roboter Häuser energieeffizient machen, indem sie Dächer und Fassaden isolieren? Könnten sie Photovoltaikmodule an unseren Dächern anbringen? Das gleiche gilt für das Zerlegen oder Aufarbeiten von Dingen in der Kreislaufwirtschaft, die wir anstreben. Und werden wir je auf den lokalen Bauernmarkt gehen, um gemütlich mit einem Roboter zu plaudern? Der menschliche Kontakt ist ebenfalls ein unbestreitbarer Faktor kommerzieller Tätigkeiten.

Anstatt uns die möglichen Auswirkungen der Robotisierung auszumalen, sollten wir die Dinge besser auf den Kopf stellen. Der Wechsel zu einer sozialökologischen Gesellschaft bietet zahlreiche Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, darunter jene für gering qualifizierte und technisch versierte Menschen. Gleichzeitig muss der Arbeitsqualität und der Erhaltung menschenwürdiger Arbeit viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Hier geht es um einen weiteren wichtigen Teil des Sicherheitspakets, das es schon im 20. Jahrhundert gab und das auch in Zukunft existieren muss.

6.6 Unsichere Arbeitsplätze: Flexibilität und Digitalisierung

In der Nachkriegszeit geprägt von Wirtschaftswachstum und strengen Vorschriften konnten westliche Gesellschaften den meisten Arbeitnehmer*innen sichere Arbeitsplätze bieten, wo sie ganztätig mit vorhersehbaren Arbeitsstunden, Löhnen und Leistungen arbeiteten. Dies hat sich seit der 1970ern drastisch verändert. Die Arbeitnehmer*innen selbst sind viel gewillter, den Arbeitsplatz zu wechseln, sogar wenn sie deswegen eine sichere Position verlassen müssen. Gleichzeitig haben Regierungen den Arbeitsmarkt in unterschiedlichem Maße dereguliert und den Arbeitgeber*innen viel mehr Flexibilität ermöglicht. Parallel wurde auch der Wettbewerb mit internationalen Produktionsketten durch die Globalisierung verstärkt; zusammen mit neuen Informa-

tions- und Kommunikationstechnologien können Unternehmen inzwischen mehr denn je Produktionslinien aus einem Land in ein anderes verlegen und weltweit mehr Aufgaben outsourcen.

Während dies für manche Kategorien von Arbeitnehmer*innen neue Chancen schaffte, arbeiten gleichzeitig immer mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen in Europa, ähnlich wie dies schon seit langem im Großteil der übrigen Welt der Fall ist. Immer mehr Menschen in Europa sind befristet beschäftigt, haben Null-Stunden-Verträge oder schlecht bezahlte Jobs, sodass die Anzahl der Erwerbsarmen (Menschen, die mit einem Job kein menschenwürdiges Leben führen können) auch in Europa inzwischen leider zunimmt.

In diesem Kontext führt Automatisierung nicht nur zu neuen Möglichkeiten, sondern droht auch, noch viel mehr prekäre und unsichere Arbeitsplätze zu schaffen. Wie ein brillanter Beobachter der Gewerkschaften festhält: *“Unsichere Arbeitsplätze sind für zu viele Menschen zur Lebensweise geworden. Der Missbrauch von Agenturverträgen ist zu einem Geschäftsmodell geworden, mit dem die Gewinne der Aktionär*innen florieren, während sich neue Technologien durch die Gig-Economy und Plattformwirtschaft zum uralten Problem hinzugesellen: den schlechten Arbeitgeber*innen, die sich ihren Verantwortungen gegenüber Arbeitnehmer*innen und ihren Rechten zu entziehen versuchen.“*

Wie Arbeit reguliert und organisiert wird, wird durch neue Technologien verändert. Die neue, wachsende Klasse der digitalen Arbeiter*innen wird von einem Unternehmen immer seltener ganztätig und für eine feste Position angestellt. Immer mehr Unternehmen suchen nicht nach Arbeiter*innen, sondern nach *Clickworkern*, was bedeutet, dass Arbeitnehmer*innen im Internet auf weltweiter Basis für (kleine) Aufträge wetteifern. Hierdurch wird der Einflussbereich der Vorschriften über Arbeitsstunden, Mindestlöhne, Krankenschreibung, Renten usw. reduziert. Es ist eine der Triebkräfte, welche die Mittelklasse untergräbt.

Dies steht auch mit der Tatsache in Zusammenhang, dass wir aufgrund der Digitalisierung und Automatisierung globale Unternehmen aufkommen sehen, die nach Monopolstellungen streben und mit relativ wenig Angestellten enorme Umsätze erzielen. Einige davon (Uber, Airbnb) negieren vorsätzlich nationale Verordnungen und vermeiden mit allen Mitteln die Entrichtung von Steuern, womit sie die finanzielle Grundlage nationaler Sozialversicherungssysteme abschwächen. Diese Entwicklung führt wiederum zu einem wachsenden Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der eigenen Regierung.

Hiermit sind wir wieder am Anfang dieses Essays und dem Beispiel der Deliveroo-Arbeiter*innen - oder sind sie die neuen digitalen Sklav*innen? Jedes Jahr nutzen



immer mehr Verbraucher*innen digitale Plattformen wie Uber, Clickworker und Taskrabbit, und gleichzeitig steigt auch die Anzahl der Menschen, die von ihnen zu leben versuchen. Aber vergleichen wir Uber-Fahrer*innen mit Taxifahrer*innen als Angestellten in einem normalen Unternehmen: Erstere müssen ein eigenes Auto nutzen, selbst für die Versicherung aufkommen, es gibt keine Arbeitsgarantie, keinen Kontakt zu Kolleg*innen und zudem keinerlei Kenntnis über mögliche Kund*innen. Sie sind damit ein Beispiel für die Transition solidarischer Arbeitskräfte zu einsamen Digital-Arbeiter*innen.

Arbeitsplätze in vielen Bereichen werden (oder könnten) in kleine Aufgaben geteilt und den günstigsten Anbieter*innen zugewiesen (werden), die dann als Selbstständige mit wenig Rechten und noch weniger Sicherheit oder Stabilität gesehen werden.

Und somit kehren wir zurück zum Kernelement dieses Essays: Polanyis Perspektiven der *Großen Transformationen*. Disruptive Technologien ändern nicht nur unsere Produktionsweise, sondern führen auch zu radikalen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Verfügbarkeit und Arbeitsorganisation, und *stellen das vorhandene Regime unserer nationalen Wohlfahrtsstaaten in Frage, das auf Vollbeschäftigung in stabilen und lokalisierten Jobs beruht*.

Die Konzepte der sozialökologischen Transformation und industriellen Revolution ermöglichen es uns, die bevorstehenden radikalen gesellschaftlichen Herausforderungen anzunehmen. Wir werden unsere Wirtschaft, unseren Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat der sich verändernden und dynamischen Weltwirtschaft anpassen müssen.

Durch eine industrielle Revolution können sich Marktkräfte - indem sie von neuen Technologien aber auch Machtverhältnissen Gebrauch machen, die mit den neuen Produktionsweisen in Zusammenhang stehen - von den vorhandenen Vorschriften befreien und die grundlegenden sozialen Bindungen beeinträchtigen. Diese erste destabilisierende Bewegung ruft immer eine zweite Bewegung hervor: Menschen und Organisationen, die das Sozialgefüge beschützen möchten und ein Gegengewicht zu den Marktkräften bilden, indem sie neue Wege für deren Regelung entwickeln. Die Aufgabe besteht wieder einmal darin, eine demokratische Antwort zu finden, die sich durchsetzen kann. Zu diesem Zweck müssen wir neue Formen der Sicherheit schaffen, indem wir innovative, starke Formen der demokratischen Regulierung entwickeln mit dem Ziel, die neue Industriewirtschaft in eine demokratische Gesellschaft einzubetten.

Wie können wir diesen Herausforderungen auf demokratische Weise begegnen? Welche neuen Regulierungsformen

können wir in die neue Wirtschaft einbringen? Es ist klar, dass die Europäische Union jene Ebene darstellt, auf der ein Großteil der neuen Regulierung im Dialog mit Nationalregierungen entstehen muss. Wir brauchen neue Richtlinien und Regulierungen für den Arbeitsmarkt, die Haushaltspolitik und eine innovative soziale Sicherheit. Dies ist auch mit dem Stellenwert der Fürsorgearbeit und den neuen Formen der eigenverantwortlichen Arbeit verbunden (oder anders ausgedrückt - Dekommodifizierung und weniger Konsumdenken). Einige dieser Bausteine haben wir bereits entwickelt: eine kürzere Arbeitswoche, ein Bedingungsloses Grundeinkommen, hochwertige Bildung für alle Bürger*innen und eine erschwingliche Gesundheitsfürsorge. Wir könnten nun den Schutz und das Wohlergehen der freiberuflich und in der Plattformwirtschaft sowie in anderen bereits extrem deregulierten Branchen tätigen Menschen gewährleisten.

Die Konzepte der sozialökologischen Transformation und industriellen Revolution ermöglichen es uns, die bevorstehenden radikalen gesellschaftlichen Herausforderungen anzunehmen.

Uber bot seine ersten Dienstleistungen erst im Jahr 2010 an, nachdem das Unternehmen in der Anfangsphase von extrem schnellen Veränderungen überrannt wurde, und Wissenschaftler*innen, Gewerkschaften und progressive Politiker*innen analysieren nun die Auswirkungen und Bauelemente einer angemessenen politischen Antwort. Die Herausforderung hier besteht nicht in der Bekämpfung, sondern in der Bewältigung dieser technologischen Entwicklungen, sowie in der Schaffung einer nachhaltigen Gesellschaft mit menschenwürdigen Arbeitsplätzen. Wie sieht ein Regelungsrahmen aus, der Plattformangestellten soziale Grundrechte garantieren kann? In einem aktuellen Artikel zählten Forscher*innen die wesentlichen Herausforderungen der Plattformangestellten auf: „... niedrige Lohnsätze, Arbeitsmangel und ein Abwärtswettlauf im Fall geringqualifizierter virtueller Arbeit.“ Wie sollen Arbeitnehmer*innen für ihre Rechte kämpfen, wenn ihre Arbeitgeber*innen (oder digitale Plattformen) einfach beschließen können, ihnen in der kommenden Woche keine Aufgaben oder Stunden zuzuteilen?

Im Dezember 2016 versammelte sich ein Netzwerk von europäischen und nordamerikanischen Gewerkschaften, Gewerkschaftsbünden und Arbeiter*innenorganisationen und forderte zu einer transnationalen Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer*innen, Arbeiter*innenorganisationen, Plattformkund*innen, Plattformoperator*innen und Regulierungsbehörden auf,



um gerechte Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmer*innenmitbestimmung in der Steuerung der wachsenden Welt digitaler Arbeitsplattformen zu gewährleisten. In ihrer sogenannten ‚Frankfurter Erklärung zu plattformbasierter Arbeit‘ erklärten sie: „*Unternehmen, Arbeitnehmer*innen und Regulierungsbehörden haben ein gemeinsames Interesse daran, die Vorteile der Digitalisierung auf breiter Ebene und gerecht zu teilen - und Arbeitnehmermitbestimmung im rechtlichen Rahmen der Arbeit ist ein historisch belegter Mechanismus hierfür*“ Ein halbes Jahr später veröffentlichten Wissenschaftler ein ‚Manifest to Reform the Gig Economy‘. Die Autoren behaupteten richtig, dass die Debatte über die Plattformwirtschaft eng mit der Frage der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze verbunden ist. Einen großen Teil des Wettbewerbsvorteils der neuen Plattform (App) schaffen sich die Akteur*innen aufgrund der Tatsache, dass sie nicht zur Einhaltung von Arbeits- und Sozialsicherungs Vorschriften bereit sind (z. B. Unterbezahlung, kein Mindestlohn, usw.).²³

Da wir uns in einer Übergangsphase befinden, können wir noch keinen umfassenden neuen Regulierungsrahmen schaffen. Doch diverse Untersuchungen und Erklärungen weisen alle auf die gleichen Schwachpunkte hin, mit denen es sich zu befassen gilt.²⁴ Wir sehen folgende wichtige Themen:

- 1. Transparenz von Plattformen** Wie sollen wir als Demokratie akzeptieren, dass Unternehmen, die sich als ‚bloße digitale Plattform‘ darstellen, vollkommen im Verborgenen arbeiten? Würde man die *Daten über digitale Arbeiter*innen* mit Arbeitsaufsichtsbehörden, Arbeiter*innen und Gewerkschaften teilen, könnten Arbeitsrechte durchgesetzt werden. Und wenn Unternehmen wie Airbnb zu Transparenz verpflichtet sind, könnten Regierungen dafür sorgen, dass sie den korrekten Steuerbetrag zahlen.
- 2. Die Frage einer Form von Mindestlohnpolitik.** Können wir akzeptieren, dass Menschen für jeden Betrag Aufgaben für eine digitale Plattform verrichten? Führt dies nicht zu einem Abwärtswettbewerb, in dem Menschen mit Arbeitnehmer*innen aus aller Welt um Aufgaben wetteifern, für weniger als einen Euro pro Stunde und ohne Sozialversicherung arbeiten?
- 3. Den Angestelltenstatus von plattformbasierten Arbeiter*innen klären** und Regulierungsbehörden die Anpassung des Regulierungsrahmens in Bezug auf Arbeitsrechte überlassen. Stehen Plattformarbeiter*innen mit der digitalen Plattform in einem Arbeitsverhältnis? Sollte dies nicht der Fall sein - bilden sie eine dritte Form (neben den Selbstständigen)? Wie können wir ihnen zu einer wesentlich **größeren Fähigkeit zur Verhandlung** der Arbeitsbedingungen mit Klient*innen verhelfen?

4. Gewährleisten, dass plattformbasierte Arbeitnehmer*innen zu Sozialschutz berechtigt sind, ohne Rücksicht auf ihr Arbeitsverhältnis. Dies sollte Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rente und Kompensation für den Fall einer Berufskrankheit oder -verletzung beinhalten. Was passiert zum Beispiel, wenn ein für Deliveroo arbeitende Studierende einen schweren Fahrradunfall erleiden und lebenslang erwerbsunfähig bleiben?

5. Risikoverteilung beim Mangel an verfügbarer Arbeit. Was geschieht zum Beispiel, wenn Uber nach Monaten hoher Aktivität bestimmten Fahrern keinen Job mehr anbietet? Eine Möglichkeit wäre, eine Versicherungsvariante von diesen digitalen Plattformen zu fordern. Diese Frage der Unsicherheit der Arbeit bezieht sich auch auf Entwicklungen in anderen Branchen, wie zum Beispiel auf die sogenannten Null-Stunden-Verträge, bei denen Arbeitnehmer*innen einen Vertrag haben und somit zur Arbeit verpflichtet sind, wenn - und nur wenn - Arbeitgeber*innen ihnen Arbeit gibt.

6. Arbeitnehmer*innen müssen die Gelegenheit haben, ihre Interessen zu verteidigen, ein Recht haben, Kollektivverträge mit Plattformoperateur*innen und/oder Klient*innen zu organisieren und auszuhandeln (wenn möglich, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften).

Diese Liste ist natürlich nicht vollständig, umfasst jedoch bereits die Komponenten eines neuen Gesellschaftsvertrags für die digitale Ära, zusammen mit anderen Branchen, die einer extremen Deregulierung unterliegen. Im Jahr 2016 zum Beispiel untersagte Neuseeland die Null-Stunden-Verträge, verlängerte den bezahlten Elternurlaub und führte strengere Sanktionen für Arbeitgeber*innen ein, die gegen die Mindeststandards der Beschäftigung verstießen.²⁵

Inzwischen hat die Europäische Union eine ‚Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft‘ entwickelt. Im Juni 2017 fasste das Europäische Parlament einen Beschluss, mit dem die Entwicklung eines EU-Regulierungsrahmens gefordert wurde, der ein hohes Maß an Verbraucher*innenschutz gewährleistet und gleichzeitig auf Steueroptimierung und Arbeitnehmer*innenrechten insistiert. Der Beschluss unterstreicht die höchste Bedeutung der Wahrung der Arbeitnehmer*innenrechte in den unternehmensübergreifenden Diensten: *„In erster Linie das Recht der Arbeitnehmer*innen, sich zu organisieren, das Recht auf Tarifverhandlungen und kollektives Handeln, im Einklang mit nationalen Rechtsvorschriften und nationaler Praxis.“* Die Kommission wurde dazu aufgerufen, Regelungslücken im Bereich Beschäftigung und sozialer Sicherheit zu füllen. Obwohl ein Beschluss bei weitem keine verbindliche Regelung darstellt, ist er ein wichtiger erster Schritt; der Wortlaut des Beschlusses beruht jedoch immer noch auf



der Voraussetzung, dass stärkere Konkurrenz zu einer besseren Gesellschaft führt und lässt die Tatsache außer Acht, dass eine Anregung zur Zusammenarbeit eine weit bessere Möglichkeit wäre. Dies ist das Ziel der neuen *Plattform-Genossenschafts*-Bewegung (z. B. Taxisfahrer*innen dazu anzuregen, ihre eigene digitale Plattform in Form einer Genossenschaft zu gründen).

6.7 Ein neues Sicherheitspaket für das 21. Jahrhundert

Echte Sicherheit kann nur aus dem großen Transformationsprozess in eine sozialökologische Gesellschaft hervorgehen. Diese große Veränderung wird nicht von Robotern für uns durchgeführt. Dies kann nur das Ergebnis eines bewussten politischen Projekts sein, in dem sich zahlreiche Menschen aktiv engagieren. In Ungewissheit lebende Menschen beschließen wahrscheinlich einfach, sich nicht zu beteiligen. Demzufolge haben wir einen neuen strukturellen Rahmen identifiziert, der Menschen Freiheit und Sicherheit bietet. Die 30-Stunden-Arbeitswoche befreit Menschen von übermäßiger Arbeitsbelastung. Das BGE könnte die komplizierten Zeitleit- und Pflegeurlaubsysteme ersetzen, die häufig bedingt sind. Das wäre ein gerechteres System, weil es auch Menschen zur Verfügung steht, die nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind. Auf diese Weise wird autonome Zeit für alle geschaffen, und es eröffnen sich Möglichkeiten für Selbstentfaltung und gemeinschafts-basierte Initiativen. Demzufolge ent-

Die hier dargelegte Prognose stimmt mit dem Konzept des revolutionären Reformismus überein: verschiedene Systemveränderungen, die sich gegenseitig verstärken und beschleunigen.

steht Raum für unterschiedliche Zukunftsszenarien in Zusammenarbeit mit Anderen, während das Ausmaß, in dem jede Initiative finanziell gewinnbringend sein soll, reduziert wird.

Die hier dargelegte Prognose stimmt mit dem Konzept des revolutionären Reformismus überein: verschiedene Systemveränderungen, die sich gegenseitig verstärken und beschleunigen. Wenn wir uns bei der Arbeit besser fühlen und wir unseren Job ohne Stress mit dem Familienleben kombinieren können und trotzdem noch den Raum zur gemeinsamen Teilnahme an Bürger*inneninitiativen haben. Weil solche Aktivitäten unterhaltsam und sinnvoll sind, hängt unsere Identität dann weniger von Produktion und Konsum ab. Wenn wir aufgrund gemeinsamer Initiativen mit weniger Kaufkraft mehr tun können, kommt eine Existenz mit einer besseren Lebensqualität, einem reicheren Gesellschaftsleben und einem kleineren ökologischen Fußabdruck in Sicht.

7. Fazit: Europa, die neue Kombination von Freiheit und Sicherheit

Ist eine neue Phase der Freiheit und Sicherheit ein Wunschdenken, eine faszinierende Möglichkeit oder eine realisierbare Utopie, an der sich die grüne Politik orientieren könnte? Arbeiten Bürger*innen bereits an einer neuen Ära? Ist es nicht völlig naiv oder fahrlässig, auf Bürger*innen - uns selbst - angewiesen zu sein, nachdem es Regierungen und großen Konzernen nicht gelungen ist, eine nachhaltige Zukunft zu bieten?

Ehrlich gesagt haben wir keine andere Wahl. Eindrucksvolle, hoffnungsvolle gesellschaftliche Veränderungen werden durch bürgerliches Engagement herbeigeführt. Die Berliner Mauer fiel nicht nach langen Diskussionen unter Diplomaten und Politiker*innen. Der Wohlfahrtsstaat entstand nach jahrzehntelangen sozialen

Bewegungen. Natürlich spielt Politik eine Rolle und war notwendig, um Deutschland wiederzueinigen und Gesetze und Institutionen einzuführen, mit denen soziale Sicherheit für alle Bürger*innen zur Realität wurde.

Es ist Zeit für eine dritte Phase. In der ersten verwirklichten zukunftsweisende Regierungen der Nachkriegszeit die größte soziale Gleichheit, die es je in modernen kapitalistischen Marktwirtschaften gab. Sie erschufen einen Berg von Sicherheit und Freiheit. In der zweiten Phase (wiederum im Laufe von drei Jahrzehnten), versprachen die Regierungen, dass eine Marktgesellschaft in einer besseren Gesellschaft für alle resultieren würde. Dieser neoliberale Traum entpuppte sich aufgrund der größten finanzwirtschaftlichen Krise seit



den 1930ern für Viele zu einem Alptraum und führte zu zunehmender Verunsicherung. Seitdem pflegen wir eine Wegwerfwirtschaft, indem wir wieder massive Schulden anhäufen und unseren gewohnten Gang gehen: egal ob in der Regierung, den Unternehmen oder in der Familie. Beide Phasen charakterisiert die Leugnung ökologischer Grenzen, was uns an den Rand eines Klimakollapses gebracht hat.

Wenn progressive politische Narrative in der Bevölkerung keinen Widerhall mehr finden, ist es klar, dass Konservativen jedes Mittel recht sein wird, ihre regressiven Erzählungen zu popularisieren. Dies wird in aller Schärfe in der Europäischen Union und vielen ihrer Mitgliedsstaaten deutlich. Aus diesem Grund müssen links-progressive Politiker*innen am Ball bleiben, über Freiheit reden und sie gleichzeitig explizit mit Sicherheit in Zusammenhang bringen. Die wichtigste Lektion aus den 1930ern, die zu „Faschismus - nie wieder“ inspirierte, besagt, dass wahre Freiheit nie im Treibsand der Angst, Unsicherheit und Ungewissheit geschaffen wird.

Wir brauchen eine neue Vision in der Politik, in der sich die Regierung als Partnerin der Bürger*innen und deren Verbände sieht und die Belange aller ernst nimmt. Einen demokratischen Staat des 21. Jahrhunderts, der eine Mischwirtschaft steuert, Märkte richtig reguliert und Anreize für alternative Institutionen wie die Commons und Genossenschaften bietet. Dies ist kein Plädoyer gegen den Markt - der älter ist als die Demokratie - sondern gegen Marktfundamentalismus und die Abkehr von der wirtschaftlichen Struktur einer Mischwirtschaft, in der die Marktlogik auf das Nützliche und Notwendige begrenzt wird. Und nur darauf.

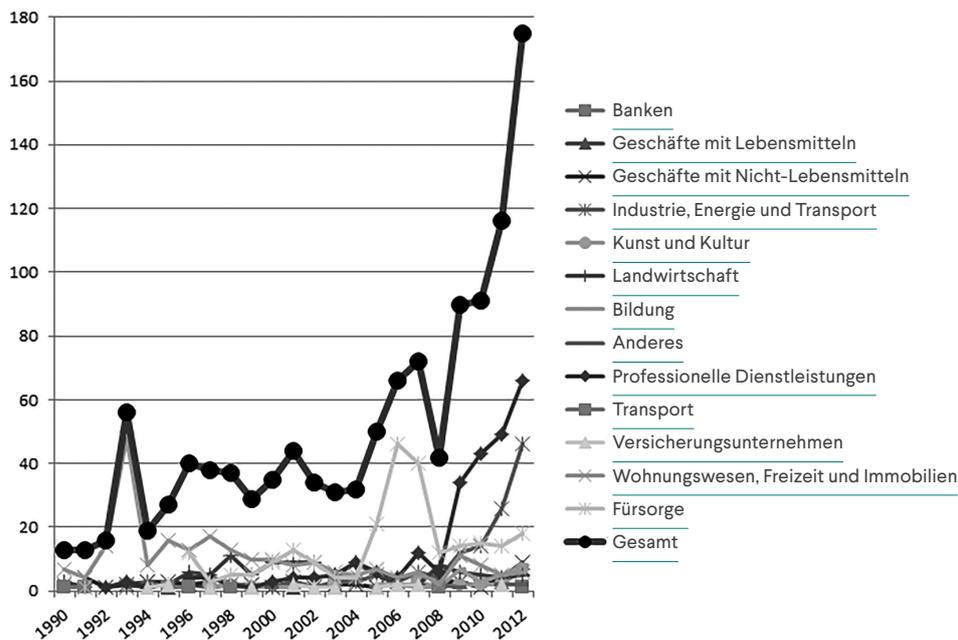
Wir haben Europa eingangs als ein Haus ohne Dach beschrieben. Niemand möchte an einem solchen Ort leben. Dies ist vielleicht die letzte Chance für die Europäische Union, die Gemüter und Herzen der Menschen zurückzugewinnen. Wir brauchen ein optimistisches Szenario eines Europas, in dem die Bürger*innenrechte gestärkt werden, anstatt dermaßen häufig großen Konzernen zu dienen (z. B. Dieselsegate-Skandal, Monsanto und Glyphosat ...). Wir können und müssen der Europäischen Union gegenüber kritisch eingestellt sein. Dass die EU laut ihrer Abkommen ‚markt‘- und nicht ‚gesellschafts‘-basiert ist, ist Tatsache. Das bedeutet zudem, dass es aus juristischer Sicht keinen Raum gibt, die Abkommen zu ändern, um die EU zu politisieren. Anstelle einer marktorientierten Union können wir sie auf ein gutes Leben für alle ausrichten. Außerdem sollten wir nicht vergessen, dass die EU zum Beispiel im Gegensatz zur WTO oder Internationalen Arbeitsorganisation die einzige integrierte internationale Organisation ist: sie kann sich mit mehreren Politikbereichen gleichzeitig befassen. Also kann man eine Kohärenz zwischen diesen Politikfeldern entwickeln - denken wir zum Beispiel an Politik, die soziale Gerechtigkeit

*Wir brauchen eine neue Vision in der Politik, in der sich die Regierung als Partnerin der Bürger*innen und deren Verbände sieht und die Belange aller ernst nimmt.*

und Klimapolitik miteinander kombiniert. Mit einer solch umfassenden Agenda hat die EU auch die Kompetenzen, den Markt einschließlich der multinationalen Konzerne zu regulieren, die in finanziellen Sinne größer sind als die EU-Mitgliedsstaaten. Das gilt auch für die Haushaltspolitik. Informationen aus Luxleaks, Panama Papers und so fort zeigen, dass große Konzerne nicht nur den Wettrennen nach unten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten in puncto Senkung der Körperschaftssteuer anfeuern, sondern sie werden auch in Konkurrenz zueinander gestellt, wenn es um nicht besonders legale Steuersparmodelle geht, und zur Steuerhinterziehung ermutigt. Nur die Europäische Union kann steuerliche Zusammenarbeit statt Wettbewerb fördern und großen Unternehmen die Stirn bieten. Die Europäische Kommission verfügte 2016 zum Beispiel, dass Apple an Irland unbezahlte Steuern von bis zu **13 Milliarden Euro** abgelten muss. Wie Oxfam in einer aktuellen Publikation schreibt: „... Körperschaftssteuersätze müssen auf einem gerechten und progressiven Niveau liegen und zum Wohl der Gemeinschaft beitragen. Hier sollte auch berücksichtigt werden, wie man gewährleisten kann, dass alle Länder ihren Verpflichtungen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) nachkommen, ihre Abhängigkeit von gestaffelten Steuern vermindern und öffentliche Ausgaben effektiv festlegen können - was wiederum zur Schließung der Lücke der Ungleichheit führt.“²⁶

Zu guter Letzt scheint die Europäische Kommission zumindest zu verstehen, dass technokratische Reformen nicht ausreichen werden. Die Präsentation der Kommission im April 2017 des Vorschlags für eine *Europäische Säule sozialer Rechte und der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben* war eine Wendung ins Positive.²⁷ Sie beinhaltet zwanzig Grundsätze, mit denen Berufstätigkeit und soziale Rechte einschließlich Löhne, Mindesteinkommen, Wohnungswesen und Fürsorge ein ein besseres Gleichgewicht gebracht werden. Sie umfasste eine neue gesellschaftliche Anzeigetafel zur Kennzeichnung des relativen Fortschritts der verschiedenen Mitgliedsstaaten. Es fehlten hier jedoch Vorschläge (und somit öffentliche Gelder) für neue Instrumente, wie zum Beispiel zum Mindesteinkommen, und die Konferenz war auf Menschen mit bezahlter Arbeit begrenzt. Dieser Vorschlag ist immer noch weit von einer neuen Art des Maastrichter Vertrags entfernt, in dem verbindliche Normen auf sozialer Ebene eingeführt werden (zusätzlich zu den ‚EU-Konvergenzkriterien‘). Es muss ein Vertrag erstellt werden, der nebst der Verpflichtung zu einer Staatschuldenquote von 60 Prozent einen Mindestlohn von 60 Prozent des durchschnittlichen Lan-





Evolution der Anzahl neuer Genossenschaften je Sektor von 1990 bis 2012. Quelle: De Moor T, 2013: 11

deseinkommens für alle Arbeitnehmer*innen einführt. Und in dem neben dem festgesetzten Maximum von 3 Prozent des gesamtstaatlichen Defizits eine landesweite Armutsquote von höchstens 3 Prozent steht. Diese ‚sozialen Konvergenzkriterien‘ würden die Herzen der europäischen Demokrat*innen gewinnen.

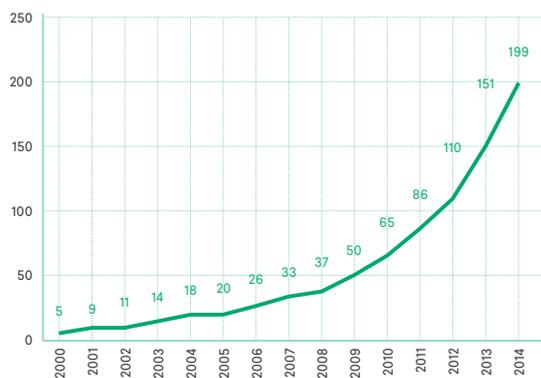
Die gleiche Kritik gilt für die fünf von Jean-Claude Juncker im März 2017 präsentierten Szenarien. Es entbrannte eine Debatte, in der verschiedene Zukunftsszenarien für Europa präsentiert wurden, doch keines davon war herzerwärmend oder wirklich darauf ausgelegt, die Politik zu ändern, die zu unseren heutigen Problemen geführt hat. Wie viele Bürger*innen wissen eigentlich über diese Initiative Bescheid? Im Weißbuch mangelt es an Ehrgeiz, den europäischen Geist als Kulturprojekt wieder aufleben zu lassen, um den auf dem gesamten Kontinent aufkommenden autoritären Nationalismus zu entschärfen. Insgesamt wird der ausschlaggebende und gefährliche Moment, in dem wir uns befinden, oder die beste Antwort auf den disruptiven technologisch-wirtschaftlichen Umbruch nicht erfasst. Darüber hinaus können grüne Beobachter*innen feststellen, dass Juncker „... nie vorschlägt, dass EU-Behörden sich direkt drarauf einlassen, mit den europäischen Bürger*innen oder der organisierten Zivilgesellschaft über diese Fragen zu diskutieren.“²⁸

Glücklicherweise reagierte die europäische Zivilgesellschaft auf kreative Weise, indem sie ihr eigenes, sechstes, Szenario für die Zukunft Europas vorschlug. Dieses von über 250 Organisationen (die an Arbeiter*innenrechten, Entwicklung, Umwelt, Gesundheit usw.

arbeiten) unterstützte Szenario malt sich ein demokratischeres, gerechteres und nachhaltigeres Europa aus.⁶ In diesem Szenario werden soziales und ökologisches Wohlergehen in den Mittelpunkt gerückt und eine Zukunft skizziert, die Menschen und dem Planeten anstatt Kapitalinteressen dient. Die Vision besagt: „In einem Szenario, in dem Nachhaltigkeit fest im Herzen des europäischen Projekts verankert ist, werden die EU-27 die Interessen der Bürger*innen in der EU und darüber hinaus priorisieren. Europa wird sich stark auf die gesellschaftlichen Grundwerte fokussieren - Demokratie und Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit, Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, sowohl innerhalb Europas als auch rund um den Globus.“²⁹

Es ist klar, dass die EU-Organe und die Zuständigen die Gegenströmung aktiver Bürger*innen und progressiver Städte nicht zur Kenntnis nehmen. Langsam aber sicher gibt es eine neue Reihe von autonomen Aktivitäten, die gemeinsam eine Transformationsbewegung in Richtung einer sozialökologischen Gesellschaft bilden. Es ist darauf hinzuweisen, dass wir nicht nur von kleinen oder isolierten Projekten reden. Nehmen wir zum Beispiel die 20 majestätischen Windkraftanlagen an der Küstenlinie von Kopenhagen. Dieses Projekt wurde von einer Gruppe von Stadtbewohner*innen gestartet, die diese Idee entwickelten und sie ihrem Energieminister präsentierten. Anstatt es abzulehnen oder zu übernehmen, beschloss die Regierung, einen Mitgestaltungsprozess einzuleiten. Beamt*innen gaben technische und juristische Ratschläge. Die Hälfte der Aktien gehörte einer Bürger*innengenossenschaft, und nach Abschluss erhalten Tausende von Familien





Kumulative Evolution der Anzahl neuer Bürger*inneninitiativen in Flandern/Brüssel, 2000 bis 2014. Quelle: Noy F. & Holemans D, 2016:80

jedes Jahr eine finanzielle Dividende. Ähnlich befindet sich die Hälfte der erneuerbaren Energieanlagen nach der *Energiewende* in Deutschland im Besitz der Bürger*innen und ihrer Genossenschaften. Sogar die Regierungen kleinerer Städte unterstützen die lokale Bevölkerung bei der Erstellung von Projekten für erneuerbare Energie. Dies führt zu einem ganz großen Geschäft. Bürger*innen und lokale Regierungen können also wirklich etwas bewegen und gemeinsam die Gegenströmung schaffen.

Wir können diese wachsende Gegenströmung in eine historische Perspektive rücken. Die Professorin Tine De Moor spricht von einer dritten Welle von Bürger*inneninitiativen oder Commons, die auf die erste im Mittelalter und die zweite während der industriellen Revolution folgt. Dies ist kein geringer Vergleich. Doch Forschungen in den Niederlanden zeigen eine eindrucksvolle Zunahme von Bürger*inneninitiativen in verschiedensten Bereichen seit 2004, die eindeutig eine neoliberale Politik aufzeigt, die öffentliche Dienstleistungen gekürzt hat.³⁰

Erste explorative Forschungen in Flandern und Brüssel zeigen einen wesentlichen Anstieg der Bürger*inneninitiativen in den Bereichen Landwirtschaft, Wohnungswesen und Energie, mit einem wesentlichen Anstieg seit 2009, zufällig zu jeder Zeit, als die Wirtschaftskrise sich am meisten auswirkte. Das folgende Diagramm zeigt eine kontinuierliche Zunahme der Bürger*inneninitiativen. Das könnte den Beginn eines neuen Berges von Freiheit und Sicherheit sein, vor allem wenn wir diesen Anstieg mit ähnlichen Zunahmen von Initiativen in anderen europäischen Ländern vergleichen.

Aber Naivität kommt nicht in Frage. Obwohl es zahlreiche neue Initiativen gibt und ihre Anzahl verblüffend steigt, bleiben sie fragmentiert, und selbst in der gleichen Stadt sind sie zu wenig miteinander verbun-

den. Das gleiche gilt für Städte: manche sind Mitglieder vieler Netzwerke, doch konzentrieren sich diese oftmals mehr auf Wissensaustausch als ihre Stärken zu bündeln und für eine nachhaltige Zukunft zu kämpfen.

Ein einflussreiches Veränderungsmodell, revolutionärer Reformismus, erfordert den Aufbau neuer Netzwerke, Verbände und Koalitionen, die Macht aufbauen können. Macht ist kein derber Ausdruck; es geht um die Fähigkeit, die Welt zu verändern. Wir brauchen keine neuen Behörden, die Macht über die Menschen ergreifen; das Ziel ist, Menschen zu befähigen. In diesen neuen emanzipatorischen Strukturen sollten neue Formen der Regulierung und Zusammenarbeit entstehen, nicht zuletzt im Bereich der wirtschaftlichen Produktion. Diese synergistischen Partnerschaften sollten zum Beispiel die (R)Evolution einiger weniger FabLabs in einer Stadt zu echten FabCitys weltweit ermöglichen.

Die gute Nachricht ist, dass Prototypen dieses neuen Veränderungsmodells bereit im Entstehen begriffen sind. Man denke hier zum Beispiel an die Initiative *Fab City*, ein neues, kommunales Modell für sich selbst versorgende Städte. Dieses von Instituten in Spanien und den USA initiierte Projekt umfasst Städte wie Barcelona, Kerala und Shenzhen. *Fab City* beabsichtigt, Bürger*innen mit Mikrofabriken in jeder Nachbarschaft zu mehr Macht zu verhelfen, wobei der Energieverbrauch und der Transport von Material und Gütern drastisch gesenkt werden soll. Bis 2054 sollen lokal produzierende und global verbundene, sich selbst versorgende Städte entstehen. Schlussendlich produzieren Städte alles, was sie verbrauchen; mit einem globalen Repositorium von Open-Source-Designs für städtische Lösungen.

Ein weiterer vielversprechender Prototyp ist die von amerikanischen Städten, Staaten, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Universitäten gebildete Koalition in Vorbereitung auf die UN-Klimakonferenz in Bonn. Während Präsident Trump vom Übereinkommen von Paris zurücktreten möchte, verspricht diese Koalition, sich weiterhin für dieses einzusetzen.

Dieses Bündnis *We Are Still In* wird von über 130 Millionen Amerikaner*innen vertreten. Eine der führenden Personen der Koalition, der kalifornische Gouverneur Jerry Brown, betont, dass *subnationale Einheiten* - Staaten und Städte - etwas bewirken können. Deswegen gründete er 2014 gemeinsam mit dem jetzigen, von den Grünen gestellte Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, die *Under2 Coalition*, die inzwischen 188 Regionen und Städte aus 6 Kontinenten umfasst. Die Koalition vertritt insgesamt mehr als 1,2 Milliarden Menschen, was 16 Prozent der Weltbevölkerung und 39 Prozent der Weltwirtschaft entspricht.

Zu dieser Liste hoffnungsvoller Prototypen einer neuen Politik könnte man weitere Beispiele hinzufügen.



Dass Bürger*innen sowohl Freiheit als auch Sicherheit brauchen, ist etwa dem Netzwerk der *Fearless Cities* vollkommen klar. Weltweit verfechten sie Menschenrechte, Demokratie und Gemeinwohl. Das ist eine klare Antwort auf die populistischen Politiker*innen, die sich Angst zum Markenzeichen gemacht haben. Auf der ersten *Fearless Cities* Konferenz in Barcelona (Juni 2017) versammelten sich Hunderte von Stadtverwaltungen und Aktivist*innen, um über die fruchtbare Interaktion zwischen lokaler Politik und Aktivismus zu diskutieren.

Wenn die Europäische Union zu einer befähigenden Institution werden und ihre politische Gemeinschaft fördern möchte, sollte sie neue innovative Instrumente mit Schwerpunkt auf der lokalen Ebene entwickeln. Wäre es - um nur zwei Beispiele zu geben - nicht großartig gewesen, wenn die Europäische Union das Studentenaustauschprogramm Erasmus durch ein *Transformationszuschuss-Programm* ergänzt hätte. Auf diese Weise könnten ‚zivile Unternehmer*innen‘ transformative Projekte in ihrer Gemeinschaft oder Erfahrungen in bereits vorhandenen Projekten im Ausland entwickeln. Und zweitens könnte die EU anstatt große Banken mit ihrer Geldpolitik zu subventionieren, die Aufstellung von *städtischen Gründungszentren* für neue wirtschaftliche Institutionen wie die Commons und offene Genossenschaften unterstützen.

Selbstverständlich kann niemand die weltweite Auswirkung des wachsenden Gewebes aus Bürger*inneninitiativen und progressiven Städte voraussehen. Es gibt keine Erfolgsgarantie, da dies der Kern der menschlichen Freiheit ist. Die Zukunft ist unkalkulierbar, doch sollte uns dies nie davon abhalten, die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.



Literatur

- Bauman, Zygmunt (1999): *In Search of Politics* Oxford: Polity Press.
- Benkler, Yochai (2011): *The Penguin and the Leviathan. How Cooperation Triumphs over Self-Interest*. New York: Crown Business.
- Berlin, Isaiah (1995 <1969>): *Freiheit. Vier Versuche*. Frankfurt: Fischer.
- Bowman, Andrew; Ertürk, Ismail; Froud, Julie; Joha, Sukhdev; Law, John/Leaver, Adam; Moran, Michael; Williams, Karel (2014): *The end of the experiment? From competition to the foundational economy*. Manchester: Manchester University Press.
- D'Alisa, Giacomo; Demaria Federico and Kallis Giorgos (eds.) (2014): *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*. London: Routledge, 2014.
- De Moor, Tine (2013): *Homo cooperans. Institutions for collective action and the compassionate society*. Utrecht: Utrecht University, Faculty of Humanities.
- Foucault, Michel (2004): *Naissance de la biopolitique. Cours au Collège de France: 1978-79*. Paris: Seuil/Gallimard.
- Gorz, André (2011). *De markt voorbij. Voor een hedendaagse politieke ecologie*. Denktank Oikos & Socialisme21, Leuven.
- Hayek, Friedrich August (1944): *The Road to Serfdom*. Routledge Classics. Abingdon: Routledge. Nachdruck, 2001. Aufl.
- Hayek, Friedrich August (1978): *The Constitution of Liberty*. Chicago: University of Chicago Press.
- Holemans, Dirk (2016): *Vrijheid & Zekerheid. Naar een sociaal-ecologische samenleving*. Berchem: Epo.
- Holemans, Dirk (2016): Institutional Diversity for Resilient Societies. In: *Green European Journal*, N°14 Winter 2016, p. 14-17.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2003/1944): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt: Fischer, 14. Aufl.
- Jackson, Tim (2017): *Prosperity without Growth. Foundations for the Economy of Tomorrow*. 2nd Ed. NY/London, Routledge.
- Noy, Fleur & Holemans, Dirk (2016): Burgercollectieven in kaart gebracht. In: *Oikos* 78: 69-81.
- Piketty, Thomas (2014): *Kapitaal in de 21ste eeuw*. Amsterdam: De Bezige Bij.
- Marshall, Thomas Humphrey (1950): *Citizenship and Social Class, and other Essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mill, John Stuart (1985): *On Liberty*. London: Penguin Books.
- Nussbaum, Martha (2011): *Creating Capabilities: The Human Development Approach*. Harvard University Press.
- Polanyi, Karl (2001, <1944>): *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press.
- Raworth, Kate (2017): *Doughnut Economics. Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist*. London: Random House Business Books.
- Sassen, Saskia (2014): *Expulsions. Brutality and Complexity in the Global Economy*. London/ Cambridge MA: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Sen, Amartya (1999): *Development as Freedom*. Oxford: Oxford University Press.
- Scholtz, Trebor & Schneider, Nathan (2016): *Ours To Hack and To Own. The Rise of Platform Cooperativism, a New Vision for the Future of Work and a Fairer Internet*. OR Books, NY/London.
- Sennett, Richard (2012): *Together: The Rituals, Pleasures and Politics of Cooperation*. London: Allen Lane.
- Streeck, Wolfgang (2015): *Gekochte tijd. De uitgestelde crisis van het democratisch kapitalisme*. Leesmagazijn.
- UNCTAD (2017): *Trade and Development Report 2017: Beyond Austerity: Towards a Global New Deal*. Geneva: United Nations.
- UNDP (2017): *Human Development Report 2016: Human Development for Everyone*. New York: UNDP.
- Vasilis, Kostakis & Bauwens, Michel (2014): *Network Society and Future Scenarios for a Collaborative Economy*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.



1. The Guardian *Sick Parcelforce couriers can be charged up to £250 if they can't find cover*. 23. Mai 2017
2. Europäische Kommission, *Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft*. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2016)356 final, 2. Juni 2016, Brüssel.
3. Siehe <http://www.voorverbeteringvatbaar.be/2017/09/05/waarom-fietskoeriers-zich-or-ganiseren-in-brussel>.
4. Bea Cantillon in: Patrick Janssens, Frank Vandembroucke, Bea Cantillon - *Voor wat hoort wat. Naar een nieuw sociaal contract*. De Bezige Bij, Antwerpen 2011.
5. Ten Hooven M., 'De PvdA ontbeert jazz', in *De Groene Amsterdammer*, 3. April 2014, S.14-17.
6. Blühdorn I., *Populism, Sustainability, Democracy*, Green European Journal, August 2014, <https://www.greeneuropeanjournal.eu/populism-sustainability-democracy>.
7. Gorz, A. Politieke ecologie: Expertocratie, tegen zelf bestuur. In: *Oikos* Nr. 4, 1997 (der Originalartikel erschien in der Zeitschrift The New Left Review 1993).
8. Sennett R., *The Corrosion of Character*.
9. De Boosere P. De stad van aankomst: de stedeling als migrant. In: Holemans D. (eds) *Mensen Maken de Stad*. Berchem: Epo, 2012.
10. Blühdorn, I., s.o.
11. Interview Francis Fukuyama, 'Oké, ik geef het toe: ik heb me bedacht', door Dulmers R., in *Knack*, 22. September 2010.
12. Siehe <http://www.decentralized-energy.com/articles/2017/09/helsinki-aims-for-earlier-carbon-neutrality-go-a.html>
13. Warum sollte ich als Engländer*in den Portugies*innen und ihren Münzen trauen? Die Antwort ist dreiteilig: (1) Wenn jedes Land den Wert seiner Währung gegenüber Gold bestimmt und sich dafür engagiert, Gold zu diesem Preis zu kaufen oder zu verkaufen, sich dann (2) dafür engagiert, seine Geldmenge nach seinen Goldreserven zu orientieren, und (3) den Bürger*innen maximale Freiheit gibt, sich internationalen Wirtschaftsaktivitäten zu widmen, würde der Himmel auf Erden entstehen mit dem Planeten als gigantischem Marktplatz, ohne dass weltweite Regulierung nötig wäre. (Das Ende der Geschichte)
14. Marçal K., *Je houdt het niet voor mogelijk*, De Geus, Breda, 2015 (2012).
15. Gorz A., *Socialism and Revolution*, S.150.
16. Wenger E, zitiert in Welzer H., *Zelf denken*, Jan Van Arkel & Denktank Oikos, 2014, 164-167.
17. Van Parijs P., 'From Autonomous Sphere to Basic Income', in *Basic Income Studies. An International Journal of Basic Income Research*, Bd. 4, Ausgabe 2, Forschungsmitteilung, Dezember 2009.
18. Holemans D. Institutional Diversity for Resilient Societies. In: *Green European Journal*, N°14 Winter 2016, S. 14-17. Siehe <https://www.greeneuropeanjournal.eu/institutional-diversity-for-resilient-societies/>
19. Eine Kreislaufwirtschaft als solche steht gesellschaftlichen Zielen und dem Streben nach einem besseren Leben neutral gegenüber. Diese Sichtweise sollte nicht mit einem naiven Argument für „alles lokal“ verwechselt werden. Die intelligente Art zu Handeln liegt darin, in verschiedenen Dimensionen zu denken: es wird trotzdem noch Welthandel geben. Hi-Tech-Unternehmen, die Satellitentechnik entwickeln, werden zum Beispiel immer noch auf einem Weltmarkt tätig sein.
20. <https://medium.com/@designforsustainability/the-resurgence-of-a-culture-of-makers-re-localizing-production-aaeab300c186>
21. http://wiki.p2pfoundation.net/Platform_Cooperativism
22. Knight K., Rosa E. & Schor J., 'Could working less reduce pressures on the environment? A cross-national panel analysis of OECD countries, 1970–2007' in *Global Environment Change* 23 (2013), S. 691-700. FEMMA, *Combinatie arbeid en zorg 2.0*, 2014.



23. <http://www.pagina99.it/2017/05/29/a-manifesto-to-reform-the-gig-economy>.
24. Fabo B., Karanovic J. & Dukova K., In search of an adequate European policy response to the platform economy. *Transfer: European Review of Labour and Research/ ETUI*, April 6, 2017, S. 1-13.
25. Hunt T & McDaniel S, *Tackling Insecure Work: Political actions from around the world*. A SPERI report for GMB, University of Sheffield, September 2017.
26. <https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp-race-to-bottom-corporate-tax-121216-en.pdf>
27. <https://www.greens-efa.eu/en/article/news/european-pillar-of-social-rights-and-work-life-balance/>
28. <https://europeangreens.eu/news/jean-claude-juncker's-white-paper-future-europe-five-scenarios-not-make-choice>
29. <http://www.foeeurope.org/6thscenario>
30. De Moor T. *Homo Cooperans. Institutions for collective action and the compassionate society*. Universiteit Utrecht, August 2013. Siehe: http://www.collective-action.info/sites/default/files/webmaster/_PUB_Homo-cooperans_EN.pdf

Beschreibung der mitwirkenden Organisationen



Green European Foundation (GEF)

Die Grüne Europäische Stiftung (GEF) ist eine politische Stiftung auf europäischer Ebene. Sie ist mit anderen europäischen grünen Akteur*innen wie der Europäischen Grünen Partei und der Grünen Gruppe im Europäischen Parlament verknüpft und dennoch unabhängig. Die GEF entstand nach dem Modell zahlreicher erfolgreicher nationaler grüner politischer Stiftungen und arbeitet darauf hin, europäische Bürger*innen zur Teilhabe an europäischen politischen Debatten zu ermutigen und somit eine stärkere, partizipativere europäische Demokratie zu schmieden. Die Hauptquelle für die Finanzierung der GEF ist das Europäische Parlament. Die GEF setzt sich dafür ein, Diskussionen über europäische Verfahrensweisen und Politik sowohl innerhalb als auch außerhalb der grünen politischen Familie zu popularisieren. Die Stiftung fungiert als Labor für neue Ideen, bietet grenzübergreifende politische Bildung und eine Plattform für Zusammenarbeit und Austausch auf europäischer Ebene. www.gef.eu, www.greeneuropeanjournal.eu

nen jedoch ausschlaggebend sind. Oikos möchte einen inspirierenden Rahmen für positive Vorgehensweisen bieten. In den Seminaren, Vorlesungen, Publikationen und Stellungnahmen von Oikos werden die verschiedenen Dimensionen dieses Wunsches nach Veränderung erwogen: die zugrundeliegende Ethik, die Analyse der gegenwärtigen Situation und die Entwicklung von Alternativen zusammen mit konkreten diesbezüglichen Strategien. www.oikos.be



Grüne Bildungswerkstatt (GBW)

Die österreichische Grüne Bildungswerkstatt (GBW) ist in vier Bereichen tätig: Bildung, Medien, Veranstaltungsorganisation und Archiv. Mit ihrer Arbeit unterstützt die GBW Grüne und grünorientierte Menschen und Organisationen mit dem Ziel, zu einem „Lernen um zu Lernen“-Prozess in einer sich radikal verändernden Welt zu animieren. Dieser Prozess wird von Überlegungen über kontroverse Standpunkte inspiriert, wobei substanzielle Fragen mit kreativen methodologischen Ansätzen verbunden und Fähigkeiten und Kompetenzen vermittelt werden, die für die Gestaltung der Zukunft wichtig sind. Als eine nationale Organisation arbeitet die GBW eng mit den regionalen grünen Stiftungen Österreichs zusammen. gbw.at/oesterreich/home/



Oikos Denktank

Oikos ist eine flämische Denkfabrik, die sich für sozialökologischen Wandel engagiert, indem sie die öffentliche Debatte durch eine ökologische Sichtweise ergänzt. Den Schwerpunkt setzt Oikos auf langfristige Herausforderungen, die in der gesellschaftlichen Debatte zu wenig diskutiert werden, die für die Zukunft unserer Gesellschaft und der kommenden Generatio-





Ökopolisz Alapítvány / Ökopolisz Stiftung Ungarn

Ökopolisz wurde 2010 von der politischen Partei der Ungarischen Grünen LMP (Die Politik kann anders sein) gegründet. Die Stiftung ist eine autonome und unabhängige Rechtsträgerin mit der Mission, für ihre Mutterpartei LMP als Hintergrund-Institution zu fungieren. Ökopolisz hat zum Ziel, die ökopolitischen Vorstellungen und Ansätze der Partei im Dialog mit wichtigen politischen Akteur*innen zu erkunden, die die Ansichten der Partei teilen. Überdies ist die Organisation bemüht, eine offene Gesellschaft zu schaffen, die Anzahl der Parteisympathisant*innen zu erhöhen und die potenzielle Wähler*innenbasis der Partei zu erweitern, wobei die Existenz einer Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur gefördert wird, die auf Bürger*innenbeteiligung und den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit beruhen. www.okopoliszalapitvany.hu/hu



Green House Think Tank

Der Green House Think Tank wurde 2011 gegründet. Sein primäres Ziel besteht darin, Bildung voranzubringen und auf dem Gebiet der Politik und Ökonomie der ökologischen Nachhaltigkeit Forschung zu betreiben. Dies erfolgt hauptsächlich, indem Studien zu relevanten Themen veröffentlicht, Veranstaltungen organisiert und die Internetseite mit kürzeren Beiträgen zu aktuellen Themen gespeist werden, sowie durch die Teilnahme an Mediendebatten und die Erhaltung eines Netzwerks von Anhänger*innen. www.greenhousethinktank.org/



INSTITUT ZA
POLITIČKU EKOLOGIJU

**Institut für politische
Ökologie (IPE)**

Das Institut für Politische Ökologie ist eine Forschungs- und Bildungsorganisation in Zagreb (Kroatien), die sich für die Gestaltung alternativer Entwicklungsmodelle und innovative demokratische Lösungen für politische und wirtschaftliche Veränderungen in der Gesellschaft engagiert. Das IPE führt transdisziplinäre Forschungen und Bildungsprogramme in Zusammenarbeit mit lokalen und internationalen Organisationen und Institutionen durch. Auf dieser Grundlage gewährleistet das IPE Expert*innenanalysen und bietet eine Plattform zur Diskussion für soziale Bewegungen sowie politische und wirtschaftliche Akteur*innen, die eine ökologisch nachhaltige, faire und demokratische Gesellschaft in Kroatien und darüber hinaus vertreten. www.ipe.hr/



Green Foundation Ireland

Die Grüne Stiftung Irlands wurde offiziell 2011 als Forum für Forschung und öffentliche Meinungsbildung gegründet. Sie sucht nach zusätzlichen Möglichkeiten, wie die Öffentlichkeit in den Umweltdiskurs eingebunden werden kann. www.greenfoundationireland.ie/



Greek Green Institute

Das Griechische Grüne Institut eine Nichtregierungs- und gemeinnützige Stiftung, die seit März 2011 aktiv ist. Sie konzentriert sich auf die Untersuchung, Analyse und Verbreitung aller Aspekte des ökologischen Denkens und der politischen Ökologie. Das Institut wurde auf Initiative der grünen politischen Partei „Oikologoi Prasinoi“ (Grüne Ökologen) Griechenlands gegründet. Obwohl es der Grünen Partei angegliedert ist, behält es einen unabhängigen Charakter bei. Es arbeitet an der Förderung von Forschung und Dokumentation in den Bereichen Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik aus der Perspektive der politischen Ökologie. www.greeninstitute.gr/



Mit uns in Verbindung bleiben



GREEN EUROPEAN FOUNDATION

GREEN EUROPEAN FOUNDATION

Rue du Fossé 3 – 1536 Luxemburg
Brüsseler Büro: Rue d'Arlon 15,
1050 Brüssel – Belgien

T: +32 (0) 2 234 65 70

E: info@gef.eu

t: +32 (0) 2 234 65 70

e: info@gef.eu

Mehr Informationen finden sich auf unserer Webseite



gef.eu

Über unsere Social Media Kanäle halten wir über Aktivitäten und Events in ganz Europa auf dem Laufenden



[GEF_Europe](https://twitter.com/GEF_Europe)



[GreenEuropeanFoundation](https://www.facebook.com/GreenEuropeanFoundation)



[GEF_Europe](https://www.instagram.com/GEF_Europe)